



20. und 21. Heft | 10. Oktober 1917

HUGO LINDEMANN · DIE NÄCHSTE AUFGABE DER PARTEI



UF der Tagesordnung des bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitags in Würzburg steht ein wichtiger Punkt: Die nächsten Aufgaben der Partei. Es hätte richtiger heißen sollen: Die nächste Aufgabe. Und welches ist diese? Nach meiner Auffassung: die Weiterbildung unserer Verfassung zur parlamentarischen Regierung. Von diesem einen Punkt, von der Art und Weise, wie dieses wichtigste innenpolitische Problem für Deutschland gelöst wird, hängt die politische Zukunft unseres Volkes ab.

Im Krieg sind die festesten Grundsätze der sozialdemokratischen Partei ins Schwanken gekommen. Was gestern als Götze angebetet wurde, wird heute verbrannt. Was früher für die Mehrzahl unverrückbarer Grundsatz war, von dessen treuester Bewahrung das ganze Sein der Partei abhängen sollte, ist heute für eine andere Mehrheit politische Maxime geworden, die man nach den Verhältnissen anwendet oder nicht anwendet. So ist es auch mit unserer alten Forderung der parlamentarischen Regierungsform gegangen. Früher hat kein Mensch in der sozialdemokratischen Partei daran gedacht das Obrigkeitssystem als den Höhepunkt politischer Entwicklung hinzustellen. Heute bringen Sozialdemokraten diese Leistung voll Inbrunst fertig. Wiederum geschehen Zeichen und Wunder. Gerade die politische Intransigenz in unseren Reihen, die vor dem Krieg nicht radikal genug in ihren politischen Forderungen der Demokratie sein konnte, hat sich eine neue, angeblich spezifisch deutsch-demokratische Haut übergeworfen und stolziert in ihr einher. Im Grunde sind sie in dieser funkelneuen Haut die alten sogenannten Radikalen geblieben; sie haben nur ihre Auffassung vom einen Extrem ins andere gewandelt.

Es mag von Zeit zu Zeit dringender Wunsch und Notwendigkeit sein das Blei der Kritik an die Grundquadern der Gesellschaft und Wirtschaft eines Volkes zu halten und zu prüfen, ob der Bau noch richtig steht. Der großen französischen Revolution von 1789 ging ein halbes Jahrhundert solcher kritischen Prüfungsarbeit voraus. Wo war in den Jahrzehnten vor dem Krieg bei uns solche Arbeit zu finden? Beim Radikalismus? Nun, da diese ungeheure Umwälzung des Krieges den ganzen Boden der sozialdemokratischen Partei ins Wanken bringt, entstehen in Hülle und Fülle die neuen Kritiker, die, genau so dogmenstarr wie früher, als sie jeden Programmpunkt für un-

antastbar erklärten, nunmehr das politische Programm der Partei auf den Schutthaufen werfen. Demokratie: natürlich! Aber es muß die wohltemperierte des Bürokratenstaates sein. Parlament: nun ja! Obschon nur »die gewandtesten Agitatoren, die geschicktesten Redner und Schriftsteller in der Regel Abgeordnete werden, agitatorische und organisatorische Begabung aber nur gelegentlich einmal zusammentreffen«. Deshalb ein Parlament, das nicht verwaltet sondern nur Gesetze macht. Denn Gesetze kann man zwar nach parteipolitischen Programmen machen, Verwaltungsarbeit aber, so lautet diese tiefe Erkenntnis, nicht. Tatsächlich ist ja nun freilich der größte Teil der Arbeit selbst der deutschen Parlamente Verwaltungsarbeit gewesen: Beratung des Haushalts und Kontrolle der Verwaltung der Bürokratie. Parlamentarische Regierung: nein! Denn sie bedeutet, um in der Terminologie eines ihrer sozialdemokratischen Gegner zu bleiben¹⁾, »Herrschaft der Advokaten und Journalisten«, »bürgerlich-demokratische Tradition«, »achtundvierziger Erbe«, »Verzicht auf die Sozialisierung der Wirtschaft«, »Entehrung« und »Korrumpierung« der »Hunderttausende von Beamten, die in der deutschen Verwaltung von unten bis oben für geringen Lohn ein wackeres Stück ehrlicher und guter Arbeit leisten«. Und noch vieles andere mehr.

Die Argumente gegen das parlamentarische System, die jetzt in unserer Partei vorgetragen werden, sind alt. Sie sind allerdings nicht achtundvierziger Erbe und nicht bürgerlich-demokratische Tradition sondern Erbe der Reaktion und Konterrevolution, höchste politische Weisheit des konservativ-bürokratischen Systems und seiner wissenschaftlichen Verfechter an unseren Universitäten. Daß sie dieser Ursprung unserer Partei nicht gerade besonders empfehlen sollte, wäre anzunehmen, wenn nicht die Erfahrungen der letzten Monate das Gegenteil bewiesen. Sehen wir uns diese Gründe noch einmal etwas näher an. Einen Teil von ihnen hat schon Quessel hier unter die Lupe genommen.²⁾ Seine kritische Arbeit sei hier fortgesetzt. Denn es ist unbedingt notwendig, daß der Parteitag zu der Forderung des parlamentarischen Regierungssystems ein klares und deutliches Votum ausspricht.

Zunächst: Was ist eigentlich die parlamentarische Regierungsweise? Der oben erwähnte sozialdemokratische Gegner definiert sie also: »Diese parlamentarische Regierungsweise besteht bekanntlich darin, daß die Ministerien aus der jeweiligen Mehrheit des Parlaments, des Reichstags, der Kammer oder des Unterhauses, gebildet werden.« Die Koalitionsministerien, die zurzeit in Frankreich und in England die Geschäfte führen, fallen aus diesem System heraus, wenn die Definition richtig ist. Die Definition bleibt an der Oberfläche. Alle die Voraussetzungen des parlamentarischen Regierungssystems werden überhaupt nicht erwähnt. Darauf kommt es indessen an. Denn parlamentarisches Regierungssystem bedeutet in Frankreich etwas ganz anderes als in England, in Spanien etwas anderes als in Belgien. Welches System ist also gemeint, wenn man das schwere Geschütz der Angriffe auffährt? *

Aber nehmen wir einmal die Definition als richtig an. Die Ministerien wer-

¹⁾ Siehe Heilmann Proletarisches Klasseninteresse und parlamentarische Advokatenwirtschaft, in der Glocke, 1917-1918 I, Seite 801 ff.

²⁾ Siehe Quessel Die nationale Leistung des Parlamentarismus, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 907 ff.

den aus den die Mehrheit bildenden Fraktionen zusammengesetzt. Das Wesentliche an dem Vorgang ist der Selektionsprozeß der politischen Führer. Denn die Minister sind nach dieser Auffassung politische Führer und nicht reine Verwaltungsbeamte, als die sie sich in Deutschland so gern ausgeben oder für die sie der gute Bürgersmann hält. In der Tat sind sie alle in Deutschland mehr oder weniger konservativ gesinnt, ihre Tätigkeit ist daher naturgemäß von der konservativen Parteauffassung durchtränkt. Die wenigen liberalen Minister, die es in Deutschland gegeben hat und gibt, bestätigen nur die Regel. Die Minister, die nur Verwaltungsbeamte sind, bilden das Gegenstück zu der Bureaucratie, die bekanntlich in Deutschland außerhalb der Parteien und über ihnen steht.

Unter dem parlamentarischen Regierungssystem spielt sich dieser Selektionsprozeß etwa in der folgenden Weise ab. Voraussetzung ist ein ausgebildetes Parteisystem, das im Volk tief eingewurzelt ist und alle Angehörigen des Volkes ergreift. Zustände wie bei uns; daß bestimmte Gesellschaftskreise und gewisse Berufskreise, insbesondere die freien Berufe, es als unfein, unanständig, als Zeichen minderer Intelligenz betrachten sich mit Politik zu befassen, sind dort undenkbar. Im Gegenteil, die Parteien ziehen alle energischen, tüchtigen, intelligenten jungen Leute an. (Beiläufig: Kann man dies von unserer Bureaucratie auch sagen?) Denn die Partei eröffnet die Laufbahn zu führender politischer Stelle, zum Sitz in den lokalen Verwaltungskörpern, zum Sitz im Parlament und in der Regierung. Da die Partei, nicht die einzelnen Minister, dem Land für die Führung der Geschäfte verantwortlich ist, eine Verantwortung, die ihren sehr realen Ausdruck in dem Ausschluß von der politischen Macht finden kann, ist das Gefühl für die Verantwortlichkeit ihrer Handlungen natürlich viel größer als in solchen Ländern, wo das Parlament machtlos und nur der erste Diskussionsklub des Landes ist. Nicht nur auf die Zahl der Sitze im Parlament kommt es daher an, sondern wie diese Sitze besetzt sind. Die Fähigkeit der Inhaber, nicht nur die agitatorische und rhetorische, sondern die Fähigkeit Politik zu machen und Verwaltungsarbeit zu leisten, fällt ganz anders bei der Auswahl der Kandidaten ins Gewicht. Der junge Politiker arbeitet sich im Dienst seiner Partei hinauf, bis ihm der Sitz im Parlament die Aussicht auf politische Leistung eröffnet. Auch hier geht der Weg von den weniger wichtigen zu den wichtigsten Ministerposten. Da die Parteien in die Lage kommen entweder allein oder in Verbindung mit anderen die Regierung zu übernehmen und ihre Aussicht auf dauernde Herrschaft mit davon abhängt, wie viele wirklich fähige Köpfe sie in die Ministerposten hinein bringen kann, ist die Auslese viel wirksamer, weil verantwortungsreicher, als dort, wo die Leistung der Partei sich in mehr oder weniger schönen Reden, wenn es hoch kommt: in der Verbesserung von Regierungsentwürfen, erschöpft. Der schöpferische Kopf ist in unseren Parlamenten zum Vertrocknen verdammt.

Von der Laufbahn zu politischer Führerschaft ist niemand ausgeschlossen. Daß in England lange Zeit die hohen Wahlkosten die Auslese auf bestimmte Gesellschaftskreise beschränkt haben, ist kein Beweis für das Gegenteil. Die neuere Entwicklung hat in dieses Privileg des Besitzes auch dort tiefe Breschen geschlagen. So rekrutieren sich denn auch die leitenden Männer in den Ländern mit parlamentarischer Regierung aus allen Schichten der Bevölkerung. Arbeiter als Minister hat es in England und Australien auch

schon vor dem Krieg gegeben. Keine Reihe von Examina sperrt fähige Köpfe aus. In der Tat, diese Art von Selektion ist demokratisch. Wie groß ist dagegen die Zahl der markanten Persönlichkeiten in der langen Reihe der obrigkeitlichen Minister, die die Geschicke ihrer Ressorts, meinetwegen mit aller anerkennenswerten Fachsachverständigkeit, aber ohne jeden neuen schöpferischen Gedanken, geführt haben? Die Tendenz der Bürokratie geht auf Bevorzugung der Mittelmäßigkeit. Das wirklich Große hat in diesem Prokrustesbett keinen Platz. Aber die Bürokratie beruht ja auf Fachsachverständigkeit; nur Fachleute stehen an der Spitze der Ressorts. Ist dem wirklich so? An der Spitze rein technischer Betriebe, wie es zum Beispiel die Eisenbahnen sind, stehen Juristen. Kultus, Handel, öffentliche Arbeiten: überall sind Juristen die leitenden Minister. Wo ist der Schulmann, der in Deutschland Kultusminister gewesen wäre? Die Auslese der Bürokratie ist also bei uns Auslese aus einem durch juristische Examina beschränkten Kreis von Personen, die später in ihrem Beamtendienst sich mühsam die nötigen Fachkenntnisse erwerben. Wo sind hier die Vorzüge gegenüber der Auswahl des parlamentarischen Systems? Je breiter die Masse, die gesichtet wird, desto größer die Chance, daß der Fähige an die Spitze kommt, der sich im praktischen Leben bewährt hat.

Kann ein Gegner des parlamentarischen Systems die Vorzüge seiner Selektionsmethode nicht mehr bestreiten, dann kommt der Einwand: Wo sind in unseren Parlamenten von heute die Männer, um die Ministerien zu besetzen? Dieser Einwand hat auf den ersten Blick ein gewisses Gewicht. Die Parlamente von heute sind eben in Deutschland nicht unter dem Gesichtspunkt gewählt, daß die Fraktionsführer einmal Minister werden könnten. (Schlimmstenfalls würden diesen Nachteil schon die ersten Neuwahlen zum guten Teil beseitigen.) Obschon aber unsere Parlamente unter all den oft geschilderten Nachteilen zu leiden hatten: so viel Intelligenz und Willen wie das durchschnittliche Bürokratenministerium bringen sie doch noch zusammen. Das hat die Geschichte gerade der auswärtigen Politik der letzten beiden Jahrzehnte zur Genüge erwiesen.

Ganz besonders aber schaudert den braven Spießbürger und den sich so feinfühlig dünkenden Intellektuellen bei dem Gedanken, daß durch die Weiterbildung unserer Parlamente die Macht der Parteien gestärkt und die freie Entwicklung der Individualitäten gehemmt werden würde. Stärkung der Parteimacht ist für sie gleichbedeutend mit Vermehrung der Parteikorruption. Man weist darauf hin, daß schon jetzt unsere Parteien nur Interessenvertretungen sind, und daß diese Interessen viel rücksichtsloser und ungenierter als bisher sich durchsetzen würden, wenn ihnen nicht in der uninteressierten Staatsbürokratie ein Gegengewicht gegeben wäre. Auch diese Behauptungen sind falsch. Einmal ist die Uninteressiertheit der Bürokratie eine Fiktion, die zum mindesten ein Sozialist, der die ökonomische Bedingtheit aller Institutionen kennen sollte, nicht mitmachen dürfte. Dann aber ist es überhaupt unsinnig mit den Systemen der Partei- oder der bürokratischen Herrschaft an sich den Begriff der Korruption zu verbinden. Die Parteikorruption in den westlichen Staaten, die Beamtenkorruption im alten Rußland sind beliebte Beispiele unserer Presse. In der Tat, niemand wird Korruption, wo sie vorhanden, beschönigen wollen. Aber außer der Korruption auf dem Geldgebiet gibt es andere sittliche Schäden, die für

Charakter und Geist nicht minder verhängnisvoll werden können. Subalterne Gesinnung, Furcht vor Verantwortung jeder Art: sind diese Erscheinungen, die sich gerade im Obrigkeitsystem zeigen, nicht der Entfaltung der nationalen Kräfte, der Entwicklung der Nation zum Selbstbewußtsein in hohem Maß hinderlich? Gegen die Korruption bilden in parlamentarisch regierten Staaten die große Öffentlichkeit, der Wechsel der regierenden Parteien Schutzmittel, die das bürokratische System nicht kennt. Natürlich soll nicht behauptet werden, daß die parlamentarische Regierungsform die ideale Form politischer Leitung sei. Sondern nur, daß sie ebenso einen Fortschritt gegenüber der Zwitterform des konstitutionellen Regierungssystems bildet, wie dieses einen Fortschritt gegenüber der absoluten Monarchie bedeutete. Sie erzieht Parteien und Volk zur politischen Verantwortung und würde dem Deutschen zu dem politischen Verständnis verhelfen, das ihm jetzt noch so fehlt, das aber für eine kräftige und zielklare Führung namentlich der auswärtigen Politik des Staates ganz unentbehrlich ist.

Und zum Schluß noch ein Wort zu dem Einwand, daß die Sozialisierung der Wirtschaft mit dem parlamentarischen System unverträglich sei. Eine Behauptung, die geradezu aus der Luft gegriffen ist und leider nur die Unkenntnis dessen zeigt, der an sie glaubt. Hat nicht der englische Parlamentarismus während des Krieges das Eisenbahnnetz und die Kohlenbergwerke unter staatliche Leitung gebracht? Was kann unser bürokratisches System an ähnlichen Leistungen aufweisen? Vor dem Krieg hat der gleiche parlamentarische Minister, der uns jetzt als ein abschreckendes Beispiel parlamentarischer Advokatenherrschaft hingestellt wird, eine Organisation des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenunterstützung geschaffen, der die deutsche Beamtenregierung nichts Gleichwertiges an die Seite stellen kann. Nach dem Krieg brauchen wir eine durchgreifende, zielbewußte Produktionspolitik, die im Interesse der Allgemeinheit, nicht zum Vorteil privater Mehrwertaneigner geführt wird. Wo soll unsere Bürokratie die politische Kraft hernehmen, um die ungeheuren Widerstände zu überwinden, die sich einer solchen Politik in den Weg stellen werden? Das ganze Elend unserer Steuergesetzgebung während des Krieges hat ja ihre Ohnmacht nur zu deutlich bewiesen. Wie leicht haben sich dagegen in England mit seinem parlamentarischen Regime die finanziellen Staatsnotwendigkeiten durchgesetzt! Nun weist man auf das kommende preußische Wahlrecht hin, dessen Einführung, wie man erwartet, den Arbeitern die Möglichkeit geben werde, ihre wirtschaftliche Macht in Preußen politisch voll zu verwerten. Haben wir aber nicht schon im Reich seit mehr als 40 Jahren ein demokratisches Wahlrecht? Wie groß ist der Einfluß des danach gewählten Parlaments, wie groß der Einfluß der Arbeiterschaft in diesem Parlament bisher gewesen? Es kommt eben weniger darauf an, nach welchem Wahlrecht ein Parlament zustande kommt, als auf die Kraft, die die Gewählten selber entfalten.

Aber nun genug der Kritik der Gründe, die gegen das parlamentarische Regierungssystem aus den Kreisen der Sozialdemokratie vorgebracht werden. Die Scheu die Dinge selber in die Hand nehmen zu müssen, statt ihre Durchführung von anderen zu verlangen und dann diese bequem zu kritisieren, findet immer Gründe sich dieser Pflicht zu entziehen. Auch in Deutschland ist endlich die politische Entwicklung in Fluß gekommen. Der Reichstag

selbst empfindet die Bedeutungslosigkeit, die er bisher gehabt hat, als schweren Nachteil des Systems. Wir stehen am Anfang einer Zeit des Tastens und der Versuche. Was sind die Kontrollausschüsse, die man der Regierung an die Seite stellt, anders als Bestrebungen den parlamentarischen Einfluß dort zur Geltung zu bringen, wo er wirken kann: bei der Führung der Verwaltung selbst? Daß mit ihnen nur wenig erreicht wurde, zeigt die allgemeine Unzufriedenheit mit ihnen, die Empfindung beschämender Leere; die ihre Mitglieder selbst zugeben. Aber zu dem einzigen Mittel zu greifen, das, wie die Erfahrung anderer Länder zeigt, Abhilfe zu schaffen vermag, dazu fehlt es an Entschlußkraft. Die gerade von unserer Partei sorgfältig genährte Furcht vor der Übernahme politischer Verantwortung verhindert es, daß unsere innere Politik aus diesem Punkt kuriert wird. Aber erst ihre Heilung würde für die auswärtige Politik entscheidend werden. Denn beide sind nur Teile eines Leibes.

MAX SCHIPPEL · DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK BEIM KRIEGSAUSGANG

ES ist nicht leicht auch nur ein ungefähres Bild der internationalen wirtschaftlichen Lage und der daraus entspringenden handelspolitischen Bedürfnisse am Schluß des Krieges zu entwerfen. Alle alten regelmäßigen Zusammenhänge zwischen dereinst sich ergänzenden Ländern sind jahrelang und über die ganze Welt wie abgeschnitten gewesen, und schon der ungeheure Ausfall an Seetransportmitteln würde verhindern einfach überall wieder da anzuknüpfen, wo der Krieg die Fäden abriß: selbst wenn die Produktion in den früheren Liefergebieten unterdes nicht, wie recht häufig, gewaltige Umbildungen erfahren hätte, die natürlich immer in erster Linie die Bezugsländer vor neue Schwierigkeiten stellen müssen.

Die ehemaligen Überschußgebiete für Lebensmittel und Rohstoffe, die unentbehrlichen Daseins- und Betätigungsquellen für Europa, werden noch dazu kaum willens sein gleichgültig und mit verschränkten Armen jedem Wettrennen nach ihren, oft recht schmalen Vorräten und ihren heranwachsenden Ernteerträgen zuzuschauen. Sie könnten sonst, bei der überlegenen Kauf- und Zahlkraft der ausgehungerten und rohstoffentblößten europäischen Industriestaaten sehr rasch und leicht dahin gelangen, daß sie ihre eigene Nachfrage nicht zu stillen vermöchten, daß sie also die augenblicklichen Sondergewinne einzelner Schichten im Grunde sehr bitter an ihrer Allgemeinentwicklung büßen müßten. Wie dies im Krieg bereits vielfach zu **Ausfuhrsperrn** für Lebensmittel, selbst in den Vereinigten Staaten und Argentinien, führte, so werden manche Länder, die ihre Rohzeugnisse schon länger stark selber weiterverarbeiten und die sich zum Teil durch den Krieg noch mehr in dieser Richtung vorwärts getrieben sahen, in nächster Zukunft es entschieden ablehnen einfach an der Freiheit der Auslandsaufkäufe festzuhalten. Auch wenn die besonderen britischen Reichszusammenhänge zunächst noch gar nicht ins Spiel kämen, würde deshalb Indien seine Jute und Baumwolle, Australien seine Wolle kaum ohne weiteres preisgeben, und selbst für die Vereinigten Staaten werden ähnliche Erwägungen für Baumwolle, Kupfer und noch manches andere kaum ausbleiben.

Die Bestimmungen der Handelsverträge haben sich naturgemäß als sehr wirkungslos gegen solche Maßnahmen des unentbehrlichen Selbstschutzes erwiesen, die sich zudem oft auf anerkannte völkerrechtliche Anschauungen und Gepflogenheiten berufen konnten. Außerdem fehlt es in den Handelsverträgen selber nicht an Ausnahmezugeständnissen, die zwar auf so umfassende Eingriffe, wie die oben erwähnten, kaum abzielen konnten, die sich jedoch unschwer zu deren Begründung heranziehen lassen. So heißt es im deutsch-russischen Vertrag, noch ziemlich zurückhaltend:

»ARTIKEL 5: Die vertragschließenden Teile verpflichten sich den gegenseitigen Verkehr zwischen beiden Ländern durch keinerlei Einfuhr- oder Ausfuhrverbote zu hemmen, die freie Durchfuhr zu gestatten. . . Ausnahmen sind nur für solche Erzeugnisse zulässig, welche auf dem Gebiet eines der vertragschließenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, sowie auch für gewisse Erzeugnisse, für die aus Rücksichten auf die Gesundheit, die Veterinärpolizei und die öffentliche Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenden Gründen außerordentliche Verbotsmaßregeln ergehen können.«

Beträchtlich weiter erstreckt dagegen schon das deutsch-schweizerische Abkommen die Ausnahmen von dem normal freiem Verkehr:

»ARTIKEL 1: . . . Die vertragschließenden Teile verpflichten sich ferner den gegenseitigen Verkehr zwischen beiden Ländern durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen. Ausnahmen sind nur zulässig: 1. in Beziehung auf Kriegsbedarf unter außerordentlichen Umständen; 2. aus Rücksichten auf die öffentliche Sicherheit; 3. aus Rücksichten der Gesundheitspolizei oder zum Schutze von Tieren oder Nutzpflanzen gegen Krankheiten, Schädlinge oder andere Gefahren; 4. behufs Durchführung der innern Gesetzgebung, soweit durch diese die Erzeugung, die Beförderung, der Vertrieb oder der Verbrauch gewisser Gegenstände verboten oder eingeschränkt wird.«

Es lohnt jedoch kaum auf die hierdurch erlaubten oder ausgeschlossenen Maßnahmen weiter einzugehen; denn im Notfall würden die internationalen Handelsverträge selber einem wirklich durchschlagenden nationalen Lebens- und Entwicklungsbedürfnis weichen. Zwischen den kriegführenden Staaten sind sie bereits seit dem Hereinbruch der offenen Feindseligkeiten erloschen. Dies gilt für Deutschland vor allem hinsichtlich Belgiens, Frankreichs (für das wenigstens der Artikel 11 des Frankfurter Friedens, also die Meistbegünstigung, in Frage kam), Rußlands, Italiens, Rumäniens, Japans, der Vereinigten Staaten, Chinas. Schon das ist, die kolonialen Außenzonen dieser Staaten hinzugerechnet, eine riesige, allen klareren Rechtsverhältnissen vorläufig entzogene Ländermasse. Daß man beim Friedensschluß die zeitweilige Wiederaufnahme der alten Abmachungen anstreben könnte, ist zwar nicht undenkbar; doch über die Ausführbarkeit eines solchen Versuchs wird niemand eine Prophezeiung wagen nach den Drohungen und Beschlüssen, die den künftigen vereinten Wirtschaftskrieg der Ententegruppe gegen die Mittelmächte ankündigten. Nicht einmal über die endgültige Stellungnahme der Vereinigten Staaten wird man, trotz dem Wilsonschen Auftreten in der Antwortnote an den Papst, heute bereits etwas Sicheres sagen wollen. Außerdem ist selbst dieser vorläufige Wiederaufnahmeversuch gerade nach der bedeutungsvollsten Seite gegenstandslos. Denn mit Großbritannien und den britischen Kolonien, ohne Ausnahme, also mit ganzen und halben Erdteilen wie Australien, Canada, Indien, Britisch Afrika, hatten wir bereits seit Juli 1898 keinerlei Handelsvertrag mehr, so daß wir uns mit der einseitig-selbstgewollten (autonomen), jederzeit ausschließlich von uns selbst aus widerruflichen Zubilligung der

Meistbegünstigung an englische und britischkoloniale Zufuhren halfen, während England als Freihandelsland bisher keine Zolldifferenzierungen kannte: freilich gleichfalls mit dem Vorbehalt jeden Augenblick nach freiem Ermessen eine andere handelspolitische Richtung einschlagen zu können.

Selbst mit den verbliebenen Handelsvertragspartnern leben wir nur noch auf kürzeste Kündigung enger beisammen. Jede ausgeprägte Rechthaberei bei zweifelhaften Vertragsauslegungen und bei auftauchenden Streitfragen würde deshalb lediglich den letzten lockern Faden lösen, der uns mit einigen der hervorragendsten neutralen Länder noch verknüpft. Alle deutschen Tarifverträge der letzten, nachcaprivischen handelspolitischen Periode nahmen den 31. Dezember 1917 als nächstliegenden Ablaufzeitpunkt in Aussicht. Für diesen Endtermin wäre 12 Monate vorher eine Kündigung nötig gewesen, die schon wegen der Kriegswirren nirgends erfolgt ist. Nunmehr ist jedoch eine Kündigung jeden Tag, mit 1jähriger Fristsetzung, möglich. So heißt es im deutsch-schweizerischen Handelsvertrag: »Der bestehende Handels- und Zollvertrag soll während der Zeit bis zum 31. Dezember 1917 wirksam bleiben. Im Falle keiner der vertragschließenden Teile 12 Monate vor diesem Termin seine Absicht die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen kundgibt, soll der letztere . . . in Geltung bleiben bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage, an welchem der eine oder der andere der vertragschließenden Teile diese Abmachungen kündigt.«

Um so mehr sollte Deutschland zu rechter Zeit, schon vor dem Friedensschluß, versuchen hier zum mindesten den Verzicht auf den Gebrauch des Kündigungsrechts auf genügende weitere Zeit zu erreichen: vielleicht unter genauerer Umschreibung sowohl der zuzugestehenden möglichen Ausnahmen von dem ursprünglichen Vertragsinhalt wie der aufrechtzuerhaltenden Grundforderungen für die heikle Übergangsperiode nach der Kriegsbeendigung. So undenkbar es sein mag in dem undurchdringlichen Nebel und dem Auf- und Abwogen der wirtschaftszerrütteten Gegenwart neue weitsichtige beiderseitige Tarifbindungen vorzuschlagen und durchzusetzen, so wertvoll und erfüllbar erscheint das angedeutete einfachere Vorgehen. In Verbindung mit der handelspolitischen Verständigung der Mittelmächte unter einander würde es einen ganz ansehnlichen zuverlässigen Staatenblock schaffen, der als Kern einer dauernden handelspolitischen Friedensbewegung und Friedenswahrung auch von händelsichtigen Gegnern des deutschen Wirtschaftsaufschwungs nicht geringschätzig übersehen werden könnte, und der unter Umständen innerhalb der sonst gleichgültigeren Außenseiter eine nicht zu verachtende werbende Kraft für die vertragsmäßige und freiwillige Sicherung gewisser Elementarforderungen des ungestörten Weltverkehrs entwickeln könnte.



LEIDER waltet über der Vorbedingung des Ganzen, der Verständigung der Mittelmächte unter einander, allem Anschein nach ein schlimmer Unstern. Auf keiner der beteiligten Seiten macht man Miene zu einem klaren Entschluß und frischen Zugreifen, obwohl die Vorerörterungen wahrlich lange genug laufen. Man wird sogar offen aussprechen dürfen, daß das plötzlich wieder aus der Versenkung hervorgeholte handelspolitische Programm, das man unter dem Schlagwort Mitteleuropa zusammenfaßt, sich nachgerade als eine Gefahr für das gegenwärtig wirklich Wichtigste und einzig Erreichbare entpuppt. Denn, täuschen nicht alle Anzeichen, so vermag dieses Programm,

auf einen zollpolitischen Sonderbund ausschließlich zwischen den Mittelmächten abzielend, große industrielle und agrarische Interessenschichten, von denen allein es sieghaft vorwärts getragen werden könnte, weder in Deutschland noch in der Donaumonarchie noch in den befreundeten Balkanländern an sich zu fesseln. Man fühlt dies schon aus den Zeitschriften dieser Richtung heraus, die, in der umfangreichern und solidern ältern und vollends in der vollkommen leb- und farblosen jüngern Gestalt, kaum etwas mehr sind als geduldig bedrucktes Papier, während sie als Fahnen Träger einer unwiderstehlichen, aus dem Drang der Zeit und den Tatsachen selber hervordachsenden Zusammenschlußbewegung strotzen müßten von überzeugender Kraft und unermüdlich von allen Seiten herbeiströmenden wirtschaftspolitischen Anregungen.

Als alter Vertreter einer an sich durchaus berechtigten und fortschrittlichen Idee, der sich wegen dieses Standpunkts sogar den gehässigsten und unverständigsten Angriffen ausgesetzt sah, mache ich dieses Eingeständnis nur ungern und nach langer Zurückhaltung. Aber einmal sind die Erfahrungen aus dem Anfang der neunziger Jahre und des neuen Jahrhunderts nicht umsonst gemacht, wo beide Male, beim jedesmaligen Bevorstehen einer handelspolitischen Neuordnung, der mitteleuropäische Gedanke auftauchte: zeitweilig mit viel tragkräftigerer und lebendigerer Interessengrundlage als heute und dennoch ohne bleibendes Ergebnis im Sinn der rein zollpolitischen Sonderbegünstigung oder gar Verschmelzung. Aber das Schlimmste wäre, wenn unsere politische Leitung von einem augenblicklich aussichtslosen Gedanken trotz allen offensichtlichen Zweifeln nicht loskäme und dafür nach anderer Richtung alle Vor- und Werbearbeit ungetan ließe, die wertvollste Folgen zeitigen könnte: heute schon für Deutschlands wirtschaftliche Annäherung an die Neutralen, und erst recht für Deutschlands führende Zusammenfassung alles international wirtschaftlichen Gleichberechtigungstrebens, wie sie hoffentlich zum Kennzeichen der späteren Friedensverhandlungen werden wird.

Denn einen großen Teil der moralischen Eroberungen, die Deutschland vor dem Krieg und während des Krieges leider nicht beschieden waren, kann England sehr leicht wieder, unaufhaltsam und unrettbar, einbüßen, wenn erst die großen Friedensfragen endgültig auf die Tagesordnung gesetzt sein werden: die Freiheit der Meere und der großen Welthandelsverbindungen, die Stellung der Flotten und der Seekriegführung, und nicht zum mindesten auch die internationale Wirtschaftspolitik der offenen Tür, der Gleichberechtigung und der Nichtdifferenzierung, als deren gefährlichster Zukunftsgegner sich mehr und mehr England mit seinen Kolonien herausstellt, unter Herausforderung aller nicht ähnlich mit kolonialen Erdteilen gesegneten Völker. Überall vermag hier Deutschland immer neue Gruppen der bedeutungsvollsten Völkerinteressen um sich zu sammeln: bei umsichtiger Diplomatie, und wenn es keinen Ballast überflüssiger Projekte mit sich herumschleppt.

Eine Zollunion, ich bestreite dies heute so wenig wie früher, hätte ihr Verlockendes und Bestechendes. Aber man erklärt sie so gut wie ausnahmslos, hüben wie drüben, für unmöglich. Eine durchgängige Zollbevorzugung wäre schon ein viel zweifelhafteres Gebilde, aber allenfalls noch empfehlenswert, je nach dem Grad der beiderseitigen Annäherung und der Ausdehnung der ganzen ins Auge gefaßten Länder- und Völkergruppe. Alle

früheren Entwürfe und Pläne waren deshalb auch stets viel weiter gesteckt. Italien rechneten sie ohnehin zum Dreibund, und, abgesehen von Belgien, Holland und der Schweiz, die stets als Teilnehmer gedacht waren, spielte in ihnen bald die wirtschaftliche Versöhnung und Gewinnung Frankreichs bald das Anschlußinteresse Rußlands (vor allem während der Höchstentfaltung der überseeischen Lebensmittelkonkurrenz) keine geringe Rolle. Durch seine Einengung ist der Gedanke an sich nicht fruchtbarer und besser geworden. Aber selbst die allerbescheidenste Annäherung nicht aus dem Stadium der teilnahmlosesten, mattherzigsten Erwägungen und der ziellosesten Vorverhandlungen herauszubringen und darüber alle Versuche zu wichtigerer internationaler Fühlungnahme und Annäherung zu unterlassen: etwas Günstigeres könnten sich allerdings die Gegner Deutschlands, könnte sich England beim Herannahen und während der Friedensverhandlungen nicht wünschen.

Ich möchte mich also nicht von vornherein dagegen wenden, daß der Würzburger Parteitag sich mit besonderen Zollvorteilen zwischen den Zentralmächten sympathisch, wenn auch vorsichtig, beschäftigt: falls er schlagende Tatsachen für das Bestehen einer lebensfähigen tiefgehenden Interessenströmung nach dieser Richtung anzuführen vermag. Andernfalls sollte er das ratlose Hin und Her nicht zu verlängern suchen. Denn andere wichtige Aufgaben Deutschlands vertragen sich nicht länger mit dem heutigen, für den Argwohn Dritter nährenden Zustand der Verschleppung, der nur deshalb kein Ende nimmt, weil man das Hoffnungslose und Problematische der bisherigen Anläufe nicht ruhig einzugestehen wagt. Jedes mitteleuropäische Wirtschaftsprogramm ist um so besser, je mehr heute neutrale und selbst deutschfeindliche Staaten sich ihm anzuschließen vermögen. Die handelspolitische Verständigung der Mittelmächte ist für uns wichtig, weil und soweit sie die Brücke bieten kann zu ausgebreiteteren handelspolitischen Verständigungen, vor allem auch mit unserm großen östlichen Nachbarreich, dem nach Beendigung seiner äußeren Katastrophen und inneren Wirren Jahre und Jahrzehnte gewaltigen Aufschwungs beschieden sein werden. Verhängnisvoll dagegen wäre jedes abgesonderte Mitteleuropa, wenn es neue Keime des Zwiespalts und der Verfeindung zwischen Staaten weckte, deren dauernderes festeres Zusammenstehen allein den Ausgleich gegen das unerträgliche Übergewicht Englands bringen kann. Um dereinst bei wirklichen Friedensverhandlungen als das Zentrum dieser großen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Emanzipationsbewegung dazustehen, können Deutschland und seine Verbündeten schon in der jetzigen Übergangszeit zum mindesten vieles vorbereiten und vieles verhindern.

MAX COHEN · DER REICHSTAG UND DIE ÖSTLICHEN FRAGEN



LS vor einigen Wochen die Antwort des Präsidenten Wilson an den Papst bekannt wurde, begegnete sie in einem großen Teil der deutschen Öffentlichkeit erregtem Widerspruch, da Wilson eine Einmischung in innere Angelegenheiten des deutschen Volkes versuchte, die dieses allein zu erledigen wünscht. Wenn aber rechtsstehende, jeder Art von Demokratie abholde Kreise nun schluß-

folgerten, jetzt müsse von jeder Erweiterung der Volksrechte abgesehen werden, da Wilson doch keine Ratschläge erteile, die eine Stärkung der deutschen Nation bezweckten, so wurde damit die Sache auf ein ganz falsches Gleis geschoben. Die den Präsidenten der Vereinigten Staaten bei der Abfassung seiner Antwortnote bewegenden Motive sind nicht leicht einwandfrei festzustellen. Wenn er aber in der Demokratisierung des Deutschen Reichs eine Schwächung der Gesamtnation sähe, so wäre das eine grundfalsche Rechnung, denn das Gegenteil ist richtig. Es ist durchaus falsch die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems, das einen wesentlichen Teil der Demokratisierung ausmacht, unter dem Gesichtswinkel der Machterweiterung irgendeiner Partei zu betrachten; sie muß vielmehr als eine Machterweiterung der ganzen Nation, als eine starke Vergrößerung der nationalen Gesamtkraft angesehen werden. Die Beseitigung des Dualismus zwischen der Obrigkeitsregierung und der Volksvertretung bedeutet an sich schon eine große Kräfteersparnis, eine bedeutende Verminderung der Reibungsflächen zwischen Volk und Regierung. Die Überzeugung eines Volkes aber das eigene Geschick in die eigene Hand nehmen zu müssen kann nur im Sinn einer starken nationalen Kräftevermehrung wirken. Sie muß zugleich die seelische Stimmung in schwierigen Lagen auch das Letzte herzugeben außerordentlich vermehren. Man stelle sich nur einmal vor, daß es am 4. August 1914 keinen aus allgemeinen Wahlen gebildeten Reichstag gegeben hätte, sondern das deutsche Zentralparlament von der Art des nach dem Dreiklassenwahlsystem gewählten preußischen Abgeordnetenhauses gewesen wäre! Dann hätten wir weder eine Politik des 4. August noch diese große Einigkeit des deutschen Volkes erlebt, die, soweit es sich um die Verteidigung des deutschen Landes und die Sicherung der deutschen Zukunft handelt, nach wie vor weiterbesteht. Wenn es trotz der zum Teil recht veralteten Grundlage unseres politischen Aufbaus möglich war so Außerordentliches in diesem Krieg zu leisten, so lag und liegt das an der unverwüstlichen Kraft des um sein Dasein ringenden deutschen Volkes. Von einer wirklich rationellen Ausnutzung der gesamten vorhandenen Volkskraft kann aber noch nicht die Rede sein; die vielerlei Mängel auf einer Reihe von Gebieten sind bekannt. Und die durch den Krieg allen offenbarte Ziellosigkeit und Sprunghaftigkeit unserer auswärtigen Politik, die in parlamentarisch regierten Ländern nahezu unmöglich wäre, ist wohl der augenfälligste Beweis für die Verbesserungsbedürftigkeit unseres Staatswesens. Denn darüber darf sich die vorläufig bestehende, oder auch eine sich allmählich fest zusammenschließende Reichstagsmehrheit keinem Zweifel hingeben, daß unbedingte Zielklarheit in der Führung der Außenpolitik die wichtigste Voraussetzung für die Erringung wirklicher Macht sein wird. Hier liegt das Zentralproblem für Deutschlands Zukunft. Und hier liegen die Dinge, leider, mit am schlimmsten.

In einer Reihe von Aufsätzen der Sozialistischen Monatshefte ist ausgeführt worden, wie sehr sich die deutsche auswärtige Politik der Vorkriegszeit durch einen Mangel an selbstsicherem Wollen und an Stetigkeit ausgezeichnet hat. Ein endloses Umhertasten, das nie festen Grund zu finden schien, eine Unzulänglichkeit in der Einschätzung weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Vorgänge sind seit Bismarcks Abgang die eigentlichen Merkmale dieser Politik gewesen. Und auch die fürchtbare Lehre dieses Krieges

hat es, wie es scheint, nicht vermocht unsere Außenpolitik in die Wege zu leiten, die sie gehen muß, wenn das zukünftige Schicksal Deutschlands nicht ebenso gefahrumst sein soll wie es das vergangene war. Noch während des Krieges, besonders aber, je mehr er sich seinem Ende zuneigt, muß die Marschrichtung für unsere kommende Politik festgelegt, müssen die Grundlagen für unsere spätere weltpolitische Stellung errichtet sein. Wie sollen diese aussehen?

Auch wer in der ersten Kriegszeit noch der Meinung war, daß nicht alle Möglichkeiten einer nach Westen neigenden Außenpolitik erledigt seien: die ungeheure Fülle der Tatsachen aus den beiden letzten Kriegsjahren muß ihm gezeigt haben, wie eitel diese Hoffnung war. Seitdem aus der mehr als freundschaftlichen Neutralität der Vereinigten Staaten eine enge Bundesgenossenschaft mit England entstanden ist, haben diese beiden Mächte die Grundlagen der deutschen überseeischen wirtschaftlichen Tätigkeit in einer Weise zermürbt, die man leider vorbildlich nennen muß. Daß die beiden genannten Reiche auch später im Frieden alles tun werden, um dem Deutschen Reich die Wiederaufnahme der zerstörten weltwirtschaftlichen Verbindungen aufs äußerste zu erschweren, wird bei uns wohl nur noch von wenigen Politikern bezweifelt. Obgleich also in Deutschland die Überzeugung nahezu Allgemeingut geworden ist, daß vor allem Großbritannien, und mit ihm Amerika, nicht zu unseren Freunden zählen und uns den Wiederaufbau unserer zerstörten Wirtschaft nicht erleichtern werden, tun die Leiter unserer deutschen Außenpolitik nichts, was deutlich erkennen ließe, daß auch sie diese Tatsache in sich aufgenommen hätten. Im Gegenteil. Außenpolitisch geschieht alles, damit der natürliche Ersatz für eine nach dem Westen nicht mehr vorhandene Orientierungsmöglichkeit: nämlich die nach dem Osten, ebenfalls verloren geht.

Seit der Polenproklamation vom 5. November 1916 geht es unaufhaltsam weiter auf der Bahn, die uns eine langwährende Feindschaft Rußlands bringen muß. Wenn man sich über die wirtschaftlichen und politischen Lebensbedingungen eines selbständigen Polens auch nur ein ganz klein wenig klar gewesen wäre, so hätte man wissen müssen (jeder Tag zeigt es deutlicher), daß sie mit denen des Deutschen Reiches nur dann in Einklang zu bringen sind, wenn der Aufbau des polnischen Staatswesens im Einverständnis mit Rußland, nicht aber gegen Rußland, erfolgt. Deutsche und polnische Interessen gehen nicht parallel, sie kreuzen einander auf Schritt und Tritt. Ein selbständiger Polenstaat wird, von seinem Standpunkt aus mit Recht, immer wieder die Blicke auf die polnisch-preußischen Provinzen werfen, in denen nicht nur zahlreiche seiner Landsleute wohnen, sondern die ihn auch aus der Enge des Binnenlandlebens an das für aufstrebende Staaten unentbehrliche Meer führen würden. Freilich könnte durch eine vertragliche Garantie der Weichselschiffahrt zur Ostsee dem rein wirtschaftlichen Bedürfnis der Polen Genüge geschehen. Gleichwohl werden die Polen auf ihre viel weitergehenden politischen Aspirationen nicht verzichten; das beweist jedem Sehenden ihre Haltung schon jetzt, denn nur wenige polnische Politiker denken daran den hier liegenden Gegensatz zwischen Deutschland und Polen zu verhehlen. Hier werden Zukunftsschwierigkeiten entstehen, die unüberwindlich bleiben, solange Polen damit rechnen kann sich eines uns feindlichen Rußlands gegen uns bedienen zu können. Aber auch die unmittel-

bare Gegenwart beweist, daß die Errichtung des selbständigen Polenstaats uns vor die Lösung von Fragen gestellt hat, die wir im Sinn der Polen nur lösen können, sofern wir von vornherein auf eine Annäherung zwischen Deutschland und Rußland nach dem Krieg verzichten wollen.

Wer Gelegenheit hatte sich in Polen selbst umzusehen, weiß, daß auch die deutschfreundlichsten Politiker darauf bestehen, daß Kongreßpolen beträchtlich erweiterte Grenzen erhält, und daß ohne solche Erweiterung an eine deutschfreundliche Politik selbst einer kleinen Schicht der Polen überhaupt nicht zu denken ist. Einer der namhaftesten Führer der deutschfreundlichen Aktivisten, Wladyslaw von Studnicki, hat vor kurzem in der Deutschen Staatsdruckerei Warschau eine »Denkschrift für deutsche Staatsmänner« drucken lassen, die er Die polnische Ostmarkenfrage betitelt. Es wäre in der Tat gut, wenn zahlreiche deutsche Staatsmänner und Politiker diese kleine Schrift mit großer Aufmerksamkeit lesen wollten; sie verdient es in hohem Maß. Für die Feststellung der Grenzen für das zukünftige Polen geht von Studnicki bis auf das Jahr 1811 zurück. Er erinnert an den Vorschlag, den damals Alexander I. dem Fürsten Czartoryski machte: die polnischen Grenzen an der Linie der Düna und der Beresina, mit Einschluß Wolhyniens, jedoch ohne die Ukraine, zu bilden. Wörtlich heißt es dann weiter: »Dies bleibt bis auf den heutigen Tag die eigentliche Grenze zwischen Polen und Rußland, deren Erlangung im Osten die politische Aufgabe Polens bilden soll.« Die Einverleibung Litauens wird als *conditio sine qua non* gefordert, und es wird gesagt, daß die Bildung eines unabhängigen oder unter deutschem Protektorat stehenden Litauens eine Katastrophe für die deutsch-polnischen Beziehungen bedeuten und aus Polen ein Werkzeug Rußlands machen würde. Aber auch Kurland will von Studnicki, der als der Sprecher der deutschfreundlichen Polen angesehen werden darf, zum Königreich Polen schlagen, denn »mit Litauen ist geographisch Kurland verbunden, Libau bildet einen natürlichen Hafen für Litauen und für Polen, falls Litauen mit dem letztern verbunden bleibt«. Daß mit der Verwirklichung dieser Forderungen fremde Nationen unter die Oberhoheit Polens fallen würden, bereitet dem polnischen Politiker keinen Kummer. Er betont vielmehr ausdrücklich, daß eine Verschiebung der Grenzen Polens über seine ethnographische Grenze hinaus absolut notwendig sei; denn, so heißt es in der Schrift, weiter, »ein rein ethnographisches Polen in den Grenzen des jetzigen Königreichs wird bestrebt sein die Provinz Posen wieder zu erlangen, wird vor allem einen äußern Markt suchen und sich somit auch um die Wiedererlangung der Stadt Danzig bemühen und bequeme und vorteilhafte Verträge mit Rußland suchen«. Es ist bezeichnend, mit welcher Deutlichkeit hier dem Deutschen Reich erklärt wird, unter welchen Bedingungen die Polen auf die deutsche Stadt Danzig verzichten werden. Man tut indes gut diesen *Verzicht* auch unter der genannten Voraussetzung mit mehreren Fragezeichen zu versehen. Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen, und wenn die Dinge einmal einen bestimmten Lauf genommen haben, so ist es schwer sie wieder rückwärts zu leiten. Von anderen Polen, die sich nicht durch offizielle Deutschfreundlichkeit gehemmt fühlten, ist ja zur Genüge und auch in der neuesten Zeit dargelegt worden, daß die Polen selbstverständlich auf Wiedervereinigung aller 3 getrennten Teile bestehen, daß sie aber darüber hinaus auch noch den Weg zur Ostsee durch

das nichtpolnische Westpreußen brauchen. Also die *Abfindung* der Polen durch Litauen und Kurland, die selbst manche deutschen Politiker annehmbar zu finden scheinen, würde die polnische Irredenta in Deutschland nicht im geringsten beenden, sie vielmehr aller Wahrscheinlichkeit nach zu bedeutend größerer Kraftentfaltung bringen. Daß für uns als Sozialisten, die wir auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts der Nationen stehen, dieser Weg ohnehin ungangbar ist, versteht sich von selbst. Wir gönnen den Polen ihre Freiheit, die ihnen ja nicht nur von uns sondern ebenso von der russischen Demokratie in bestimmtester Form zugesagt worden ist. Aber wir können doch unmöglich dazu beitragen, daß andere Nationen, daß Litauer und Letten, von Juden, Deutschen und Weißrussen ganz zu schweigen, der polnischen Herrschaft unterworfen werden. Wie die Polen mit anderen Nationalitäten umgehen, denen gegenüber sie sich als die politisch und wirtschaftlich Mächtigen fühlen, darf man mit Fug aus der Behandlung schließen, die die in Polen lebenden Juden dauernd von ihnen erfahren. Es ist dies eins der trübsten Kapitel der polnischen Praxis. Wenn auf einem internationalen Friedenskongreß ein selbständiges Polen geschaffen werden wird, so wird man unter allen Umständen auch darauf dringen müssen, daß den anderen Nationalitäten des polnischen Territoriums nicht nur die volle politische Gleichberechtigung sondern auch eine uneingeschränkte nationalkulturelle Autonomie gewährleistet wird. Gerade diese Aufgabe wird am besten im Verein mit der russischen Demokratie gelöst, die ja das gleiche Ziel für ihr eigenes Land aufgestellt hat. Diese Lösung bietet aber auch gleichzeitig eine starke Sicherung gegen die polnische Zukunftsgefahr, die erheblich näherliegend ist als die angeblich russische Gefahr (auf die ein Teil unserer Liberalen und auch einige Sozialdemokraten immer noch wie hypnotisiert starren).


Es ist eine Illusion, daß man, selbst bei Erfüllung der oben wiedergegebenen Wünsche der Polen, ein dem Deutschen Reich ergebenes Großpolen schaffen könnte. Die selbstbewußte polnische Nation verlangt vollkommene politische Unabhängigkeit und die Freiheit ihre wirtschaftliche und politische Zukunft nach eigenem Ermessen und auf Grund eigener Interessen zu gestalten. Ob sie dabei den Anschluß an Deutschland oder den an Rußland wählen oder es für klüger halten wird das eine gegen das andere auszuspielen, behält sie der eigenen Entscheidung vor. Daraus kann man ihr keinen Vorwurf machen; sie hat, wenn sie es vermag, ein Recht dazu. Ob aber das Deutsche Reich um dieser Aussichten willen die sichere Feindschaft Rußlands einzutauschen gewillt ist, ist eine andere Sache. Es spricht alles dafür, daß Polen später den Weg zu Rußland suchen, und daß Rußland es ihm leicht machen wird diesen Weg zu finden. Es wäre daher eine geradezu sinnlose Politik, wollte man durch die Abtrennung der genannten Gebiete von Rußland und ihre Auslieferung an Polen sich die Feindschaft des einen holen, ohne der Freundschaft des andern sicher zu sein. Ein freundliches Verhältnis zu Rußland (zu einem durch Deutschland um große Gebiete verkleinerten ist sie undenkbar) wird, wie auf diesen Blättern immer erneut dargelegt wurde, für die Zeit des Friedens wichtiger für uns sein als alles andere. Jede Politik, die nicht hierauf Bedacht nimmt, spielt mit dem Schicksal unseres Volkes. Wir gebrauchen Rußland (das umgekehrt uns nicht weniger nötig hat), wenn wir uns in der sonst von den bei-

den angelsächsischen Imperien beherrschten Welt die Stellung wieder erringen wollen, die unserer wirtschaftlichen und politischen Kraft entspricht.

Um so unbegreiflicher ist es, wie ein liberaler Politiker wie der Abgeordnete Gothein im Berliner Tageblatt vom 27. September 1917 all den weitschweifenden Annexionswünschen der Polen das Wort reden kann. Merkt Herr Gothein denn nicht, wie er damit die Reichstagsresolution vom 19. Juli dieses Jahres, die von gewaltsamer Abtrennung fremder Gebiete nichts wissen will, durchlöchert, ja völlig entwertet? Und fühlt man im freisinnigen Lager nicht, daß eine solche, uns mit Rußland verfeindende Politik das Deutsche Reich in die selbe Isolierung führen muß, in der es sich vor der jetzigen Kriegskatastrophe befand? Die hier emporsteigende Gefahr ist gerade im Berliner Tageblatt vom Fürsten Lichnowsky richtig dargestellt worden. Dieser äußerte sich dort am 2. September dieses Jahres über unsere jetzige Polenpolitik wie folgt: »Aus einer Waffe, die wir zur Bekämpfung unserer Gegner und zur Sicherung unserer Grenzen erfanden, ist der polnische Staatsgedanke der für Deutschlands Zukunft gefährlichste Plan geworden. Die polnische Frage bildet tatsächlich für uns die wichtigste Frage des Krieges wie des Friedens, weit wichtiger als das Schicksal Belgiens oder Albanien. Mit ihr steht und fällt die Großmachtstellung Preußens und die des Reichs.« Und Otto Hoetzsch, sonst ein politischer Antipode des Fürsten Lichnowsky, hat in der Kreuzzeitung vom 26. September 1917 in so ausgezeichnete Weise all die Gründe zusammengefaßt, die gegen die gegenwärtige Polenpolitik sprechen, daß man die Lektüre dieses Aufsatzes nur allen deutschen Politikern auf das eindringlichste empfehlen kann.

Das Polenpatent vom 12. September 1917 brachte die Fortsetzung der am 5. November 1916 begonnenen Politik. Ihre weiteren Folgen (so auch jetzt die Proklamationen in Kurland und Litauen) treten mit der unerbittlichen Konsequenz ein, die in den Dingen selber liegt, sobald sie einmal begonnen sind. Diese Politik beschwört erst die russische Zukunftsgefahr herauf, vor der sie nach der naiven landläufigen Ansicht uns schützen soll. Sie führt zu einer tödlichen Feindschaft mit Rußland, die uns dann in Abhängigkeit von England bringt, unsere Kräfte auf dem Kontinent bindet und für deren weitere Betätigung keinen Raum läßt. Wir Sozialisten dürfen am allerwenigsten eine solche Politik mitmachen, die die Entfaltung der Produktivkräfte und damit des Sozialismus hindert. Und als Demokraten müssen wir den Wunsch haben mit dem neuen Rußland zusammenzugehen, das seinen Nationen freie Entfaltung gibt, nicht aber neue Unfreiheit zu fördern.

Diese großen Menschheitsinteressen fallen mit den besonderen deutschen Interessen durchaus zusammen. Die Zukunft Deutschlands erfordert ein gutes Verhältnis zu Rußland. Dieses zu schaffen ist der Wunsch fast des gesamten Reichstags. Ist es ihm damit ernst, so muß er sich aber auch für diejenige Politik einsetzen, die die Voraussetzung einer deutsch-russischen Annäherung ist. Und diese heißt: Lösung aller östlichen Fragen im Einvernehmen mit Rußland, keine einseitige Vorwegnahme dieser Lösungen. Der Reichstag, und im besondern die deutsche Sozialdemokratie, hat die Pflicht diese Politik zu proklamieren und durchzusetzen, da sie allein die zukünftige Sicherheit unseres Volkes, seine Unabhängigkeit und friedliche Arbeitsmöglichkeit auf eine feste Grundlage zu stellen geeignet ist.



LUDWIG QUESEL · RUSSLANDS AGRARSOZIALISTISCHE MISSION



IN seinem 13. Verhandlungstag hat der allrussische Kongreß der Arbeiterdeputierten der von Tschernow eingebrachten Resolution zur Agrarreform zugestimmt, deren einzelne Punkte, so dunkel und vieldeutig sie uns auch anmuten mögen, eins mit hinreichender Deutlichkeit erkennen lassen: Auch die russischen Arbeiter sind von der Einsicht durchdrungen, daß das neue Rußland ohne die Neuordnung seiner Agrarverhältnisse nicht bestehen kann. Einig geht das städtische Proletariat mit den Bauern darin, daß die Lösung der russischen Agrarfrage nicht auf agrarindividualistischer sondern auf agrarsozialistischer Grundlage zu vollziehen ist. »Der Boden . . . muß dem Handel als Ware entzogen werden«, so formuliert Tschernows Resolution das sozialistische Prinzip der Agrarreform der Revolution, die die Sehnsucht der bäuerlichen Massen nach *mehr Land* zur Erfüllung bringen soll. In völligem Widerspruch zu der unvollendeten Agrarreform des alten Regimes soll die neue Agrarreform den kollektiven Grundbesitz der Gemeinden nicht nur erhalten sondern ihn auch auf Kosten des privaten Grundbesitzes erweitern und stärken. Durch Zertrümmerung des Agrarkommunismus wollte das alte Regime die von den Bauern kollektiv genutzten Landmassen überall zur Ware machen, indem es ihre Umwandlung in Einzeleigentum, das wie jede andere Ware verkauft, verpfändet und nach privatrechtlichen Grundsätzen vererbt werden sollte, mit Feuereifer betrieb. Jetzt will das neue Rußland nicht nur die Agrarreform des alten Regimes annullieren sondern überhaupt den kollektiven Grundbesitz zum herrschenden Prinzip der ganzen Landwirtschaft Rußlands machen, indem es den Weg zu einer Neugestaltung des russischen Agrarwesens öffnet, bei der »das oberste Verfügungsrecht über den Boden dem ganzen Volke zusteht«, das ihn »durch die demokratischen Organe . . . verwaltet«. Konsequenz zur Ausführung gebracht, muß die geplante Neuordnung des russischen Agrarwesens alle individuellen Beitztitel am Boden auslöschen und das große Reich des Ostens in ein agrarsozialistisches Gemeinwesen umwandeln, das vielleicht berufen ist ein neues Zeitalter sozialer Gerechtigkeit zu eröffnen.

Daß Rußland heute bei der Neugestaltung seines Agrarwesens am Scheideweg steht, ist für den Kenner der russischen Agrargeschichte keine Überraschung. In diesem großen Agrarland stoßen wir an jedem Wendepunkt seiner Geschichte auch auf eine Neuordnung der Agrarverhältnisse. Nicht weniger als 3 große Neugestaltungen der Agrarverfassung lassen sich in der neuern Geschichte Rußlands nachweisen.



PETER der Große hat die erste vorgenommen. Als alle seine Versuche Rußland im Kampf der östlichen Nationen auf wirtschaftlicher Basis stark zu machen an dem naturalwirtschaftlichen Zustand des Landes gescheitert waren, kam er zu dem Entschluß sich die Mittel für seine auswärtige Politik durch eine Neuordnung der Agrarverfassung zu beschaffen. Was Peter brauchte, waren an Mitteln persönlicher Natur Soldaten, Offiziere, Beamte und Arbeiter für die Rüstungsindustriellen, an Mitteln sachlicher Natur Rohstoffe und Nahrungsmittel. Die Menschen für seine auswärtige Politik wußte

er sich zu verschaffen, indem er einen Teil der Bauern für Lebenszeit zwangsweise zum Militärdienst und zur Arbeit in den Rüstungsindustriellen bestimmte, während die Angehörigen des von ihm geschaffenen Dienstadels verpflichtet waren als Offiziere oder Beamte dem Staat zu dienen. Den nicht zum Militär- oder Arbeitsdienst bestimmten Bauern fiel es zu die Soldaten, Offiziere, Beamten und Rüstungsarbeiter ihrem Stand entsprechend zu ernähren. Die Regimenter wurden vielfach über weite Landstrecken in Bauernquartiere zerstreut, wobei den Dorfgemeinden der naturalwirtschaftliche Unterhalt der Truppen als Pflicht ohne Entgelt auferlegt wurde. Die Angehörigen des Dienstadels, Offiziere und Beamte, erhielten für ihre Dienste bestimmte Landflächen mit den darauf wohnenden Bauern zugewiesen. Wie die Verpflegung der petrinischen Armee, so wurde auch ihre Ausrüstung überwiegend naturalwirtschaftlich beschafft.¹⁾ Peter baute Fabriken und ließ sie von Unternehmern in beamtenähnlicher Stellung leiten. Diesen sogenannten Possessionsfabriken wurde eine entsprechende Anzahl von Bauern als Zwangsarbeiter »für ewig zugeschrieben«. So entstanden industrielle Gebilde, die den Sklavenbetrieben des Altertums ähnlich waren.²⁾ Damals fiel in Rußland die Grenze, die den Hörigen vom Sklaven scheidet: Ohne Land wurden die Bauern für Lebenszeit zur Militär- oder Fabrikklaverei bestimmt. In erschütternden Bildern haben russische Maler das Los jener Unglücklichen geschildert, die als junge Burschen zum Militär- oder Fabrikdienst aus dem Dorf hinausgeführt wurden, um nach 3 oder 4 Jahrzehnten, alt, grau, vom Dienst oder von der Fabrikarbeit verbraucht, als Bettler heimzukehren. Die Fabrik, die im Westen der Leibeigenschaft die Totenglocke läutete, steigerte im Osten die Unfreiheit der Bauern zur Sklaverei.

Weil Peter durch Steuern und Monopole nicht das Geld für seine auswärtige Politik aufzutreiben vermochte, so blieb ihm nichts anderes übrig als mit Land und Menschen zu zahlen. Dazu mußte freilich das milde, patriarchalische Verhältnis, das das Merkmal der alten Ordnung des russischen Agrarwesens gewesen war, von Grund aus zerstört werden und eine Neuordnung der Agrarverhältnisse platzgreifen, deren Kennzeichen bis 1861 die Leibeigenschaft blieb. Die Rechtlosmachung der Bauern, gleichviel, ob man sie als Landwirte, Fabrikarbeiter oder Soldaten zu Staatszwecken ausnutzte, verschaffte dem petrinischen Staat die Mittel, um Rußlands Selbständigkeit nicht nur gegen Schweden, Polen und die Türkei zu behaupten sondern alle 3 Völker aus dem Osten zu verdrängen und schließlich den Polen das Schicksal zu bereiten, das sie den Russen zgedacht hatten, als eine polnische Garnison im Kreml zu Moskau stand. Die nationalen Ziele Peters des Großen waren berechtigt und groß. Aber der Preis, den das russische Volk zahlen mußte, um sie zu erreichen, war viel zu hoch.



ACH 1853, als Rußland im Glauben mit England zu einer Verständigung über die Aufteilung der Türkei gelangen zu können, an die Lösung der orientalischen Frage herantrat, dann aber einsehen mußte, daß es von England politisch isoliert worden war, um hierauf von einer Koalition unter britischer Führung niedergeworfen zu werden, vollzog sich die zweite Neuordnung der russischen Agrar-

¹⁾ Siehe Brückner Peter der Große /Berlin 1880/, Seite 526 ff.

²⁾ Das Wesen der Possessionsfabriken und ihre Arbeitsverfassung schildert auf Grund neuer russischer Forschungen von Schulze-Gaevernitz Volkswirtschaftliche Studien aus Rußland /Leipzig 1899/, Seite 29 ff.

verhältnisse. Als 1856 im vierten Kriegsjahr Rußlands militärische Macht unter britischen, französischen und türkischen Schlägen zusammenbrach, ließ sich die Neuordnung der russischen Agrarverhältnisse, die durch Ausbreitung der Geldwirtschaft notwendig geworden war, nicht mehr hinausschieben. 5 Jahre nach dem Frieden von Paris wurde die Leibeigenschaft nach anderthalbhundertjähriger Dauer aufgehoben. Scharenweise flohen nun die befreiten Arbeiter aus den Fabriken in die Dörfer, so daß das Befreiungswerk Alexanders II. zunächst eine ernstliche Krisis für die russische Industrie überhaupt bedeutete. Mit den Arbeitern wurden aber auch die Bauern frei. Anders jedoch als im Westen, wo die Aufhebung der Leibeigenschaft die Bauern vielfach in landlose Proletarier verwandelte, ist im Osten der Gedanke 10 Millionen leibeigener Familien in landlose Freiheit zu stoßen von keiner Seite vertreten worden. Das Vorbild der baltischen Barone, die den lettischen Bauern bei Aufhebung der Leibeigenschaft das Recht auf Land abgesprochen hatten, gewann über die russische Gesellschaft keine Gewalt. Aber auch das Werk der französischen Revolution, die den feudalen Boden in Stücke schlug und eine breite Klasse bäuerlicher Privateigentümer schuf, entsprach nicht dem Gefühl des Ostens. Nicht der von den Slawophilen verabscheute Agrarindividualismus des Westens, sondern der Agrarkommunismus des Ostens sollte das Leitmotiv der Agrarreform von 1861 werden. Bäuerliche Privateigentümer zu schaffen lehnte Alexanders Reformwerk grundsätzlich ab. Die gewaltigen Landmassen, die den Befreiten zugesprochen wurden (es handelte sich um eine landwirtschaftliche Fläche ungefähr von der Größe des Deutschen Reichs, 116 Millionen Deßjatinen umfassend), sollten gemeinsames Eigentum der Bauernschaft bleiben. Was sie in der Leibeigenschaft gewesen war, sollte die russische Bauernschaft auch in der Freiheit sein: ein Stand von Gleichen, brüderlich geeint durch die Gleichheitlichkeit aller Lebensbedingungen.

Wenn wir nun heute fragen, ob die russische Dorfgemeinde die ihr zuge dachte kommunistische Mission erfüllt und eine Scheidung der ehemals leibeigenen Bevölkerung in Arm und Reich verhindert hat, so wird man im allgemeinen die Frage bejahen können. Man liest zwar viel in russischen Schriften von armen und reichen Bauern, und, mit russischen Augen gesehen, mögen auch in den agrarkommunistischen Dörfern Groß-, Weiß- und Kleinrußlands erhebliche Besitzunterschiede bestehen.³⁾ Der Westeuropäer sieht jedoch überall nur durch relative Übervölkerung hervorgerufene gleichmäßige Armut. Ich habe im Jahr 1910 im Gouvernement Kursk mit russischen Bekannten eine große Anzahl Dörfer mir daraufhin genau angesehen, ob äußerliche Anzeichen (Stallungen, Scheuern usw.) für wohlhabende Bauernhöfe in unserm Sinn zu finden wären; ich konnte aber überall nur Hütten finden, in denen in unbeschreiblicher Dürftigkeit auch der sogenannte reiche Bauer lebt, dessen Reichtum zumeist darin besteht, daß er 2 Pferde und einige Kühe sein eigen nennt. Klassenunterschiede von der Größe, wie sie das deutsche Dorf aufweist, die Scheidung der ländlichen Bevölkerung nach dem privaten Grundbesitz in Groß-, Mittel-, Kleinbauern und Landarbeiter, von denen jede Kategorie eine besondere soziale Schicht darstellt, wird man in den Dörfern des Ostens vergebens suchen.

³⁾ Viel Material über die soziale Differenzierung der russischen Bauernschaft findet man bei Maslow Die Agrarfrage in Rußland /Stuttgart 1907/, Seite 103 ff.

WIE die erste und zweite so vollzog sich auch die dritte Neuordnung russischer Agrarverhältnisse unter den Rückwirkungen der auswärtigen Politik. Die nationale Empörung über die Fäulnis des Absolutismus, die im Krieg zutage getreten war, rief die Revolution hervor, die, von den städtischen Schichten ausgehend, bald das flache Land ergriff, wo sie sich zu der Forderung verdichtete, daß alles Land, das der Adel 1861 für sich als Privateigentum zurückbehalten hatte, den Dorfgemeinden dauernd zufallen sollte. Die Neuordnung der Agrarverhältnisse, die 1905 die Bauern erstrebten, war somit ausgesprochen agrarkommunistischer Natur. Von dem *antikollektivistischen Bauernschädel* war keine Spur in Rußland zu entdecken. Die Überzeugung, daß von Rechts wegen alles Land den Dorfgemeinden zur Nutzung überlassen werden müsse, hatten die russischen Bauern übrigens nie aufgegeben. Zur Zeit der Leibeigenschaft fanden sie dafür die Formel: Wir gehören dem Zaren und dem Tschin, aber das Land gehört uns. Als später die Emanzipation kam und einen erheblichen Teil des Landes als Privateigentum in den Händen des Adels beließ, empfanden sie dies als rechtswidrige Verkürzung eines ihnen zustehenden Erbteils. Die *schwarze Umteilung*, die den ganzen Großgrundbesitz in das Eigentum der Dorfgemeinden überführen sollte, wurde von ihnen seit 1861 wie eine religiöse Verheißung mit frommer Inbrunst ersehnt. Dieses Ideal blieb in der Bauernschaft lebendig: infolge ihrer materiellen Not, der periodischen Hungersnöte, der Sorge um die Pacht eines Stückchens Land und der steten Befürchtung bei den steigenden Pachtpreisen die für ihren Unterhalt nötige Pachtung zu verlieren. Den stärksten Haß empfanden die Bauern gegen diejenigen Gutsherren, die ihr Land nicht verpachteten sondern selbst bewirtschafteten. Angesichts der schwierigen Lage der Bauern ist es begreiflich, daß, als 1905 die bewaffnete Macht sich aufzulösen begann, der kommunistische Bauernaufbruch wie ein Zyklon über die russische Erde brauste. Im Frühjahr und Sommer 1910 stieß ich im Gebiet der Schwarzerde, wo die Lage der Bauern am elendesten und ihr Aufbruch am stärksten war, noch vielfach auf die Spuren der Zerstörung. In Schutt und Asche lagen die Herrenhäuser des Landadels mit ihren kostbaren Überlieferungen russischen Lebens, bis auf den Grund niedergebrannt waren die Sitze der oberen Beamten. Als die erste Duma zusammentrat, waren die Nächte erhellt von dem Schein brennender Gutshöfe. Die Agrarfrage wurde unter dem Druck des Bauernaufbruchs das zentrale Problem, um das sich die Verhandlungen der ersten und zweiten Duma drehten, die beide eine große Mehrheit für eine Neuordnung der ländlichen Verhältnisse im Sinn des bäuerlichen Agrarkommunismus aufwiesen.⁴⁾

Auf die konservativen Elemente des russischen Reichs war kein Ereignis von so tiefer Wirkung wie der Bauernaufbruch von 1905. Das Wahlgesetz war in der Erwartung erlassen worden, daß die Bauern ein vorwiegend konservatives Element bildeten. Mit Schrecken mußten die regierenden Kreise nun sehen, daß die Bauern, die die Hälfte aller Abgeordneten zu wählen hatten, in die beiden ersten Parlamente nur Vertreter des Agrarkommunismus, der entschädigungslosen Enteignung und Verstaatlichung des privaten Grundbesitzes entsandten. Die Gegenrevolution erkannte nun als ihr wichtigstes

⁴⁾ Siehe Tscherewanin *Das Proletariat und die russische Revolution* /Stuttgart 1908/, Seite 147 ff., und Trotzki *Rußland in der Revolution* /Dresden 1909/, Seite 165 ff.

Ziel dem Agrarkommunismus, zu dessen konsequentesten Vertretern sich neben den Sozialrevolutionären die Trudowiki entwickelten, den Boden abzugraben. Das konnte nur durch eine Neuordnung der Agrarverhältnisse geschehen, die den Agrarkommunismus in Trümmer schlug, den kollektivistischen Geist der Bauern entwurzelte und eine möglichst breite Schicht antikollektivistisch gesinnter kleiner Landeigentümer schuf, auf die sich der russische Konservatismus stützen konnte. Durch den Staatsstreich vom 1907 wollte die Konterrevolution freie Bahn für eine Neuordnung der Agrarverhältnisse schaffen, bei der den Dorfgemeinden die Verfügung über die 116 Millionen Deßjatinen Land, die sie 1861 bei der Bauernemanzipation als kollektives Eigentum erhalten hatten, weggenommen und dieser ungeheure Grundbesitz unter die Bauern als Privateigentum verteilt werden sollte. Und in der Tat ist nach der Rechtlosmachung der bäuerlichen Bevölkerung von der dritten Duma, in der die starke Partei der Trudowiki von 121 auf 16 Mitglieder zusammengeschrumpft war, in diesem Sinn auch unter Stolypins Führung verfahren worden. Genau gesehen, war auch Stolypins Agrarreform eine Expropriation, allerdings eine ganz anderer Art als die, zu der die Trudowiki sich bekannten. Die Trudowiki wollten die Großgrundbesitzer, Stolypin wollte die Dorfgemeinden expropriieren. Den Anfang hiermit machte das Gesetz, das unter dem Namen Stolypinsche Agrarreform berühmt geworden ist.

Dieses unterscheidet 3 Kategorien zu erpropriierenden Gemeindeeigentums: 1. solches, das seit 1861 nicht mehr neu aufgeteilt wurde; 2. solches, das seit 1893 keiner Neuaufteilung mehr unterworfen wurde; 3. solches, das auch nach 1893 noch neu aufgeteilt worden ist. Die Gemeinden mit kollektivem Grundeigentum der 1. Kategorie wurden durch das Gesetz von 1910 ihrer Grundeigentumsrechte am Gemeindeland sofort für verlustig erklärt. Die Verteilung des ihnen abgenommenen Landes regelte das Gesetz in der Weise, daß jeder bäuerliche Nutznießer Privateigentümer seines Anteils am Gemeindeland wurde, so daß den betreffenden Gemeinden, abgesehen vom Gemeindewald, überhaupt kein Grundbesitz mehr verblieb. Was die zur 2. und 3. Kategorie gehörenden Dorfgemeinden betrifft, so wurden ihre Eigentumsrechte am Gemeindeland einstweilen nur im Prinzip aufgehoben. Unter gewissen Voraussetzungen sprach das Gesetz von 1910 jedem Nutznießer an der Gemeindeflur die Berechtigung zu von der Gemeinde die entschädigungslose Ausscheidung seines Landanteils als Privateigentum zu verlangen.

Wir sehen also, daß die Gesetzgeber von 1910 mit einem Federstrich die Bauern in allen denjenigen Dörfern, in denen eine Neuumteilung des kommunistischen Landbesitzes seit 1861 nicht stattgefunden hatte, zwangsweise zu Privateigentümern ihres Anteils am Gemeindeland machten. Als Begründung wurde angeführt, daß die fast 50jährige Nutzung eines und des selben unveränderten Anteils durch eine Familie den kommunistischen Charakter des Grundeigentums dieser Dörfer aufgehoben und das Eigentumsrecht der Gemeinde am Boden beseitigt habe. In Wahrheit konnte davon keine Rede sein. Neuumteilungen der Gemeindefluren waren für die Bauern immer ein so schwieriger Prozeß, daß sie von ihnen nur unter dem Druck höchster und dringendster Notwendigkeit vorgenommen wurden. Wo die Bevölkerungszahl der Dörfer infolge von Epidemien oder günstigen

Abwanderungsverhältnissen nicht stark zugenommen hatte, oder wo den Dorfgemeinden die Möglichkeit gegeben war für ihren Bevölkerungszuwachs Land von den Gutsherren oder dem Staat hinzuzukaufen, nahmen die Bauern eben keine Neuaufteilung der Dorfflur vor, ohne daß sie sich aber damit von dem traditionellen kommunistischen Regime lossagen wollten. Wie wenig die Abwendung vom Agrarkommunismus im Sinn der russischen Bauern lag, zeigt zum Beispiel die Tatsache, daß das Land, das die Bauern kurz vor der Revolution von 1900 bis 1905 mit Hilfe der Bauernbank von den Gutsherren kauften, nur zu einem ganz kleinen Teil als privates Grundeigentum erworben wurde. Von den 3,9 Millionen Deßjatinen erwarben bäuerliche Genossenschaften 3,3 Millionen, die Dorfgemeinden 0,5 Millionen, die Einzelkäufer dagegen nur 0,09 Millionen Deßjatinen. Selbst in den Fällen, wo Land von einzelnen Bauern gekauft wurde, ist dieses zumeist nicht als Eigentum eines einzelnen Wirts sondern als Familieneigentum erworben worden, indem sich die Brüder einer Familie die Nutzung teilten. Durch die Agrarreform des alten Regimes sollten also die Bauern zwangsweise zu Grundeigentümern gemacht werden, obwohl sie sich gar nicht als solche fühlten und auch nicht den Wunsch geäußert hatten es zu werden. vielmehr eine solche Umwandlung ihres Nutzungsrechts in Privateigentum unter Vernichtung des Eigentumsrechts der Gemeinde vor Gott und ihrem Gewissen nicht verantworten zu können glaubten.

Während so der Agrarkommunismus in den Dörfern, die sich seit 1861 aus verschiedenen Gründen der Mühe Neuaufteilungen vorzunehmen nicht unterzogen hatten, durch äußere Gewalt beseitigt wurde, sollte in den Dörfern, die zur 2. und 3. Kategorie gehören, der kollektive Grundbesitz von innen heraus zerstört werden, indem man jedem bäuerlichen Nutznießer das Recht auf Umwandlung seines Anteillands (Nadjel) in Privateigentum zusprach, und zwar auch hier ohne Entschädigungspflicht gegenüber der Gemeinde. Da nun aber der russische Bauer gar nicht Privateigentümer werden wollte, konnte eigentlich diese gesetzliche Bestimmung nur dazu dienen in der Zukunft überall Neuaufteilungen der Gemeindefluren zugunsten des noch nicht mit einem Anteil bedachten Bevölkerungszuwachses unmöglich zu machen. Dieser sollte das Recht auf Land, das die Slawophilen als die heiligste Institution des russischen Geistes, als den Ausdruck wahrer Nächstenliebe und Brüderlichkeit verherrlicht hatten, bedingungslos verlieren und zur Abwanderung respektive zur lebenslänglichen Lohnarbeit auf den Gutshöfen gezwungen, und damit allmählich eine scharfe Klassenscheidung auf dem flachen Lande in Grundbesitzlose und Grundbesitzende herbeigeführt werden.⁵⁾

DIE Revolution von 1917 hat nun die Agrarreform des alten Regimes von der Tagesordnung abgesetzt und den Weg zu neuen Zielen geöffnet. Wie in den Tagen der ersten Revolution beherrscht jetzt wieder die gigantische Aufgabe das agrarindividualistische Prinzip aus dem russischen Leben möglichst zu eliminieren das sozialökonomische Denken in Rußland. Was diese Aufgabe

⁵⁾ Eingehende Darstellungen der Stolypinschen Agrarreform geben Preyer *Die russische Agrarreform* /Jena 1914/ und Marchand *Les grands problèmes de la politique intérieure russe* /Paris 1912/. Beide Autoren sind kritiklose Bewunderer Stolypins und preisen seine Reform. Daß diese im Grunde darauf hinausläuft aus politischen Motiven die Gemeinden zugunsten der derzeitigen Nutznießer des Gemeinlandes zu expropriieren, das vermögen sie nicht einzusehen, weil es für sie nur eine Form berechtigten Grundeigentums gibt: das private, während sie die kollektiven Eigentumsrechte gewissermaßen für vogelfrei ansehen.

für das russische Volk und seine Wirtschaft bedeutet, kann man sich annähernd durch Ziffern veranschaulichen, wobei jedoch bemerkt werden muß, daß die russische Agrarstatistik nur ungefähr den Wert sachkundiger Schätzungen besitzt. Läßt man Polen, Finnland und den Kaukasus außer Betracht, so umfaßt das europäische Rußland 426 500 000 Hektar Fläche. Die Grundbesitzverteilung ist nun folgende:

Besitz	Flächeninhalt	
	Hektar	in % der Gesamtfläche
Staats- und Apanageland	172 300 000	40,4
Grundbesitz der Kirchen, Klöster und Städte	9 400 000	2,2
Bauernland	145 300 000	34,3
Großgrundbesitz	99 600 000	23,1

Der größte Teil des Staatslandes liegt aber in der Waldzone des Nordens, eignet sich daher nicht zur Ackerwirtschaft. Der Staatswald umfaßt insgesamt über 95 Millionen Hektar, die Wälder der Großgrundbesitzer umfassen 42, die der Kirchen und Städte 13, die der Bauern 17 Millionen Hektar. Der staatliche Grundbesitz kann also zur Lösung der Bauernfrage wenig beitragen. Anders steht es mit dem Großgrundbesitz. Nimmt man das zum Ackerbau geeignete Land des Staates usw. und das der Großgrundbesitzer zusammen, so hat man immerhin 70 Millionen Hektar zur Verteilung an die Bauern. »Im Durchschnitt wird eine Agrarreform, deren Ziel die Beseitigung des Großgrundbesitzes ist, das Bauernland um 50 % vergrößern können, ohne zur Abholzung der in der eigentlichen Ackerbauzone ohnehin recht spärlichen Waldbestände schreiten zu müssen.«⁶⁾ Die Dinge liegen also nicht so, wie die Gegner des Agrarkommunismus behauptet haben, daß die Überweisung des Großgrundbesitzes an die Dörfgemeinden dem Landmangel der Bauernwirtschaften gar nicht abhelfen könnte. Selbst wenn man eine starke Volksvermehrung in Rechnung stellt, wäre den Bauern mit der Verteilung des Großgrundbesitzes an die Dörfgemeinden für einige Jahrzehnte geholfen. Auch die Schwierigkeiten, die die Errichtung einiger Millionen neuer Bauernhöfe auf dem Guts- und Staatsland hervorrufen könnte, sind nicht so groß wie es scheint, weil der russische Bauernhof eben nur aus Holzhütten besteht, zu denen der Wald das Material liefert. Diejenigen Maßnahmen der Stolypinschen Agrarreform aber, die man als die Neugestaltung des bäuerlichen Betriebes bezeichnen kann, wie die Zusammenlegung der jedem Wirt zugewiesenen, weit zerstreut liegenden Parzellen zu einer einheitlichen Fläche (Flurbereinigung), die Beseitigung des Flurzwangs, der Brach- und Stoppelweide, kurz aller jener Maßregeln, die der Intensivierung des Ackerbaus dienen sollten, sind mit dem Agrarkommunismus keineswegs unvereinbar.⁷⁾ Im Gegenteil. In Gebieten mit niedriger Volksbildung vermögen Gemeinden alle die bezeichneten Maßnahmen leichter auszuführen als eine große Zahl privater Eigentümer. Andererseits ist der Agrarindividualismus der Stolypinschen Agrarreform gewiß kein Heilmittel gegen den niedrigen Stand der Volksbildung,

⁶⁾ Siehe Quessel Die frühere und zukünftige Stellung Rußlands in der Weltwirtschaft, in der Kolonialen Rundschau, 1917, Seite 145 ff.

⁷⁾ Treffend legt dies Kowalewskij Le régime économique de la Russie (Paris 1896), Seite 132 ff., dar, indem er zeigt, daß eine auf der Höhe moderner Kultur stehende Gemeinde als Grundeigentümer mehr für den landwirtschaftlichen Fortschritt tun kann als viele vereinzelt kleine Privateigentümer.

gegen die Weglosigkeit Rußlands⁵⁾, gegen den Alkoholismus des Dorfes, und wie die Schäden sonst noch heißen mögen, mit denen das alte Regime das russische Volk so verschwenderisch bedacht hatte. Alle diese Schäden zu beseitigen, den Agrarkommunismus des Dorfes durch den Geist moderner Genossenschaftlichkeit zur höchsten Stufe der Produktivität zu bringen, die Landmassen der Gutsherren und des Staates, soweit sie für den Ackerbau in Frage kommen, in den Besitz der Dorfgemeinden überzuführen, dazu braucht Rußland freilich viele Jahrzehnte ruhiger Entwicklung. Das weiß man in England, und deshalb ist man in London mit allen Mitteln bemüht die Trudowiki und Sozialrevolutionäre von ihrem Agrarprogramm abzubringen, es ihnen als unausführbar, als verderblich und den Tod für Rußland bringend vorzustellen, womit man, wie gewisse Anzeichen lehren, nicht ohne Erfolg geblieben zu sein scheint. Der Gedanke den Agrarkommunismus über den privaten Grundbesitz auszuweiten muß dem Wunsch des russischen Volkes den Frieden schnell herbeizuführen und jahrzehntelang erhalten zu sehen immer neue Nahrung verschaffen. Das alte Regime, das den privaten Großgrundbesitz erhalten wollte und deshalb der Bauernschaft aus ihrer Not nicht helfen konnte, war daran interessiert einen *Volksimperialismus* zu züchten, um die Blicke der Bauern vom Großgrundbesitz, den sie nun einmal als ein ihnen von Gott zugesprochenes Erbteil ansahen, auf ausländische Gebiete abzulenken.⁶⁾ Das neue Regime unterliegt dieser Notwendigkeit nicht. Denn alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß im neuen Rußland keine Regierung sich auf die Dauer wird halten können, die nicht erst mit der Enteignung des privaten Großgrundbesitzes macht. Rußland wird, so schwer und gewaltig auch die Aufgabe scheint, vermutlich den Weg zur agrarsozialistischen Republik einschlagen, weil seine Geschichte, der Geist des Volkes, die soziale Notwendigkeit es auf diese Bahn drängt.

Diese Entwicklung feststellen heißt noch kein Endurteil abgeben: weder über das agrarindividualistische noch über das agrarsozialistische System. Hier in den Sozialistischen Monatsheften ist die große Bedeutung des bäuerlichen Eigenbesitzes für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivität dauernd betont und in den Einzelheiten nachgewiesen worden.¹⁴⁾ Von jenen Darlegungen soll selbstverständlich nichts zurückgenommen sein. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß, je gesicherter eine lange Nutznießung des Bodens für den bäuerlichen Wirt ist, desto mehr sich das bloße Nutznießungsrecht in seinen ökonomischen Wirkungen dem Eigentumsrecht nähert. So steht in Westeuropa die bäuerliche Erbpacht dem bäuerlichen Privateigentum am nächsten. Ein Agrarkommunismus wie in Rußland, wo sich die Nutznießung des Bodens zumeist ungestört in der bäuerlichen Familie forterbt, läßt sich ähnlich wie das System der Erbpacht mit der höchsten Entfaltung der Produktivität des bäuerlichen Betriebs vereinbaren. Wie in Westeuropa beim staatlichen Grundbesitz die bäuerliche Erbpacht produktive Erfolge aufzuweisen hat, die, wie Buchenberger mit

⁵⁾ Siehe die interessanten statistischen Angaben über die Weglosigkeit Rußlands im Verhältnis zu Westeuropa bei Zuckermann Der Warenaustausch zwischen Rußland und Deutschland /Berlin 1916/, Seite 15.

⁶⁾ Das ungefähr wird man Leuthners kleiner, geistsprühender Schrift Russischer Volksimperialismus /Berlin 1915/ zugeben. Siehe auch vom selben Autor den Aufsatz Die russische Agrarfrage, im Kampf, 1917, Seite 223 ff.

¹⁴⁾ Es sei hier namentlich an die verdienstvollen Arbeiten Schulz' erinnert, die in den Jahrgängen 1909 bis 1914 der Sozialistischen Monatshefte erschienen sind.

Recht hervorhebt, dem bäuerlichen Privateigentum entsprechen¹¹⁾, so kann im Osten eine gesicherte Nutzung des Bodens im Rahmen des Agrarkommunismus, die sich vom Vater auf den Sohn vererbt, sich dem privaten Grundbesitz produktionstechnisch durchaus gewachsen zeigen. Im Westen ist es das ländliche Genossenschaftswesen, das in die Agrarverfassung mehr und mehr den Geist des Sozialismus hineinträgt. Auf anderem Weg, entsprechend der andersgearteten, den Forderungen der Brüderlichkeit (oft ohne Rücksicht auf die Zweckmäßigkeit) sich schrankenlos hingebenden russischen Seele, strebt die russische Bauernschaft ihrem Ziel zu. Der Geist freier Genossenschaftlichkeit, der auf dem Gemeinsamkeitsgefühl beruht und es auch immer stärker anwachsen läßt, dabei aber die Selbstverantwortung des einzelnen nicht aufhebt, stellt vielleicht die wahre Synthese des Individualismus und des Sozialismus dar. In der Vergenossenschaftlichung wird daher der Agrarindividualismus des Westens sich mit dem Agrarsozialismus des Ostens treffen. Unter dieser Vergenossenschaftlichung sind nicht Experimente gemeint, wie sie auch bei uns von manchen Theoretikern vorgeschlagen werden. Vielmehr handelt es sich da um eine Notwendigkeit, die sich aus der Weiterentwicklung der bäuerlichen Wirtschaft von selbst ergibt: im Westen als Erweiterung der Eigenwirtschaft, zur Bewältigung von Aufgaben, denen der einzelne nicht genügen kann; im Osten zur stärkern Heranziehung gerade des einzelnen, der so erst in höherm Maß seiner Pflicht gegen die Gesamtheit genügen kann.

Will Rußland die entscheidende Neuordnung seiner Agrarverhältnisse durchführen, so muß es die Freundschaft seiner westlichen Nachbarn suchen, die, obgleich ihm in vielen Stücken wesensfremd, mit aufrichtiger Sympathie seine Anstrengungen zu einer höhern Stufe sozialer Gerechtigkeit zu gelangen verfolgen. Wie Deutschland einen dauernden Frieden braucht, um durch Steigerung seiner produktiven Kräfte die Wunden des Krieges zu heilen, so braucht auch Rußland einen langen Friedenszustand, um sich seiner Agrarneuordnung widmen zu können. Sich gegenseitig außenpolitisch stützend und wirtschaftlich ergänzend, kann Ost- und Mitteleuropa der Menschheit neue Wege öffnen, die uns der sozialen Gerechtigkeit und der Eintracht der Völker näherbringen. Dazu freilich ist notwendig, daß Deutschland das Ziel: mit Rußland zu einer dauerhaften Verständigung zu gelangen, trotz allen sich auftürmenden Hindernissen fest und unbeirrt im Auge behält, und andererseits Rußland erkennt, daß seine Interessen es nicht zu den angelsächsischen Reichen hin- sondern von diesen wegführen.

HERMAN KRANOLD · PRODUKTIONSPOLITIK

BISHER hat die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Wirtschaftspolitik in der Hauptsache den Standpunkt des Konsumenten vertreten. Das entspricht ihrem historischen Ursprung. Zunächst hatte sie ganz natürlich in ihrer gesamten Politik, soweit diese überhaupt auf die Erreichung von Gegenwartserfolgen eingestellt war, in erster Linie das Bestreben die materielle Lebenshaltung

¹¹⁾ Siehe Buchenberger *Agrarwesen und Agrarpolitik I* (Leipzig 1914), Seite 183 ff. Obwohl Buchenberger zugibt, daß man bei einer objektiven Würdigung der Erbpacht »versucht sein könnte« ihr »wesentliche Vorzüge sogar vor der Institution des Privateigentums an Grund und Boden einzuräumen«, gelangt er doch zu der Entscheidung, daß in Ländern mit bäuerlichem Privateigentum keinerlei Grund vorliege es durch Erbpachtverhältnisse zu verdrängen.

der Massen, die unter geringem Einkommen und Teuerkeit der notwendigen Bedarfsgegenstände sehr zu leiden hatte, möglichst zu erleichtern, und das schien stets am einfachsten und verhältnismäßig schnellsten durch eine wirtschaftliche Haltung erreichbar, die darauf hinausging die Geldlöhne zu steigern und die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse herunterzudrücken. Diese beiden der modernen Arbeiterbewegung zugrunde liegenden Bestrebungen haben aber den Blick der sozialistischen Politiker allzu einseitig auf diese taktischen Ziele festgelegt und von anderen, mindestens ebenso wichtigen, ihnen aber teilweise taktisch im Weg stehenden politischen Endzielen allzusehr die Aufmerksamkeit abgelenkt.

Der Gesichtspunkt, der unter diesen Umständen einer besondern Berücksichtigung bedarf, ist der der Steigerung der Produktivität der Arbeit. Dieser Gedanke hat zwar bei den früheren Sozialisten in Deutschland immer eine Rolle gespielt, wenn auch nur in ihren theoretischen Ausführungen, vorzüglich in der Kritik, die sie an dem anarchischen Wesen der kapitalistischen Produktionsweise übten. Sie haben denn auch in einzelnen Punkten Ansätze zu systematischer Verbesserungsarbeit gemacht; darüber hinaus ist aber nichts Wesentliches gesagt worden. Die Wirtschaftspolitik der Partei, die allein von den Agitationsbedürfnissen bestimmt war, setzte sich ausschließlich für den Konsumenten ein. Gegen diese Einseitigkeit wurde in den letzten beiden Jahrzehnten hier in den Sozialistischen Monatsheften mit steigender Intensität die andere, die eigentlich sozialistische Auffassung herausgearbeitet. Die Förderung der Produktion und damit der Produzentenstandpunkt wurde in den Vordergrund gerückt. Der Krieg hat diese Auffassung auch praktisch bestätigt. Immer weiteren Schichten muß es nun klar werden, daß es zum Wiederaufbau der zerstörten Volkswirtschaft kein anderes Mittel gibt als konsequente Produktionspolitik.

Gleichzeitig hat der Krieg auch aufs stärkste darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse auf den Sozialismus kein Monopol haben darf. Es soll ihr gewiß in keiner Weise bestritten werden, daß sie in allererster Linie Träger seiner Entwicklung zu sein bestimmt ist. Aber es muß doch auch allmählich anerkannt werden, daß die sozialistische Politik bestrebt sein muß auch das Vertrauen anderer Schichten der Nation als nur der Industriearbeiter zu gewinnen. Die Industriearbeiter allein können nämlich niemals dem Sozialismus dazu verhelfen, daß er das politische System der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes wird. Wenn das geschehen soll, so muß irgendwie eine Erweiterung der Massenbasis des Sozialismus vorgenommen werden; dies kann nur dadurch geschehen, daß eine große Produzentenschicht, nämlich die Bauern und die Landarbeiter, durch eine Politik, die deren spezifische Interessen mit denen der Arbeiterklasse ausgleicht und verbindet, in das Rekrutierungsgebiet der sozialistischen Organisationen einbezogen wird. Es ist auf die Dauer ein unerträglicher Zustand, daß Bauern und Landarbeiter dadurch, daß der Feudalismus ihren Bedürfnissen bis zu einem gewissen Grad und sogar unter Opfern entgegenkommt, in Feindschaft gegen das Industrieproletariat gebannt werden. Der Ausweg aus dieser Sackgasse liegt für das Proletariat darin, daß es sich einmal grundsätzlich in die Lage dieser Schichten versetzt, die es zu gewinnen gilt. Es muß sich einmal klar werden, daß da verständnisvolles Eingehen auf die Bedürfnisse der anderen erforderlich ist; es muß sich endlich auch

entschließen können nötigenfalls gewisse Opfer zu bringen. Das wird ihm durch folgende Überlegung leichter werden:

Ziel sozialistischer Politik ist Regelung der Produktion nach den Gesetzen der Gleichachtung aller Menschenwürde. Das hervorragendste Mittel zur Erreichung dieses Ziels ist in einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel gegeben, das heißt in einer Organisierung der Produktion, die es verhütet, daß irgendein Produktionsmittel Monopolgut einer bestimmten Schicht wird, die dadurch in die Lage kommen könnte an den übrigen Volksgenossen Ausbeutung zu üben. Das ist aber nur möglich, wenn das Proletariat auch politisch immer leistungsfähiger gemacht wird. Zu solcher Steigerung seiner Leistungsfähigkeit ist wieder in erster Linie eine wesentliche Verbesserung seiner Lebenshaltung eine unausweichliche Voraussetzung. Diese liegt einmal in einer solchen Steigerung des Einkommens des einzelnen Proletariers, daß er um sein Existenzminimum¹⁾ nicht mehr ein Übermaß von Arbeit geben muß sondern mit einer Arbeitsmenge von 7 bis 9 Stunden täglich (bei etwa 60 ganz arbeitsfreien Tagen im Jahr) durchkommt. Dann aber ist diese Verbesserung seiner Lebenshaltung in einer Verminderung der Arbeitseinheiten gegeben, die er für das einzelne Produkt im Austausch hingeben muß. Es ist ganz klar, daß diese beiden Tendenzen schließlich einmal in Widerspruch mit einander geraten müssen. Zunächst freilich läßt sich in weitem Umfang durch Ausschaltung von Monopolgewinnen im Gebiet der industriellen Produktion, des Transportwesens und des Handels eine Verbilligung der Konsumgüter erreichen. Und gleichzeitig läßt sich auf diesem Weg auch eine Steigerung der Geldlöhne sicherlich durchführen. Es muß aber einmal der Punkt kommen, an dem die Verteuerung der Güter infolge der Lohnsteigerung die Verbilligung der Güter infolge der Vergenossenschaftung von Handel und Transport aufzehren muß. Und zu diesem Zeitpunkt wird es erforderlich sein den Produktionsertrag der Arbeitseinheit irgendwie über das bisherige Maß hinaus zu steigern, wenn diese Hebung der Lage des Arbeiters noch weitere Fortschritte machen soll. Das ist dann der Punkt, an dem wohl oder übel zu einer Politik der Produktionsförderung gegriffen werden muß, sei es durch Maßnahmen zum Schutz der nationalen Arbeit sei es durch Steuern auf andere Volksschichten zugunsten der Produktion.

Noch eine weitere Überlegung führt zu dem gleichen Ergebnis. Eine der wesentlichsten Bestrebungen des proletarischen Sozialismus geht insbesondere auf Verbilligung der Nahrungsmittel. Diese läßt sich im Gegenwartsstaat allmählich in hohem Grad durch Ausschaltung der zahlreichen Zwischenstufen zwischen der landwirtschaftlichen Urproduktion und dem letzten individuellen Verbrauch fördern.²⁾ Sowohl die Konsumgenossenschaften als auch manche Arten von Verarbeitungsgenossenschaften in der Landwirtschaft ermöglichen eine nicht geringe Verbilligung der Lebensmittel durch Ausschaltung des verteuernenden Zwischenhandels. Schließlich aber muß auch hier der Punkt kommen, an dem eine weitere Verbilligung des Konsums, wenn sie überhaupt vorgenommen werden soll, nur noch durch Verringerung des Ertrags der bäuerlichen Urproduzentenarbeit möglich ist. An diesem Punkt findet also die bloße Konsumentenschutzpolitik eine absolute Grenze.

¹⁾ Dieses Wort wird hier im soziologischen, nicht im physiologischen Sinn gebraucht; in jenem kann es hoch über diesem liegen (wie gegenwärtig).

²⁾ Siehe Schulz Ausschaltung verteuernenden Zwischenhandels in einheimischen Agrarprodukten, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913 III, Seite 1499 ff.

Hier kann die Sozialdemokratie sich nur zwischen zwei Dingen entscheiden: Entweder sie verbilligt weiterhin die Lebenshaltung der Industriearbeitermassen durch Ausbeutung der Bauern, oder aber sie verbilligt die Lebenshaltung des Arbeiters nicht weiter und schützt so den Bauern in seinen partikularen Interessen. Im ersten Fall wird sie endgültig auf eine Einbeziehung der Bauernschaft in den Kreis ihrer Anhänger verzichten. Im zweiten Fall wird sie den Bauern gewinnen können, aber nur um den Preis gewisser Opfer, die die Produktivität der bäuerlichen Arbeit steigern und so wiederum auch dem städtischen Arbeiter selber zugute kommen. Auch hier wird also eine sozialistische Politik, die schließlich zum Erfolg führen soll, eine weitgehende Berücksichtigung des Produzenteninteresses, einen systematischen Schutz der nationalen Arbeit voraussetzen.

Gegen die Parole des Schutzes der nationalen Arbeit ist gegenwärtig die Arbeiterschaft von tiefstem Mißtrauen erfüllt. Denn bisher war sie mit dem Verdacht bepackt, daß sie nur dazu dienen solle die Interessen des agrarischen und industriellen Feudalismus zu decken. Das darf aber den Sozialismus nicht hindern sich die vielen verschiedenen unter diesem Schlagwort laufenden Verbesserungsvorschläge Stück für Stück genau anzusehen und zwischen den einzelnen zu unterscheiden, ob sie wirklich dem nationalen wirtschaftlichen Gesamtinteresse oder aber nur dem Interesse einer oder mehrerer Gruppen von Monopolisten dienen sollen oder dienen. Da darf nicht in Bausch und Bogen verworfen oder gebilligt werden. Da muß sorgfältigste Einzelkritik sachkundiger Fachleute, die auf Grund ihrer Leistungen das Vertrauen der Massen genießen, den Ausschlag geben. Da muß kurzum Denken an die Stelle des Fühlens, Urteilen an die Stelle des Verurteilens treten.

Dieser Übergang wird nicht ganz leicht sein. Die historische Gesetzmäßigkeit des bisherigen Verlaufs der Arbeiterbewegung hat es eben mit sich gebracht, daß diese Gesichtspunkte nicht nur vernachlässigt sondern bis zu gewissem Grad auch geradezu verdächtigt worden sind. Trotzdem darf man die Sache nicht so weiter laufen lassen wie bisher. Das könnte man nur wagen, wenn man auf Grund historischer Erfahrung sich dem frohen Glauben hingeben dürfte, daß an jenem entscheidenden Punkt die Umschwenkung zur Förderung der nationalen Arbeit automatisch und sofort mit vollem Erfolg eintreten könne. Die Geschichte lehrt uns aber genau das Gegenteil dessen, sie lehrt uns, daß es zum Gelingen eines solchen Umschwungs, einer solchen seelischen Revolution langer und emsiger Vorbereitungsarbeiten bedarf, und daß das, was wir von einer Ewigkeit ausgeschlagen haben, nicht von einer Minute zurückgebracht werden kann. Darum ist die Erziehung der proletarischen Massen durch ihre Führer in der hier skizzierten Richtung so bald wie möglich in die Wege zu leiten, zu fördern und zu vertiefen. Der Krieg mit seinen bitteren Erfahrungen bietet Anknüpfungspunkte genug für eine solche beherrschende Tätigkeit der politischen und sozialpolitischen Führer des Proletariats. An diesen liegt es jetzt das Vertrauen der Massen, das sie auf ihre Plätze stellte, nicht zu enttäuschen. Sie sind nicht dazu da einfach das zu tun, was der von Sachkenntnis unbeeinflusste Massenwille liebt, sondern sie sind auf ihre Führerposten gestellt, weil die Massen des arbeitenden Volkes zu ihnen das Vertrauen haben, daß sie auch wirklich führen. Diesem Vertrauen müssen sie gerecht werden, und sollte es selbst einmal

für kurze Zeit auf die Gefahr hin geschehen, daß sie kurzzeitigen Agitatoren als Verführer der Massen, als *Verfälscher des Massenwillens* erscheinen könnten. Selbst wenn solche Agitation gegen sie Erfolg haben und zu vorübergehenden Rückschlägen im Vertrauen führen sollte, so würde das keineswegs eine resignierte Kapitulation vor diesem Mehrheitswillen rechtfertigen. Gewiß wird in den Handlungen Unterordnung unter den Mehrheitswillen auch und erst recht von den Führern mit aller Strenge gefordert werden müssen. Mit der gleichen Strenge aber wird man verlangen müssen, daß sie ihre Versuche die Massen eines Bessern zu belehren, sie aufzuklären und zu erziehen, dann erst recht fortsetzen. Solche Vorkommnisse, die ja niemals ganz ausbleiben werden, zeigen erst richtig, wie nötig solche Erziehung der Massen durch die sachverständigen Führer ist.

Gleichzeitig drängt außer diesen Nützlichkeitsabwägungen auch noch eine philosophische Überlegung zu der gleichen Folgerung. Dabei muß man sich erinnern, daß eine unentbehrliche Voraussetzung jeder ethischen Rechtfertigung des Sozialismus die Anerkennung der menschlichen Würde und damit die Unerlaubtheit der Ausbeutung des Menschen ist, weil wiederum Ausbeutung den Ausgebeuteten lediglich unter dem Gesichtspunkt des Mittels und nicht unter dem des Zwecks erfaßt. So gut aber kein einzelner einen Mitmenschen bloß als Mittel zum Zweck benutzen darf, so gut ist dies auch einer menschlichen Gemeinschaft verboten. Auch ihr darf das Individuum niemals bloßes Mittel sein. Für die durch die menschliche Gemeinschaft dem einzelnen auferlegte Arbeit, die über das Maß seiner individuellen primitiven Wünsche hinausgeht, ergeben sich dann zwei Grenzen: Einmal darf jenes Maß von Zumutungen nicht überschritten werden, das sich aus den realen Existenz- und Wirksamkeitsbedürfnissen einer menschlichen Rechtsgemeinschaft ergibt, und dann darf das Ausmaß dieser Belastung des einzelnen zugunsten des Ganzen nicht über das Maß seines Interesses an dieser Gesellschaftsordnung gesteigert werden.³⁾ Diese Grenze wird aber stets dann überschritten, wenn das Maß von Arbeit, das dem einzelnen zu allgemein gesellschaftlichen Zwecken auferlegt wird, infolge mangelhafter Produktivität in der Ausnutzung der aufgewandten Arbeitskraft höher ist als bei höchster, in jedem Augenblick technisch erreichbarer Produktivität der Arbeit erfordert wird. Diese Pflicht zur höchsten Produktivität ist ein Grundsatz, der in der Aufstellung politischer Wertschätzungen heute noch viel zu wenig angewandt wird. Ebenso wie er zum Beispiel in manchen Fällen für die Entscheidung des einer Nation zuzubilligenden Ausmaßes von Selbstbestimmungsrecht zur Anwendung kommen sollte⁴⁾ (leider nicht kommt), ebenso steht es auch in unserm Fall. Auch hier wird bei einem Streit über den Wert einer gesellschaftlichen Arbeitsverfassung dieser Gesichtspunkt der Produktivität der dem einzelnen zugunsten der Gemeinschaft auferlegten Arbeit heranzuziehen sein.

So kommt also soziologisch-technische und philosophisch-ethische Erörterung zu dem gleichen Ergebnis: Produktionspolitik muß getrieben, das Interesse der Produktion muß gefördert werden.

³⁾ Von der Frage, ob es erforderlich ist, daß der Ausgebeutete der menschlichen Rechtsgesellschaft an ihr ein subjektives Interesse nimmt oder lediglich ein objektives Interesse hat, sei hier einmal abgesehen. Nach meiner Meinung genügt das objektive Interesse.

⁴⁾ Siehe K r a n o l d Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 II, Seite 862.

Wie in so vielen Dingen ist auch hierbei eine **Zusammenarbeit** des Proletariats und seiner Führer mit bürgerlichen Parteien durchaus möglich und erfolgversprechend. Die Steigerung und Intensivierung der nationalen Produktion ist in erster Linie ein Gemeinschaftsinteresse. Zu ihrer Förderung können daher auch Gruppen sich zusammenfinden, die an sich klassenmäßig völlig geschieden sind. So kann durch ein weitgehendes Handinhandarbeiten der verschiedenen Klassen der Gemeinschaft als solcher gedient werden, ohne daß darum die besonderen Klasseninteressen geschädigt würden. Im Gegenteil, die Vergrößerung des Gesamtertrags bietet erst recht die Möglichkeit zu einer weitern Auseinandersetzung der Klassen; während bei einer Produktion, die auf dem gleichen Stand bleibt, die obere Grenze für den Aufstieg der Arbeiterklasse nur allzu schnell erreicht ist. Als Millerand zu Beginn dieses Jahrhunderts von der Solidarität der Klassen als Ergänzung des Klassenkampfes sprach, wurde diese Auffassung von den rechtgläubigen radikalen Genossen als eine Art Verrat am Sozialismus verurteilt. Heute, nachdem wir im ersten Kriegsjahr Arbeitsgemeinschaften in der Industrie unter tätigster Mitwirkung der Gewerkschaftsführer haben entstehen sehen, dürfte man schon wesentlich anders über diese Dinge denken.

Es ist hohe Zeit, daß wir uns in diese Auffassung zu vertiefen beginnen. Die immer näher rückende Zeit dessen, was man Übergangswirtschaft zu nennen sich gewöhnt hat, wird an die Leistungsfähigkeit der Politiker und Sozialpolitiker die höchsten Anforderungen stellen. Daß diese durch eine entsprechende Berücksichtigung des Grundsatzes der Produktivität der Arbeit wesentliche Förderung erfahren wird, dürfte hier im allgemeinen gezeigt sein. Nun muß man in Einzeluntersuchungen feststellen, was es heißt diesen Grundsatz in die Praxis der Gegenwart zu übertragen.

PAUL MÜLLER · WIRTSCHAFTSIMPERIUM UND SEEGLTUNG

JEDER, der mit den Tatsachen rechnet, die uns dieser Krieg in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht offenbart hat, muß zugeben, daß Deutschland auch nach diesem Krieg auf Bündnisse mit europäischen Staaten und Völkern, die gleiche Interessen mit ihm verfolgen, angewiesen ist. Seit Jahr und Tag steht das mitteleuropäische Staatenbündnis, sowohl als militärisches wie wirtschaftliches Bündnis, zur Diskussion. Eine solche, unter gerechten Bedingungen angestrebte mitteleuropäische Koalition hat sicherlich vieles für und wenig gegen sich. Um so mehr als England sich nach dem Krieg alle Mühe geben wird die Ententeländer von heute in einem noch straffern Bündnisverhältnis unter britischer Führung und Nutznießung bei einander zu halten, und uns doch schließlich auch das durchaus ernstzunehmende umfassende aggressive Kampfprogramm der Pariser Wirtschaftskonferenz ernstlich zu denken geben sollte, das jedenfalls nicht mit einer Handbewegung abgetan werden kann. Bricht die politische Entente nicht unter den Folgen dieses Krieges zusammen, so wird England nicht locker lassen, bis sie auch wirtschaftlich gegen Deutschland, das heißt gegen seine Industrie, seinen Handel und Verkehr, in Aktion treten wird. Wir erleben dann den Wirtschaftskrieg nach

dem Waffenkrieg, und dabei wird England wahrscheinlich die Vereinigten Staaten von Amerika und vielleicht auch einen Teil der mittel- und süd-amerikanischen Staaten an seiner Seite haben. Gegen einen Zusammenschluß auf der einen kann aber nur ein Zusammenschluß auf der andern Seite helfen.

Eine mitteleuropäische Koalition ist also an sich durchaus akzeptabel und ja auch lange genug erstrebt worden. Aber je länger je mehr zeigen sich gerade auch die Schwierigkeiten, die sich dem Gebilde, das man schlagwortmäßig Mitteleuropa zu nennen pflegt, entgegenstellen. Sie liegen vornehmlich auf handelspolitischem Gebiet. Wollen wir also als Realpolitiker uns nicht bloßen Träumereien hingeben, so werden wir einmal an andere Formen des Zusammenschlusses denken müssen als an eine Zollunion, sodann aber erkennen müssen, daß gerade der kleinere Rahmen die größeren Hindernisse bietet, daß wir daher für die kommende Zusammenfassung unsern Blick von den uns jetzt verbündeten Staaten auch auf die neutralen und die jetzt uns feindlichen richten müssen. In der Tat bringt uns das sogenannte Mitteleuropa nicht das, was wir anzustreben haben: ein Gegengewicht gegen die angelsächsische Weltherrschaft. Ein europäisches Wirtschaftsimperium ohne diejenigen Festlandsstaaten, die jetzt bei der Entente sind, wäre ein Rumpfimperium, eingeschnürt und ohne die Kraft sich selbst dauernd zu genügen. Wer also wünscht, daß nach dem Weltkrieg eine europäische Staatengemeinschaft erstehen soll, die politisch unangreifbar und in ihrer wirtschaftlichen Autarkie von jedem andern Weltreich unabhängig ist, darf die Notwendigkeit einer politischen und wirtschaftlichen Bündnispolitik, die Deutschland, seine heutigen Verbündeten, Frankreich und Rußland umfaßt, nicht verneinen und ihre Möglichkeit nicht als Utopie ansehen. Erst ein kontinentaleuropäisches Imperium bietet sichern und dauernden Schutz gegen angelsächsische Vormundschaft (bringt insofern also auch eine wirkliche Lösung der belgischen Frage). Es soll und braucht aber nicht aggressiv gegen England und seine eventuelle Gefolgschaft zu wirken; es kann und wird schon als Präventivmaßnahme gegen englische Protektionen und Übergriffe seine heilsamen Wirkungen auslösen.

Ein europäisches Wirtschaftsimperium auf dieser breiten, umfassenden Basis hätte ein politisches Bündnis zwischen Deutschland und Rußland, das heißt die Sprengung der Entente, zur Voraussetzung. Erst eine Annäherung zwischen Deutschland und Rußland kann Frankreich veranlassen sich ihm anzuschließen. Die östliche Orientierung ist die Voraussetzung der kontinentaleuropäischen. Ist diese möglich? Heute vielleicht noch nicht, morgen höchstwahrscheinlich. Weder Frankreichs noch Rußlands politische und wirtschaftliche Interessen fesseln sie dauernd an England. Im Gegenteil spricht alles dafür, daß alsbald nach dem Krieg die alten, nie völlig überbrückten weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Interessengegensätze zwischen Frankreich und England und Rußland und England wieder schärfer hervortreten werden. Ich vermag nicht einzusehen, daß irgendwelche wirtschaftlichen Interessengegensätze Deutschland, Frankreich und Rußland trennen müßten, also ein Wirtschaftsbündnis dauernd unmöglich machen sollten. Es blieben also nur noch politische Erwägungen übrig. Ich nehme an, daß allen Politikern während des Krieges die Erkenntnis gekommen ist, daß Deutschland nach dem Krieg aus seiner politischen Isoliertheit unter

allen Umständen heraus muß. Andererseits empfinden heute schon in Frankreich und Rußland weite Kreise eine starke Sehnsucht nach einer Befreiung aus der schmerzenden und hemmenden Umklammerung der englischen egoistischen Bündnispolitik, deren Nutznießer ausschließlich England war, ist und sein wird. Wenn uns also dieser Krieg mit Frankreich und Rußland einen Friedensschluß bringt, der eine deutsch-russische, sodann eine deutsch-französische Aussöhnung und Verständigung, wenn auch nicht sofort ermöglicht, so doch später in sichere Aussicht stellt, so wäre damit die Bahn frei gemacht für eine europäische politische und wirtschaftliche Völkerkoalition nicht nur Mitteleuropas sondern des ganzen Festlands, die sehr wohl geeignet wäre Großbritannien und Amerika in Schach zu halten und wahrhaft aufbauende Produktionspolitik zu treiben.

Möglich, daß heute einem deutsch-französischen Bündnis ernste Hindernisse entgegenstehen; aber sie sind zu überwinden, wenn Deutschland alles tut, um Frankreich vor neuen tiefen und dauernd schmerzenden Wunden zu schützen. Anders steht es bei Rußland. Orientiert Deutschland seine Politik in wohlwollendem Sinn östlich, dann ist die Möglichkeit eines deutsch-russischen Bündnisses ohne Zweifel gegeben. Käme man so zu einer über Mitteleuropa hinausreichenden Zusammenfassung der europäischen Großstaaten, so wären die Kleinstaaten sehr bald für den Gesamtkomplex zu gewinnen. Dieses Europa hätte dann nicht nötig, weder als Lieferant noch als Abnehmer, vor John Bull oder Uncle Sam zu zittern. Zug um Zug könnte es englische Kampfmaßnahmen auf dem Weltmarkt durch entsprechende Vergeltungsmaßnahmen paralisieren.

Auch Deutschlands Kolonialpolitik, auf die es unter keinen Umständen verzichten will noch kann, wird es in keinen störenden Gegensatz namentlich zu Frankreich bringen. Für beide ist in Afrika Raum genug für eine umfassende ersprißliche Kolonialpolitik, die das europäische Imperium in Rücksicht auf seine Rohstoffversorgung unbedingt braucht. Freilich: Das britische Interesse: die Herstellung eines ununterbrochenen britischen Weges vom Kap über Kairo nach Calcutta, steht der Bildung eines deutschafrikanischen Kolonialreichs entgegen, und freiwillig wird sich England schwerlich von seinem Widerstand abbringen lassen. Dazu bedarf es eines kraftvollen, selbstbewußten Auftretens seines Widerparts. Daran hat es aber das kontinentale Europa bisher England gegenüber, mit Ausnahme von Deutschland, leider fehlen lassen. Entweder war es zu schwach oder zu träge und bequem dazu. Hierin könnte und würde eine großeuropäische Völker- und Staatenkoalition Wandel schaffen.

Da aber muß ernsthaft mit Englands Seemacht und Vorherrschaft auf den Weltmeeren, bedingt durch seine alle überragende Kriegs- und Handelsflotte, gerechnet werden. Hier muß das kontinentale Europa, und namentlich Deutschland, nun daran gehen England gegenüber ein entsprechendes Gegengewicht zu schaffen. Eine Kolonialpolitik ohne entsprechende Seegeltung kann nur Scheinerfolge haben und nur so lange existieren, als der Seebeherrscher dies zuläßt. Ebenso ist vor allem der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte eine unserer wichtigsten Aufgaben, an der das ganze deutsche Volk (im weitern Sinn: das ganze europäische Festland) in hohem Maß interessiert ist. Der See- und Wirtschaftskrieg hat der deutschen Han-

delsflotte die denkbar schärfsten Verluste zugefügt. Von den 5 Millionen Bruttoregister-tonnen, die Deutschlands Handelsflotte 1914 umfaßte, sind 750 bis 800 Schiffe mit reichlich $2\frac{1}{2}$ Millionen Bruttoregister-tonnen als Kriegsverluste zu buchen. Ein harter Schlag, der Deutschlands Seegelung nicht nur zum Nachteil der deutschen sondern auch der Volkswirtschaft des europäischen Festlands überhaupt stark beeinträchtigen würde, zum ausschließlichen Nutzen Englands, wenn er nicht sofort und so gründlich wie nur möglich pariert würde. Er kann und wird pariert werden: durch das Gesetz über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte. Dieses Gesetz legt dem deutschen Volk zwar eine Baraufwendung von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark auf, verbürgt uns aber den Wiederaufbau der Handelsflotte und festigt damit Deutschlands maritime Stellung und gesamte Seegelung wieder. Eine Tatsache, an der neben der deutschen Nationalwirtschaft die Volkswirtschaft des ganzen kontinentalen Europas interessiert ist. Englands besorgte Hinweise auf dieses Gesetz beweisen seine Notwendigkeit und Nützlichkeit. Andererseits ist es bezeichnend für den doktrinären Geist, der heute immer noch nicht nur anarchosozialistische sondern auch sozialdemokratische Kreise beherrscht, daß diese selbst in einem solchen für Deutschlands Seegelung unumgänglichen Gesetz imperialistische Kuckuckseier entdecken und allerhand Bedenklichkeiten dagegen haben. Nichts verkehrter als die Annahme, der kontinentaleuropäische Zusammenschluß könnte uns einen Ersatz für Seegelung bieten. Diese ist dann im Gegenteil erst recht notwendig, und Kontinentaleuropa schafft uns die sichere Grundlage maritimer Gleichberechtigung. Die Freiheit der Meere bleibt für die Völker Europas Schall und Rauch, solange die Welt und die Meere ohne gleichwertige Partner der kontinentaleuropäischen Koalition von Englands Kriegs- und Handelsflotte beherrscht werden.

Der Standpunkt, der hier vertreten wird, mag diesem oder jenem sozialimperialistisch erscheinen. Wir wollen uns aber nicht durch Schlagworte beirren lassen sondern immer nur auf den Kern der Dinge sehen. Und da muß jeder, der die Tatsachen und die Gründe vorurteilslos prüft, anerkennen, daß das System, das hier in großen Strichen gezeichnet wurde, den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes und namentlich auch der deutschen Arbeiterklasse entspricht, und die Sozialdemokratie wird sicher ihre Politik nach den Bedürfnissen und Anforderungen der Arbeiterklasse einstellen wollen. Darüber hinaus aber würde uns ein fest zusammengeschlossenes europäisches Festland die sichere Bürgschaft des Weltfriedens geben, es wäre die Organisation, auf der sich ein internationales Schiedsgerichtssystem aufbauen könnte, wie es die päpstliche Friedensnote und die deutsche Antwort als Friedensziel des furchtbaren Krieges hinstellen und wie es jeder fühlende Mensch herbeisehnen muß. Unser Standpunkt ist also, mag er immerhin sozialimperialistisch sein, so doch mindestens in gleichem Maß sozialpazifistisch. Der Entwicklung, die wir erstreben, die erforderlichen Möglichkeiten zu schaffen ist Aufgabe unserer praktischen Gegenwartspolitik, die auch sozialistische Zukunftspolitik im besten Sinn des Wortes ist. Selbst dann noch, wenn die sonnenklare Praxis öfter als vorausgesehen mit der grauen Theorie in Disharmonie gerät. Was uns auch in weltpolitischer Hinsicht als Sozialisten bitter nottut, das ist der Mut zur Konsequenz.



HUGO POETZSCH · DIE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE UND DER PARLAMENTARISMUS



NEBEN vielem andern hat der Weltkrieg bei allen, denen nicht philisterhafte Selbstzufriedenheit den Blick einengt, die Erkenntnis gezeitigt, daß das parlamentarische Regierungssystem als eine dringende Notwendigkeit für die weitere Entwicklung Deutschlands angestrebt werden müsse. Zwar verschließt sich niemand der Tatsache, daß auch dem parlamentarischen System große Fehler anhaften, selbst dort, wo es schon lange besteht. Daß die bürgerlichen Parteien zugunsten ihrer Klasse arbeiten, ist selbstverständlich, und gerade ein Klassenkämpfer darf sich am allerwenigsten darüber entrüsten. Daß die Interessen der großen Masse des Volkes nicht zu ihrem Recht kommen, liegt nicht am parlamentarischen System sondern an der Nichtbeteiligung der Sozialdemokratie, die, von den außergewöhnlichen Verhältnissen in der Kriegszeit abgesehen, nicht stark genug ist sich Geltung zu verschaffen. Ihr den notwendigen Einfluß zu erringen wird in der Zukunft um so nötiger sein, als wir in eine Periode der Entwicklung eintreten, in der die Sozialisierung der gesellschaftlichen Einrichtungen mit schnelleren Schritten vor sich gehen wird.

Nun ist es aber gerade die intransigente, man könnte besser sagen: die engherzig konservative Auffassung der deutschen Sozialdemokratie gewesen, die es bisher verhindert hat, daß die Sozialdemokratie auch in den Ländern mit parlamentarischem Regierungssystem sich bereit fand den ihr zukommenden Teil der Verantwortung an der Regierung ihres Landes mit zu übernehmen. Man braucht nur an die Debatten und Beschlüsse des Amsterdamer internationalen Kongresses zu erinnern. Durch die Annahme der Dresdener Resolution wurde die internationale Sozialdemokratie darauf festgelegt sich der rückständigen deutschen Taktik anzuschließen, die in der Dresdener Resolution festgelegt war und an das strikte Verbot gehalten war: die Sozialdemokratie dürfe »einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben«. Mit Recht wandte Jaurès ein, daß zwischen der anscheinenden Macht der deutschen Sozialdemokratie und der wirklichen Macht zur Tat ein großer Gegensatz bestehe, der um so größer zu werden scheine, je mehr die Wahlmacht zunehme. Die deutsche Partei habe, so führte Jaurès weiter aus, ihre Ohnmacht »hinter der Intransigenz theoretischer Formeln verhüllt, die euer ausgezeichnete Genosse Kautsky euch bis an sein Lebensende liefern wird«. Die Annahme der Dresdener Resolution auf diesem internationalen Kongreß würde bedeuten, daß der internationale Sozialismus in allen Ländern und in allen seinen Elementen sich der Tatlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie zugeselle. Je mehr Demokratie, so schloß Jaurès, je mehr Freiheit ein Land habe, je mehr das Proletariat wirksame politische Aktion in seinem Parlament auszuüben vermöge, um so mehr werde es durch den deutschen Antrag verletzt. Diese Resolution der Tatlosigkeit und der Unfruchtbarkeit, der Verneinung und Abstinenz ist gleichwohl in Amsterdam der gesamten Internationale aufgezwungen worden.

Der Krieg war freilich eine stärkere Tatsache. In allen Ententeländern traten Sozialisten in die Regierungen ihres Landes ein und übernahmen so

einen Teil der Verantwortung. Und in seinen letzten Stadien hat der Krieg erwiesen, daß die Einführung des parlamentarischen Systems eine Notwendigkeit für die Weiterentwicklung Deutschlands als Großmacht ist. Will Deutschland seine Weltwirtschaft wieder erobern und ausbauen (eine Vorbedingung für den Weraufstieg der Arbeiterklasse), dann muß eine Regierung vorhanden sein, die sich auf die Vertretung des Volkes durch den Reichstag stützen kann. »Nur ein auf parlamentarischer Grundlage regiertes Staatswesen wird«, wie der nationalliberale Abgeordnete Freiherr von Richthöfen treffend in der Berliner Börsenzeitung ausführte, »in der Lage sein die auswärtige Politik in einer den Bedürfnissen eines Weltreichs entsprechenden Weise zu führen. Nur in einem solchen läßt sich auf die Dauer von mit den erforderlichen staatsmännischen Qualitäten und Erfahrungen ausgereifen Männern die Sicherstellung der ihnen gebührenden und für die Durchführung ihrer Aufgaben notwendigen Machtbefugnisse ermöglichen.« Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierungsgewalt, für die sie damit die volle Verantwortung übernimmt, ist zu einem Gebot nationaler Notwendigkeit geworden. Die Partei muß sich daher dazu aufraffen. Die Wucht der Tatsachen hat auch in Deutschland die Dresdener Resolution gebrochen. In der Theorie freilich wird die alte Intransigenz noch immer aufrecht erhalten. Wie langwierig und dornenvoll der Weg zu neuer Erkenntnis gewesen ist, zeigt die Geschichte der Partei.



BEKANNT ist, daß Wilhelm Liebknecht Ende der sechziger Jahre selbst gegen die Beteiligung an den Reichstagswahlen gewesen ist. In seiner Broschüre von 1869 wandte er sich gegen die »unverständliche Überschätzung« des allgemeinen Stimmrechts, gegen jedes Paktieren und Parlamenteln. »Kein Friede mit dem heutigen Staat, und weg mit dem Kultus des allgemeinen und direkten Wahlrechts!«, rief er damals aus. Der Gedanke, daß in langsamer zäher Arbeit schrittweise die Verwirklichung sozialistischer Ideen herbeigeführt werden muß, mußte erst von *Flaumachern* propagiert und durchgesetzt werden.

1870 tagte der 1. Kongreß der (Eisenacher) Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Hier äußerte sich Liebknecht über die Arbeit im Reichstag folgendermaßen:

»Im Reichstag wird nicht Geschichte *gemacht* sondern einfach Komödie gespielt; die Mitglieder sagen und tun, was der Souffleur ihnen zuflüstert, mitunter auch laut zuruft. Und in diesen Reichstag sollten wir den Schwerpunkt unseres Kampfes verlegen? . . . Trotzdem bin ich aus praktischen und taktischen Rücksichten dafür, daß wir uns an den Reichstagswahlen beteiligen. Es würde uns schaden, wenn wir den Gegnern das Feld überließen. Die Wahlen erzeugen immerhin eine gewisse Aufregung, die wir zu agitatorischen Zwecken benutzen müssen. Allein wir dürfen unsere Abgeordneten nicht wählen, damit sie teilnehmen an dem Komödienspiel, sondern damit sie gegen dasselbe protestieren. . . Nicht zu dem Reichstag sollen unsere Abgeordneten sprechen sondern über die Köpfe der Reichstagsmitglieder hinweg zum Volke.«

Die Resolution Bebel-Liebknecht enthält diesen Gedankengang: Die Abgeordneten sollten sich zwar bemühen, soweit es möglich sei, im Interesse der arbeitenden Klassen zu wirken, im übrigen aber jede Gelegenheit benutzen die Verhandlungen als Komödienspiel zu entlarven; Allianzen und Kompromisse mit anderen Parteien seien strikt abzulehnen. Innerhalb eines Jahres war also die Einsicht doch schon so weit gediehen, daß die Betei-

ligung bei den Wahlen nicht mehr strikt abgelehnt wird. Aber die Parlamentstribüne sollte im wesentlichen nur zur Agitation benutzt werden. Diese Auffassung wurde später durch das Sozialistengesetz verstärkt und ist so tief in die Gehirne der Arbeiter eingehämmert worden, daß es jetzt nicht allzu leicht ist sie zu korrigieren. Obwohl es nicht schwer sein sollte zu begreifen, daß die beste Agitation für unsere Partei und unsere Ideen die Mitarbeit an dem sozialen und wirtschaftlichen Aufbau des Staates ist.

Auf dem 2. Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, in Dresden /1871/, sprach Bebel über das allgemeine Stimmrecht für die Vertretung der Einzelstaaten und Kommunen. Er trat für die Beteiligung ein, um von der Tribüne herab den Gegnern die Ungerechtigkeiten ins Angesicht zu schleudern, die sie Tag für Tag an der arbeitenden Klasse begehen. Dabei werde aber auch, meinte er, die Möglichkeit gegeben mancher Einrichtung, unter der die Arbeiterklasse seufze, ein Ende zu machen. Etwas stärker wird wieder das Moment der Agitation 1873 auf dem Eisenacher Kongreß betont. Dort gelangte ein Antrag Albert zur Annahme, worin es heißt, die Partei betrachte »die Reichstagswahlen nur als Agitationsmittel und als Prüfstein für die Verbreitung ihrer Prinzipien, jeden Kompromiß mit anderen Parteien ablehnend«. Das gleiche gilt vom Koburger Kongreß /1874/, der nach einem Vortrag Liebknechts folgenden Beschluß faßte:

»Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei verharret gegenüber der jetzigen politischen Gestaltung Deutschlands in ihrer durch die Parteiprinzipien gebotenen Stellung und beteiligt sich an den Reichstagswahlen und durch ihre Vertreter an den Reichstagsverhandlungen wesentlich nur zu agitatorischen Zwecken.«

Auf dem Gothaer Sozialistenkongreß von 1876 zählte Hasenclever die im Reichstag behandelten Gesetzentwürfe auf. In der Diskussion betonte Bebel, daß die Wirksamkeit der Sozialdemokraten im Reichstag nie nach innen sondern stets nur nach außen im Volk Erfolge erzielen werde.

10 Jahre später lautete das Urteil schon ganz anders. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Sankt Gallen /1887/, sagte Bebel bei der Berichterstattung über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion:

»Noch niemals hat unter den Parteigenossen ein Zweifel bestanden darüber, daß die Macht der sozialdemokratischen Partei wesentlich mit auf ihrer parlamentarischen Tätigkeit und der Teilnahme an den Wahlen beruht.«

Dann folgte wieder die übliche Verbeugung gegen die radikale Auffassung. Nicht die Teilnahme an den Wahlen sei es, die der Partei zum Schaden gereiche, nur die Überschätzung des Parlamentarismus könne gefährlich werden. Bebel respektive die Fraktion hatte sich hier gegen den Vorwurf der *Versumpfung* zu wehren, der von Genossen ausging, die noch unentwegt am alten Schlagwort, das Anfang der siebziger Jahre geprägt worden war, festhielten. Ein Vorgang, der in der Parteigeschichte unzählige Male sich wiederholt: Das einstige, unter ganz bestimmter Situation ausgegebene Schlagwort wirkt bei der Masse der Parteigenossen uneingeschränkt fort. Die an der Spitze Stehenden, hier die Abgeordneten, hatten im Lauf der Zeit in und durch ihre praktische Betätigung ihre Anschauungen gewandelt. Diesem ständig an uns arbeitenden Umwandlungsprozeß folgen die Massen nur langsamer. Und sie sehen in dem Vorseilenden leicht den Verräter an den geheiligten Prinzipien. Der Parteitag von Sankt Gallen nahm einstimmig eine Resolution an, in der ausgesprochen wird, daß die parlamen-

tarische Tätigkeit der Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen die bisherige bleiben müsse, daß das Hauptgewicht aber auf die kritische und agitatorische Seite zu legen sei. In Wirklichkeit stand die positive sehr rege Tätigkeit der Fraktion mit dieser Auffassung schon damals in recht bedenklichem Widerspruch.

Auf dem Parteitag in Halle /1890/ referierte Singer über die parlamentarische Tätigkeit. Er sagte dabei:

»Es hieß auf eins der wirksamsten Agitationsmittel verzichten, wenn jener, in einzelnen Kreisen laut gewordenen Auffassung gemäß die Partei sich entschließen wollte diese Tätigkeit aufzugeben oder wesentlich einzuschränken. In der über großen Majorität der Parteigenossen wird kein Verständnis dafür vorhanden sein, daß zwar gewählt werden soll, daß aber die Gewählten nachher nicht arbeiten brauchen. Die Partei hat ein volles Recht zu verlangen, daß ihre Vertreter im Parlament die Forderungen aufstellen, deren Erfüllung sie von der heutigen Gesellschaft verlangt; die Befürchtung, daß durch die parlamentarische Tätigkeit eine Versumpfung der Partei eintreten könnte, daß wir zu einer Possibilistenpartei werden könnten, hat in den Ergebnissen der bisherigen parlamentarischen Betätigung keinen Boden.«

Auch Bebel betonte bei seinem Rückblick auf die Tätigkeit der Partei unter dem Sozialistengesetz, daß die Agitation bei den allgemeinen Wahlen und die Tätigkeit der gewählten Abgeordneten nach seiner Überzeugung das »allerwesentlichste und wirksamste Agitationsmittel für die großartige Entwicklung unter dem Sozialistengesetz« gewesen wären. Die Wahlen bildeten die günstigste Gelegenheit für die Agitation. In der Wahlzeit würden auch die politisch Gleichgültigen von Leidenschaft erfüllt, ließen sie die Wahlprogramme der Parteien auf sich wirken. Aber diese Zeit wäre nur von kurzer Dauer, die Tätigkeit im Parlament dagegen dauernd. Die positive Anteilnahme an den Werken der Gesetzgebung böte ständig die beste Möglichkeit zur Agitation. Nicht durch Abstinenz: durch tätige Mitarbeit, Eintreten für die Staatsnotwendigkeiten bei gleichzeitiger Betonung der proletarischen Interessen gewänne man das Volk für sich. Jedes neue Gesetz, jede Forderung, die von der Partei im Parlament erhoben wird, erfaßt große Kreise von Interessenten. Die Partei würde dadurch zu einer wahren Volkspartei.

So sprach Bebel im Jahr 1890. Mehr als ein Vierteljahrhundert ist seitdem verstrichen, und noch immer spukt in den Köpfen eines Teils unserer Parteigenossen jene rückständige Auffassung, die Angst vor der Verantwortung, die Furcht, es könnten bei der Berührung mit anderen Gesellschaftsklassen die Prinzipien des *Klassenkampfes* Schaden leiden. Wie wenig Vertrauen haben sie doch zu der Kraft ihrer eigenen Überzeugung und der Festigkeit ihrer Grundsätze. In diesem Zusammenhang sei noch auf eine Resolution der Berliner hingewiesen, die im Züricher Sozialdemokraten von 1886 abgedruckt ist. In dieser Resolution heißt es:

»So erscheint den Berliner Genossen die Beteiligung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten an den Kommissionen mit alleiniger Ausnahme der Wahlprüfungskommission sehr überflüssig und nur geeignet den Glauben wachzurufen, als meine die sozialdemokratische Partei durch Verhandlungen und Kompromisse mit den herrschenden Klassen die Sache der proletarischen Revolution zu fördern.«

Die Meinung über den Wert und die Bedeutung der parlamentarischen Tätigkeit ist in unserer Partei steten Schwankungen unterworfen gewesen. Je nachdem man glaubte sich gegen die Ultraradikalen oder gegen die *Flau-*

macher wenden zu müssen. Zwischen doktrinärem Revolutionarismus und praktischer Arbeit ist das Parteischiff hin und her geworfen worden. Wie klar haben dagegen Marx und Engels die Dinge gesehen. Im Vorwort zur Neuauflage des Kommunistischen Manifests von 1872 wird festgestellt, die Pariser Commune habe »den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die heutige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann«. Von diesem Gedankengang geht auch die Resolution des Pariser internationalen Kongresses von 1900 aus, in der es heißt:

»Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann in einem modernen demokratischen Staate nicht das Werk eines bloßen Handstreichs sein, sondern kann nur der Abschluß einer langen und mühevollen Arbeit der politischen und ökonomischen Organisation des Proletariats, seiner physischen und moralischen Regenerierung und der schrittweisen Eroberung von Wahlsitzen in Gemeindevertretungen und gesetzgebenden Körperschaften bilden.«

In ihrem weiteren Verlauf wendet sich die, von K. Kautsky ausgearbeitete Resolution freilich gegen den Eintritt eines einzigen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium, der nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten sei. Das Wesentlichste an der Resolution bleibt aber, wie Anseele richtig bemerkte, der erste Satz. Das sei der Bruch mit der Vergangenheit und rechtfertige die Taktik der unaufhörlichen, unermüdlichen Kleinarbeit des Tages. Und Auer sprach schon damals die Hoffnung aus, daß die Frage des Ministerialismus auch für Deutschland bald aufhören möge lediglich eine Doktorfrage zu sein.

Mußten Bebel, Singer und andere Führer im Jahr 1890 die parlamentarische Tätigkeit gegenüber dem abstinenten Revolutionarismus der Werner und Genossen auf den Parteitag verteidigen, so sehen wir 10 Jahre später auf dem Parteitag in Mainz eine andere Strömung vorherrschen. Auf diesem Parteitag wurde von einem Genossen beantragt »die Namen derjenigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, welche bei der Abstimmung über die Zuchthausvorlage und anderen für die Arbeiterschaft bedeutsamen Vorlagen der letzten Reichstagsperiode ohne Entschuldigung fehlten, bekannt zu geben und dieselben Abgeordneten im Wiederholungsfalle zur Niederlegung ihrer Mandate zu veranlassen«. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, zeigt aber, welchen hohen Wert die sozialdemokratischen Wähler der Anteilnahme an der parlamentarischen Tätigkeit beimessen. Auf dem Jenaer Parteitag von 1905 wurde ein Antrag angenommen, der die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag verpflichtet bei entscheidenden Abstimmungen im Reichstag vollzählig zu erscheinen. Auf dem Bremer Parteitag /1904/ hatte sich noch Bebel wieder einmal gegen die Überschätzung des Parlamentarismus gewandt. Es lag eine Reihe von Anträgen auf Einreichung von Initiativanträgen vor, deren Aussichtslosigkeit Bebel betonte. Am Schluß aber warnte er doch auch vor Unterschätzung der parlamentarischen Tätigkeit. In einer Rede, die Bernstein 1905 in Jena hielt, bedauerte er die Ohnmacht des Reichstags und den geringen Einfluß unserer Partei, ein Zustand, der vor allem im Ausland Enttäuschung hervorrufe. In Frankreich sei das ganz anders. In der Marokkokrise sei dort Interpellation auf Interpellation erfolgt, bis Delcassé über die Klinge mußte. Bebel trat Bernstein entgegen. Er meinte:

»Ich habe die Dinge von Anfang im Reichstag sich entwickeln sehen, und da erkläre ich, daß die Macht des Reichstags in seiner Gesamtheit, wenn er einmal seine

Stimme erhebt, heute viel mehr Beachtung, viel mehr Entscheidung hat wie jemals in einer frühern Periode. . . Er hat in einer Reihe von Fragen tatsächlich die Leitung an sich gerissen, er entscheidet, und nach seiner Entscheidung richtet sich oft der Regierung.«

Diese Auslassung zeigt immerhin das psychologisch interessante Faktum, daß Bebel sich gewissermaßen mit dem Reichstag solidarisch fühlte. Seine Meinung von dem entscheidenden Einfluß des Reichstags auf die Leitung unserer Politik findet freilich in den Tatsachen keine Stütze.



WIE um die Wertschätzung der parlamentarischen Tätigkeit überhaupt so ist auch um das wichtigste Recht des Parlaments, das Budgetrecht, innerhalb unserer Partei heftig gestritten worden. Bei der Abstimmung über die Mittel, deren die Regierung zur Führung der Staatsgeschäfte bedarf, hat es die Volksvertretung in der Hand ihre Zustimmung oder ihr Mißfallen einzelnen Regierungsstellen oder der Gesamtregierung gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Die Budgetfrage wurde 1894 zum erstenmal auf dem Parteitag in Frankfurt verhandelt. Die Bayern hatten im Landtag das Budget bewilligt. Nach der Auffassung der Berliner war dies ein Verstoß gegen den Klassenkampf. In der angenommenen Resolution wird die Bewilligung des Gesamtbudgets als ein Vertrauensvotum für die Regierungen als die Leiter des Klassenstaates bezeichnet und verworfen. Man hatte die Resolution freilich durch ein Amendement (»soweit die Bewilligung des Gesamtbudgets eine Anerkennung der Berechtigung des Bestehens des Klassenstaates oder ein Vertrauensvotum für die Regierung enthält«) etwas abgeschwächt.

Eingehend wurde über die Budgetfrage in Lübeck /1901/ verhandelt. Wurm wandte sich scharf gegen einen kurz vorher in den Sozialistischen Monatsheften veröffentlichten Artikel Fendrichs und sagte »die Budgetverweigerung sei ein integrierender Bestandteil unserer gesamten programmatischen Forderungen«. Gegenüber einer Vorhaltung Bebels, daß auch im Großherzogtum Sachsen-Weimar die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten unter bestimmter Voraussetzung für das Budget zu stimmen beabsichtigten, bemerkte Baudert, daß diese gar nicht dazu gekommen wären, weil schon vorher der Ausschuß umgefallen wäre. Aber, fügte Baudert hinzu, man komme doch in eine schwierigere Lage, wenn man in größerer Zahl in einer gesetzgebenden Körperschaft sitze; in den Gemeindevertretungen habe schon mancher Genosse solche Erfahrung gemacht. Das will also sagen: Hüten wir uns davor die Mehrheit zu erlangen; denn damit können wir in die Lage kommen die Verantwortung übernehmen zu müssen. Es ist die Furcht vor der Macht. Die Budgetverweigerung wurde auch hier als ein »Grundsatz des proletarischen Klassenkampfes« hingestellt; es wurde nur hinzugefügt, daß eine Zustimmung zum Budget »nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden« könne.

1908 hatten die Sozialdemokraten in Bayern, Baden und Württemberg dem Budget zugestimmt. Das hatte zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Parteipresse geführt, und der Nürnberger Parteitag hatte sich mit einer ganzen Reihe von Anträgen zum Budget zu beschäftigen. Die in namentlicher Abstimmung mit 258 gegen 119 Stimmen angenommene Resolution bestätigte im wesentlichen die Lübecker Resolution, wonach »jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung« abge-

lehnt werden müsse. Hierauf erfolgte die bekannte, von 66 Delegierten aus Bayern, Baden, Württemberg und Hessen unterzeichnete Erklärung:

»Wir erkennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den taktischen Angelegenheiten, die das ganze Reich berühren. Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die geeignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß.«

Dann kam die große Budgetdebatte auf dem Magdeburger Parteitag 1910. In Baden hatten die Sozialdemokraten am 14. Juli 1910 für das Budget gestimmt. Das war zweifellos ein Verstoß gegen den Nürnberger Beschluß. Der Antrag, der in Magdeburg angenommen wurde, fordert die grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets in Reich und Einzelstaaten, weil diese Staaten Klassenstaaten seien; der Staat könne den ausgebeuteten Klassen wohl mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.

Im deutschen Reichstag hat die sozialdemokratische Partei noch niemals das Budget bewilligt, außer in dem einen Fall, wo die Kriegskredite mit in den Etat hineingearbeitet waren. Die Bewilligung des Gesamtbudgets, so wird gesagt, enthalte ein Vertrauensvotum für die Regierung und bedeute ein Aufgeben des Klassenkampfes. Kann aber durch eine ständige, vorher für immer festgelegte *prinzipielle* Ablehnung Mißtrauen (mag es immerhin berechtigt sein) zum Ausdruck gebracht werden? Die Regierung weiß von vornherein, daß, sie mag sich verhalten, wie sie wolle, auf jeden Fall die übliche Ablehnung mit automatischer Sicherheit kommt. Wozu sich also um die Gunst des Volkes bemühen? So wird die scharfe Waffe der Budgetverweigerung abgestumpft: eine Herabdrückung des Parlaments, herbeigeführt durch diejenige Partei, die am meisten Ursache hat sein Ansehen zu heben.

Während des Krieges hat die sozialdemokratische Partei einmal das Budget und stets die Kriegskredite bewilligt. Sie hat es ausdrücklich abgelehnt damit der Regierung ein Vertrauensvotum ausstellen zu wollen; aber die Mittel zur Landesverteidigung mußten bewilligt werden. Gut. Liegt es aber nicht ähnlich auch beim Friedensbudget? Auch in diesem sind Hunderte von Millionen enthalten, deren Verwendung von uns keinesfalls abgelehnt werden dürfte. Ehe wir allein die volle Mehrheit im Parlament haben, so daß wir das Budget ganz in unserm Sinn aufbauen und es dann nicht bloß bewilligen dürfen sondern es bewilligen müssen, wird eine Periode kommen, in der wir die Mehrheitsbildung nur im Verein mit den uns nächststehenden bürgerlichen Parteien werden erreichen können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Situationen sich ergeben, in denen wir dem Budget gegen die Stimmen der Reaktion werden zur Annahme verhelfen müssen.

DAS Verlangen nach einem parlamentarischen Regierungssystem ist in Deutschland durch die Ereignisse des Krieges in hohem Maß gefördert worden. Die deutsche Nation, die nach Max Weber durch Bismarck ohne alle und jede politische Erziehung, ohne jeden politischen Willen gelassen worden ist, beginnt allmählich zu eigenem politischen Denken zu erwachen. Leider aber scheint

die Aktion, die zur Erringung des parlamentarischen Systems führen sollte, schon wieder ins Stocken geraten zu sein. Das wäre um so bedauerlicher, als die Fortschritte, die die Demokratie bei uns macht, auch die Gestaltung des kommenden Friedens mit beeinflußt. Die deutsche Nation hat die Pflicht aller Welt zu zeigen, daß es ihr um das Selbstbestimmungsrecht ernst ist, und daß die künftige Verständigung von dem Willen des Volkes selbst getragen wird. Durch die Teilnahme der Volksvertretung an der Regierung werden aber zugleich auch die letzten Kräfte für das letzte, vielleicht schwerste Stadium des nationalen Verteidigungskampfs entfesselt. Für den Krieg wie für den Frieden bedürfen wir der Volksregierung und der vollen Volksverantwortung.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die deutsche Sozialdemokratie über eine platonische Liebe zum parlamentarischen Regime nie hinausgekommen ist. Ja, im Grunde lagen doch in ihr selbst die stärksten Hindernisse für dessen Erringung. Unsere Partei hat eben, abgesehen von wenigen Fällen, in denen sie auch gar nicht nach freiem Entschluß handelte, niemals etwas für den Zusammenschluß einer festen Mehrheit getan. Sie wollte im Grunde stets in der Opposition sein. Daß sie selbst durch Zusammenarbeit mit anderen das schaffen könnte, dessen Fehlen sie dauernd kritisierte, kam ihr nie in den Sinn. Auch jetzt behandelt die Parteipresse die ganze Frage mit ziemlicher Gleichgültigkeit. Einige beruhigen ihr demokratisches Gewissen mit dem Hinweis auf die preußische Wahlreform, die viel wichtiger sei. Aber einmal haben wir diese Wahlreform ja noch gar nicht; es wird vermutlich noch harte Kämpfe darum geben, und diese Kämpfe sind um so erfolgreicher durchzuführen, wenn wir das parlamentarische Regierungssystem im Reich haben. Dann aber: Weshalb soll man die eine dringende Reform vernachlässigen, weil es noch eine andere, gewiß auch wichtige Reform gibt? Man darf nicht vergessen, daß es sich hier nicht um irgendeinen erheblichen legislativen Akt handelt (die Beseitigung des § 9 der Reichsverfassung ist ja eine Kleinigkeit) sondern lediglich um die notwendige Entschlußkraft zum Handeln. Jetzt ist nicht die Zeit eine akademische Diskussion über die Formen zu eröffnen, in denen die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens durchzuführen sei. Die Sozialdemokratie hat für solche Diskussionen einige Jahrzehnte genügend Zeit gehabt. Jetzt gilt es sich endlich zu einer Tat aufzuraffen, und ihr soll man nicht durch neue Erörterungen von erstaunlich trivialer Spitzfindigkeit entgehen wollen. Hinter all dem *Klassenkampf*-gerede gegen den Parlamentarismus steckt doch nur die altgewohnte Philisterscheu, die sich selbst nichts zutraut, daher zu dem höhern Verstand der Obrigkeit emporblickt (um freilich bei passender Gelegenheit über diese wieder rasonieren zu können).

Wenn die sozialdemokratische Partei wirklich daran geht das Obrigkeitssystem durch das parlamentarische zu ersetzen, wird sie in allen Schichten des Volkes Zustimmung finden. Mit Recht sagte Jaurès auf dem Amsterdamer Kongreß in der Bekämpfung der Dresdener Resolution, diese verkenne, »daß es im Interesse des proletarischen Klassenkampfes liegt an all die zahlreichen in der Gesellschaft schlummernden demokratischen Kräfte außerhalb des Proletariats appellieren und diese bürgerlichen Demokraten im Interesse des Proletariats dienstbar zu machen, um die Reaktion zu bekämpfen und Reformen herbeizuführen. Viele sind an unseren Forderungen

interessiert. Die Dresdener Resolution trägt in dieser Hinsicht einen sektenhaften Charakter.«

Die Dresdener Resolution und alle Hindernisse, die eine doktrinäre Intransigenz der politischen Arbeit in den Weg gelegt hat, müssen fallen. Wir brauchen freie Bahn für die Selbstverantwortung.

HEINRICH PEUS · DIE BEAMTEN UND DIE POLITIK

FÜR einen Staat, der Wert darauf legt, daß alle seine Staatsbürger mit ganzer Seele für seine Zwecke leben, kann es kaum etwas Schädlicheres geben als die politische Entmündigung seiner Beamten. Wenn man den Beamten nicht die Freiheit gibt sich so auszusprechen wie sie innerlich fühlen und denken, so zeugt das von einem ungerechtfertigten Mißtrauen gegen den Verstand, der bei richtiger Erziehung und Belehrung doch das Rechte treffen muß. Man sollte die Zuversicht hegen, daß Menschen, die frei nach ihrem eigenen Gewissen denken und reden dürfen, ganz von selber zu verständigen Auffassungen kommen.

Die Einengung der politischen Freiheit der Beamten ist zunächst eine Verkümmernng des Rechts der Beamten als Staatsbürger. Es wird ihnen dadurch ein Stück Betätigung geraubt, die das Leben erst im eigentlichen Sinn lebenswert macht. Man kann ein sehr braver Mensch sein, wenn man gewissenhaft seine Berufsarbeit leistet, um damit Frau und Kinder und sich selber zu ernähren. Ein wirklicher Mensch wird man aber doch erst, wenn man an seinem Teil mithilft, daß das Ganze gedeihe, daß Staat und Gesellschaft als kostbares Kunstwerk menschlicher Erziehungs- und Regierungskunst herrlich dastehen und alle Tage neu aufgebaut werden. Dieses Menschentum darf der Staat seinen Beamten am wenigsten versagen. Es ist ihnen aber genommen, wenn sie nur eine offiziell zugelassene Überzeugung bekunden dürfen. Nur die Gedanken haben Leben und schaffende Kraft, die eigener Beobachtung entspringen.

Was aber noch mehr ins Gewicht fällt, das ist dies, daß der Staat durch die politische Entmündigung seiner Beamten sich selber am meisten schädigt. Will der Staat die Domäne einer einzelnen herrschenden Kaste sein, dann kann es zweckmäßig erscheinen nur diejenigen Gedanken zuzulassen, die den Interessen dieser Kaste angepaßt sind. Aber solch ein Staatswesen will doch der heutige Staat nicht mehr sein; das Wohl des ganzen Volkes ist wenigstens im Prinzip in jeder Hinsicht sein Bestreben. Dann muß er aber auch die ganze Intelligenz und den ganzen guten Willen des gesamten Volkes in seinen Dienst stellen. Dann ist kein Gedanke und kein guter Wille entbehrlich. Nun sind aber die Beamten an sich gewiß nicht der unintelligenteste Teil der Bevölkerung. Die berufsmäßige Beschäftigung mit den Staatsdingen gibt ihnen dazu noch zweifellos eine Fülle sachlichen Materials für die Beurteilung der öffentlichen Angelegenheiten, das anderen Bevölkerungsteilen fehlt. Diese Sachkenntnis könnten sie außerordentlich gut benutzen, um ihre Mitbürger über viele amtliche Obliegenheiten aufzuklären. Heute ist ihnen das entweder direkt verboten, oder es verbietet sich ihnen durch die Sorge, es möchten ihnen dadurch Unannehmlichkeiten erwachsen; heute müssen sie schweigen, wie das ein Beamter ein-

mal vor Zeiten ausdrückte, aus so viel Gründen als sie Frau und Kinder haben, und der hatte solcher Gründe nicht weniger denn 14. Er war ein sehr nützlicher Staatsbürger, aber wie nützlich konnte er erst sein, wenn er für seine 14 Gründe frei reden könnte, statt um ihrer willen schweigen zu müssen. Durch solche Unterdrückung muß ein Beamtenstand entstehen, dem es auch an Initiative für die Betätigung im Amt selber fehlen muß; denn die politische Einschüchterung bewirkt auch Einschüchterung im allgemeinen. Auch rein technisch hat der Staat davon den größten Schaden.

Wie aber schadet erst der Staat seinen Beamten im Ansehen des Volkes, den selben Beamten, die sehr viel freiwillig zuerkannte Autorität genießen könnten, wenn das Volk die Überzeugung haben dürfte, daß, was die Beamten sagen, ein Ausfluß eigenen Erkennens sei. In einer großen ostdeutschen Stadt ward dieser Tage eine Mitgliederliste der Vaterlandspartei mit folgender Unterschrift beglückt: »Postdirektor X. nebst 78 Beamten des Postamts 1.« Aus diesem einzigen Satz könnte ein soziologischer Buffon unsere ganze heutige Staats- und Gesellschaftsform historisch rekonstruieren, wenn sie nach hoffentlich nicht zu langer Zeit als Wirklichkeit verschwunden sein wird. So behandelte Beamte können keine Autorität haben; alles, was sie sagen, muß in den Verdacht kommen ein Echo der Meinung ihrer Vorgesetzten zu sein. Wenn der Staat nicht die Domäne einer bevorzugten Kaste sein will, wenn es ihm wirklich darum zu tun ist das Allgemeinwohl zu fördern, dann kann es ihm nie gefährlich werden, wenn bei voller Freiheit eine Anzahl Beamte auch zu Ansichten gelangen, die man als dem Staatswohl nicht förderlich ansehen müßte. Gegen solche schädlichen Anschauungen kann es kein wirksames Gegengewicht geben als die rückhaltlose Freiheit. Wirklich schädliche Anschauungen können dann unmöglich mächtig werden. Denn einem ganzen Volk kann nicht zugetraut werden, daß es sich über das, was ihm frommt, völlig irren könne.

Sehr wichtig ist die Beamtenfreiheit auch für die von uns geforderte Parlamentarisierung des Staates. Wenn die Volksvertretung die politischen Kräfte hervorbringen oder doch ihre Ernennung maßgebend beeinflussen soll, die das Volk zu führen berufen sind, dann tut nichts mehr not, als daß diese Kräfte sich entwickeln und bekannt werden können. Soll den Beamten nun jede Führerqualität genommen werden? Das Volk kann aber unmöglich Vertrauen zu jemand haben und ihn als Führer anerkennen, wenn es denken muß, daß der Betreffende seine Anschauungen nicht seinem Gewissen entnimmt sondern von oben her diktiert bekommt. In die Regierung gehören vor allem Willensmenschen hinein. Wie kann von einem ungebrochenen Willen bei dem die Rede sein, der nicht einmal die Freiheit der Betätigung eigener Gedanken hat? Der Widerspruch, der heute zwischen den den Willen des Volkes vertretenden Volksvertretern und politisch abhängigen Beamten besteht, kann dadurch aufgehoben werden, daß die Beamten unbedingte politische Freiheit bekommen. Dann kann der Beamte auch innerhalb der politischen Parteien sich betätigen, dann kann seine Fachkenntnis, die sonst allzu leicht zur Schablone erstarrt, sich mit dem Willen des Volksvertreters zu produktiver Leistung vereinigen.

Man sieht, daß die Politisierung der Beamten aufs engste mit der Frage der Parlamentarisierung der Regierung zusammenhängt. Die Folge solcher

Änderung wäre auch die, daß Minister und Staatssekretäre, wenn sie ihr Amt verlassen, nicht, wie das heute der Fall ist, zu schweigenden Säulen werden sondern umgekehrt ihre Erfahrung, die sie im Amt gesammelt haben, für das Volk weiter nützen. Wie auch dadurch die politische Erkenntnis und Energie ungemein gesteigert wird, liegt auf der Hand. Die regierenden Minister und Staatssekretäre aber bekämen dadurch auch Gegner, mit denen sie in vieler Hinsicht weniger leicht umspringen können als mit solchen, die nie selber im Amt waren. Diejenigen, die da wünschen, daß die Scheidung zwischen Volk und Regierung beibehalten bleibe, sind allerdings peinlich bemüht ehemalige Minister in ihrer Schweigsamkeit zu erhalten, und bisher haben sie ja damit in Deutschland auch Erfolg gehabt. Erst in der allerletzten Zeit, da die Parlamentarisierung Deutschlands näherückt, beginnen auch bei uns ehemalige Staatssekretäre wieder zu reden. Das Auftreten Tirpitz' in der öffentlichen Versammlung am 24. September und die Ausführungen Posadowskys über die Teilung des Reichsamts des Innern sind Anzeichen einer Wandlung in den Gepflogenheiten unseres öffentlichen Lebens. Die Folgen des frühern Zustands haben sich auch allzu deutlich gezeigt. Niemals hat das deutsche Volk den Mangel an politischen Führern schwerer empfinden müssen als jetzt im Weltkrieg. Es tut dringend not, daß der Wettbewerb um die Bereitschaft das Volk verantwortlich zu führen erheblich erweitert werde.

Die Frage der Politisierung der Beamten ist in der Hauptsache eine Frage der politischen Erziehung des Volkes überhaupt. Selbstbestimmung und Selbstverantwortung müssen auch hier das Entscheidende sein. Der Interessenkreis ist bei der Mehrzahl der Beamten sehr eng. Vielfach geht er nur wenig über die Gehaltsfragen hinaus; darin sind sie allerdings, wie man sich so ausdrückt, *schlimmste Sozialdemokraten*. Daß auch die Beamten politisch sich zu vollen Staatsbürgern entwickeln, dazu muß vor allem in ihrer eigenen Mitte der Wille erstehen. Bestrebungen dieser Art sind in Beamtenkreisen auch schon lebendig. Wir können ihnen nur den größten Erfolg wünschen, im Interesse der Beamten wie in dem des Staates. Die Furcht vor unbegrenzter Radikalisierung der Beamten ist völlig unbegründet. Mit der größten Freiheit ist wahrhaft staatsfördernde Gesinnung am ehesten verbunden. Natürlich bei zielklarer Erziehungstätigkeit.

Die Zahl der Beamten nimmt rapide zu. Werden die so zahlreichen Beamten Staatsbürger im eigentlichen Sinn, also freie Menschen, die die von ihnen übernommenen Pflichten mit höchstem Verantwortlichkeitsgefühl erfüllen, in ihren Anschauungen aber ganz nach ihrem Gewissen leben können, dann kann gerade aus dieser großen Zahl geschulter Staatsdiener eine ungemessene Kraft für die Förderung der Staatswohlfahrt hervorgehen.

THEODOR WAGNER · FRAUENARBEIT IM BERGBAU



ACH § 154a der Gewerbeordnung dürfen Arbeiterinnen im deutschen Bergbau nicht unterirdisch sondern nur über Tage beschäftigt werden. Aber auch die Zahl der über Tage beschäftigten Arbeiterinnen war immer verhältnismäßig gering: schon wegen der einschränkenden Bestimmungen der Gewerbeordnung, hauptsächlich aber, weil die organisierten Bergarbeiter die Frauen-

arbeit in und auf den Gruben bekämpften und ein gänzlich Verbot forderten. Nach den Berufs- und Gewerbezahlungen wurden in Deutschland im Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen sowie in Torfgräbereien beschäftigt:

Jahr	Arbeiter	Arbeiterinnen	
		insgesamt	in % der Arbeiter
1875	421 261	11 945	2,84
1882	416 535	13 599	3,26
1895	519 609	16 680	3,21
1907	840 203	20 700	2,46

Von allen Bundesstaaten hat Preußen die am weitesten zurückreichende und am besten vergleichbare amtliche Statistik. Nach den seit 1872 veröffentlichten Angaben in der amtlichen Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen wurden im preußischen Bergbau beschäftigt:

Jahr	Beschäftigte insgesamt	davon Arbeiterinnen über 16 Jahre	
		insgesamt	in % der Arbeiter
1872	226 660	6 346	2,80
1877	225 491	6 677	2,96
1880	247 356	7 912	3,20
1883	284 270	8 939	3,14
1887	285 016	9 614	3,37
1891	357 438	11 788	3,30

Es handelt sich hier also nur um über 16 Jahre alte Arbeiterinnen. Die Zahl der unter 16 Jahre alten Arbeiterinnen ist in der Gesamtzahl der jugendlichen männlichen und weiblichen Arbeiter enthalten und leider nicht zu ermitteln, da auch Verhältniszahlen nicht angegeben sind. Erst von 1893 ab wird der prozentuale Anteil der unter 16 Jahre alten Arbeiterinnen an der Gesamtzahl der jugendlichen Arbeiter in den Berichten der preußischen Bergbehörden angegeben. Die absolute Zahl ist danach errechnet und der Zahl der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen von 1893 ab zugezählt. Das Verhältnis gestaltet sich nun im preußischen Bergbau wie folgt:

Jahr	Beschäftigte insgesamt	davon Arbeiterinnen	
		insgesamt	in % der Arbeiter
1893	265 333	9096	3,43
1897	417 071	8546	2,05
1900	507 859	9671	1,90
1903	559 137	9825	1,76
1907	656 323	10 720	1,63
1909	723 669	11 057	1,46
1913	765 066	9 826	1,28

Die beiden letzten Zusammenstellungen geben einen besonders guten Einblick, weil nur die Zahlen der Jahre eingestellt sind, in denen die Schwankungen der auf- und absteigenden Konjunktur am stärksten zum Ausdruck kommen. Von 1872 bis 1891 zeigt sich eine fast ständige Zunahme; von da ab eine ebenso ständige Abnahme der Frauenarbeit im Bergbau, nicht nur absolut sondern mehr noch im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter. Diese Abnahme fällt mit der Zeit zusammen, da die organisierten Bergarbeiter ein gänzlich Verbot der Frauenarbeit im Bergbau forderten und die einschränkenden Bestimmungen der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 wirksam wurden. Danach ist die Nachtarbeit sowie die unterirdische Beschäftigung der Arbeiterinnen verboten, die tägliche Arbeitszeit

auf 11, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen auf 10 Stunden beschränkt; die Mittagspause soll mindestens 1 Stunde, für Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, 1½ Stunden betragen. Wöchnerinnen dürfen während 4 Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht, während der folgenden 2 Wochen nur mit ärztlicher Erlaubnis beschäftigt werden.

Diese Bestimmungen waren indessen noch nicht geeignet die Ausdehnung der Frauenarbeit wesentlich zu hindern. Besser dient diesem Zweck schon die Novelle zur Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1908. Danach muß den Arbeiterinnen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden gewährt werden. Vor und nach ihrer Niederkunft dürfen sie im ganzen 8 Wochen nicht beschäftigt werden. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist an den Nachweis gebunden, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens 6 Wochen verflossen sind. Weiter dürfen sie nicht in Kokereien und zum Transport von Materialien bei Bauten aller Art verwendet werden. § 154a Absatz 2 besagt:

»Die Beschäftigung von Arbeiterinnen bei der Förderung, mit Ausnahme der Aufbereitung (Separation, Wäsche), bei dem Transport und der Verladung ist auch über Tage verboten.«

Diese Bestimmung trat aber erst am 1. April 1912 in Kraft, mit der Maßgabe, »daß die an diesem Tage beschäftigten Arbeiterinnen bis spätestens zum 1. April 1915 weiter beschäftigt werden dürfen«. § 137 Absatz 7, der die Frauenarbeit in Kokereien usw. verbietet, trat ebenfalls erst am 1. April 1912, der übrige Teil der Novelle am 1. Januar 1910 in Kraft. Diese Bestimmungen sind schon viel einschneidender. Doch brach der Weltkrieg aus, bevor ihre Wirkung in die Erscheinung treten konnte. Für die Beantwortung der Frage, wo die Ursache der Abnahme der Frauenarbeit zu suchen ist, kommen sie mithin nicht in Betracht; zudem sind sie infolge des Krieges außer Geltung gesetzt. Es bleibt also nur die Annahme übrig, daß die Abnahme der Frauenarbeit hauptsächlich auf die Stellungnahme der organisierten Bergarbeiter zurückzuführen ist.

Schon der erste deutsche Bergarbeitertag, der vom 15. bis zum 19. September 1890 in Halle tagte und die Gründung eines alle deutschen Bergreviere umfassenden Bergarbeiterverbands beschloß, forderte einstimmig ein Verbot der Frauenarbeit in und auf den Gruben. Der 5. internationale Bergarbeiterkongreß, der vom 14. bis zum 18. Mai 1894 in Berlin abgehalten wurde, sprach sich einstimmig gegen die Frauenarbeit in und auf den Gruben aus. Das nämliche taten die späteren internationalen Bergarbeiterkongresse, soweit sie sich mit dieser Frage beschäftigten. Das geschah auch 1906 in London, wo neben Vertretern des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbands auch solche des christlichen Gewerkvereins, 1907 in Salzburg und 1909 in Berlin, wo außerdem Vertreter der Polnischen Berufsvereinigung und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Bergarbeiter anwesend waren. Der Delegiertentag christlicher Bergleute Deutschlands, der vom 31. Januar bis zum 2. Februar 1897 in Bochum versammelt war, forderte ein Verbot der Frauenarbeit im Bergbau, ebenfalls der von der Siebenerkommission einberufene Bergarbeiterdelegiertentag für Preußen, der vom 28. bis zum 30. März 1905 in Berlin beriet und von allen Bergarbeiterorganisationen beschickt war. Die organisierten Bergarbeiter aller gewerk-

schaftlichen Richtungen sind sich also in dieser Forderung einig und haben sie immer mit Nachdruck vertreten.

Naturgemäß konnte diese Tatsache nicht ohne Wirkung bleiben. Man kann daher feststellen, daß die Frauenarbeit immer dort am stärksten ausgedehnt war, wo die Bergarbeiterorganisationen bisher am wenigsten Fuß fassen konnten, in Oberschlesien. Nach den Berichten der Bergbehörden wurden in den einzelnen Oberbergamtsbezirken beschäftigt:

Oberbergamts- bezirk	1893	1897	1900	1903	1907	1909	1913
	Arbeiterinnen über 16 Jahre						
Breslau	7 557	6 867	7 574	7 916	8 861	9 386	8 502
Halle	538	596	813	761	875	828	607
Clausthal	16	7	29	17	13	15	27
Dortmund	23	16	21	16	13	4	5
Bonn	514	484	443	383	318	247	251
zusammen	8 648	7 970	8 880	9 093	10 080	10 480	9 392
	Arbeiterinnen unter 16 Jahren						
	448	576	791	732	640	577	434
zusammen	9 096	8 546	9 671	9 825	10 720	11 057	9 826

Zwei Drittel der im Oberbergamtsbezirk Breslau beschäftigten Arbeiterinnen entfallen auf Oberschlesien; 1913 waren es 5459 oder 56,6 % der im preußischen Bergbau überhaupt beschäftigten Arbeiterinnen. Dagegen wurden im Oberbergamtsbezirk Dortmund, wo die Bergarbeiterorganisationen immer am stärksten waren, und die Organisationsbestrebungen schon in den sechziger Jahren begannen, vor dem Krieg Arbeiterinnen auf den Gruben überhaupt nicht beschäftigt. Das ist der schlüssige Beweis, daß die Abnahme der Frauenarbeit hauptsächlich auf den Einfluß der Bergarbeiterorganisationen zurückzuführen ist, und nicht auf die einschränkenden Bestimmungen der Gewerbeordnung; denn diese gelten für das ganze Reich, also auch für Oberschlesien, mußten mithin auch überall die gleiche Wirkung haben.

Daß die Werksbesitzer nicht freiwillig auf die willige und darum billige weibliche Arbeitskraft verzichteten, hat die Vergangenheit hinreichend bewiesen. So waren die Privatgrubenbesitzer in den linksrheinischen Bezirken mit damals französischem Bergrecht auf dem besten Weg sogar die unterirdische Frauenarbeit zu einer ständigen Einrichtung zu machen.¹⁾ Das Oberbergamt für den Bezirk Bonn sah sich infolgedessen veranlaßt am 9. Februar 1827 ein Verbot der unterirdischen Frauenarbeit zu erlassen. Über diesen Eingriff in die *Arbeitsfreiheit* lamentierten die Grubenbesitzer, glücklicherweise vergebens. Das Allgemeine Berggesetz für Preußen von 1865 gab den Werksbesitzern in Oberschlesien aber den Mut die Frauenarbeit auch unter Tage einzuführen. Da gütliche Vorstellungen nicht halfen, verordnete das Oberbergamt in Breslau am 20. Oktober 1868:

»Frauen und Mädchen dürfen beim Bergbau unter Tage nicht beschäftigt werden.« Diese Verordnung trat am 1. Januar 1869 in Kraft. Hiergegen erhob der Vertreter des Grubenmagnaten Graf Hugo Henckel von Donnersmarck, Berg-rat a. D. Ficinus, Einspruch beim Handelsminister. Er führte aus, die §§ 196 und 197 des Allgemeinen Berggesetzes seien nicht dahin auszulegen, daß ein solcher »Eingriff in die bestehende Gewerbe- und Verkehrsfreiheit« gestattet sei. Gegen die angeführte Verordnung legte er wie folgt los:

¹⁾ Siehe auch H u e Die Bergarbeiter II /Stuttgart 1913/, Seite 42 ff.

»Alle Gründe, welche deren [der Verordnung] Verteidiger vorgebracht haben, beweisen zu viel, indem sie sich ebensogut auf die Beschäftigung männlicher Arbeiter unter Tage als auch auf die Beschäftigung weiblicher Arbeiter auf den Bergwerken und in Wäschchen anwenden lassen. Auch die von uns völlig verschiedenen englischen und belgischen Verhältnisse sind herangezogen worden, und auch an süßlichen, sentimentalen Humanitätsgründen und Hinweisen auf die Moralität hat es nicht gefehlt. Alle diese Gründe sind unwesentlich.«

Der Handelsminister antwortete am 23. Dezember 1868 ablehnend. Nunmehr wandte sich Ficinus mit einer Petition an das preußische Abgeordnetenhaus, das diese jedoch, entsprechend dem mit allen gegen 1 Stimme gefaßten Beschluß der Kommission für Handel und Gewerbe, durch Übergang zur Tagesordnung erledigte. So entschied selbst der preußische Landtag. Trotzdem hat es auch seither und selbst während des Krieges nicht an Bestrebungen gefehlt, die auf Einführung der unterirdischen Frauenarbeit gerichtet waren. An dem Willen der Werksbesitzer lag es also sicher nicht, wenn die Frauenarbeit im Bergbau keinen größeren Umfang annahm.

Daß die Arbeiterinnen willige und darum billige Arbeitskräfte sind, dafür einige Urteile aus den Berichten der Gewerberäte und Bergbehörden. Im Bericht von 1886 für den Aufsichtsbezirk Oppeln (Gewerberat Trilling) wird mitgeteilt, daß bei der Eisenerzförderung Arbeiterinnen mit Haspeln beschäftigt wurden. Dann heißt es dort weiter:

»Daß an die Stelle dieser Frauenarbeit die Maschinenarbeit treten könnte, ist nicht zu erwarten, da die Maschine hier nicht so billig zu arbeiten vermag wie der Mensch, und Gelegenheit zu einer hinlänglichen Verwendung der weiblichen Arbeitskräfte im Dienste der Hauswirtschaft bei den eigenartigen oberschlesischen Verhältnissen sich auch nicht hinreichend findet.«

Im Bericht für das Bergrevier Tarnowitz (Bergrat Pringsheim) von 1894 heißt es:

»Da in den den Arbeiterinnen zugewiesenen, zumeist weniger Kraft als Gewandtheit erfordernden Arbeiten deren Leistungen denen der Männer überlegen sind, der Lohn aber erheblich niedriger als derjenige der männlichen Arbeiter ist, so waren die Arbeitgeber darauf angewiesen sich mit den einschränkenden Gesetzesvorschriften abzufinden und eine Entlassung von Arbeiterinnen zu vermeiden.«

Im Bericht für das Bergrevier Königshütte (Bergrat Pfeifer) von 1894 heißt es:

»Weibliche Arbeitskräfte sind im allgemeinen billiger als die männlichen und werden deshalb von den Privatwerken für die Sortierung und die Verladung der Kohlen bevorzugt.«

Im Bericht für das Bergrevier Tarnowitz (Bergmeister Polenski) von 1895 heißt es:

»Bei dem geringen Lohn und den tüchtigen Leistungen bilden die Arbeiterinnen eine vorteilhafte Arbeitskraft für die Werke, besonders für die Eisenerzbergwerke.«

Im Bericht für das Bergrevier Zeitz (Oberbergrat Schantz) von 1897 heißt es:

»Hervorgehoben muß werden, daß von den beim Grubenbetrieb beschäftigten Frauen und Mädchen sich nicht eine einzige am Streik beteiligt hat [nämlich an dem vom Bergarbeiterverband geführten großen Bergarbeiterstreik 1897 im Zeitz-Weißenfeller Revier, der den Bergarbeitern Schichtverkürzungen und Lohnerhöhungen brachte], und daß sie in vielen Fällen sogar die Arbeiter von der Beteiligung abgehalten und zur Wiederaufnahme der Werksarbeit angehalten haben.«

Im Bericht für das Bergrevier Ratibor (Bergrat Triebel) von 1901 wird mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeiterinnen gestiegen sei, und dazu wird bemerkt:

»Mitbestimmend für diese Erscheinung und für die Beibehaltung der Arbeiterinnen zu einer Zeit, wo es an männlichen Arbeitern nicht mehr fehlt, ist auch die Lohnfrage, indem die weiblichen Arbeiter bei allerdings wohl etwas geringerer Leistungsfähigkeit immer noch bedeutend weniger Lohn erhalten als die männlichen.«

Im Bericht für das Bergrevier West-Waldenburg (Bergmeister Kaether) von 1901 wird zur Erklärung der Zunahme der Arbeiterinnen gesagt:

»Die Zunahme ist teils durch das große Angebot teils dadurch erklärlich, daß die Betriebsverwaltungen bei leichteren Arbeiten (zum Beispiel bei der Verladung und in den Aufbereitungsanstalten) die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte vorziehen, weil mit diesen bei geringerem Lohne sorgfältigere Arbeit und größere Leistung als mit männlichen Arbeitern erzielt wird.«

Diese Auswahl aus vielen gleich- und ähnlichlautenden Urteilen wird durch die amtliche Lohnstatistik wirksam illustriert, wobei die Gliederung der Arbeiterinnen nach Altersklassen besonders zu beachten ist. Im preußischen Bergbau betrug nach den Berichten der Bergbehörden die Zahl der Arbeiterinnen:

Jahr	Arbeiterinnen im Alter von			
	unter 16 Jahren	16 bis 21 Jahren	über 21 Jahre	zusammen
1893	448	4120	4528	9 096
1897	576	3179	4791	8 546
1900	791	3817	5063	9 671
1903	732	4093	5000	9 825
1907	640	4733	5347	10 720
1909	577	4930	5550	11 057
1913	434	4145	5247	9 826

Der größte Teil der Arbeiterinnen war also immer über 21 Jahre alt. Es ist darum auch richtig ihren Durchschnittslohn mit dem aller Arbeiter in Vergleich zu stellen, zumal nur die über 16 Jahre alten Arbeiterinnen von der amtlichen Lohnstatistik besonders erfaßt werden. Die unter 16 Jahre alten Arbeiterinnen werden unter den jugendlichen Arbeitern geführt. Einigermaßen vergleichbar werden die Löhne erst seit 1887 in der amtlichen Lohnstatistik nachgewiesen; soweit Arbeiterinnen in Betracht kommen, zunächst für 4, 1891 schon für 7 Bergreviere. Das Jahr 1891 eignet sich auch zu einem Vergleich mit dem letzten Friedensjahr 1913 deshalb am besten, weil in beiden Jahren die Löhne einen Höchststand erreicht hatten und von da abwärts gingen. In nachstehenden Hauptbergbaubezirken Preußens betrug in diesen Jahren die Zahl der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen, sowie ihr Durchschnittslohn im Vergleich mit dem der Gesamtbelegschaft pro Schicht (in Mark):

Bezirk	Anzahl der Arbeiterinnen		Durchschnittslohn der Arbeiterinnen Gesamtbelegschaft			
	1891	1913	1891	1913	1891	1913
Oberschlesien	5 100	5 459	0,91	1,29	2,46	3,63
Niederschlesien	430	346	1,32	1,70	2,50	3,43
Aachener Revier	23	—	1,23	—	3,10	4,89
Haller Braunkohlenbergbau	401	613	1,43	2,26	2,55	3,77
Haller Salzbergbau	—	5	—	1,78	3,48	4,21
Oberharzer Erzbergbau	—	7	—	1,44	2,02	3,58
Clausthaler Salzbergbau	—	8	—	3,29	—	4,36
Siegener Erzbergbau	526	241	1,09	1,85	2,33	4,47
Nassau-Wetzlarer Erzbergbau	—	25	—	1,36	—	3,53
Rechtsrheinischer Erzbergbau	115	120	1,01	1,59	2,30	3,86
Linksrheinischer Erzbergbau	109	66	0,93	1,63	2,25	3,25
zusammen	6 704	6 890	0,98	1,43	2,50	3,80

Von 11 788 Arbeiterinnen im preußischen Bergbau wurden danach 1891 nur

6704 oder 56,87 %, 1913 von 9826 schon 6890 oder 70,12 % von der amtlichen Lohnstatistik erfaßt. Der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft überstieg den der Arbeiterinnen 1891 bis zu 170,33 %, 1913 bis zu 181,40 %. Der Durchschnittslohn in allen Bergrevieren betrug 1891 für die Arbeiterinnen 0,98 Mark, für die Gesamtbelegschaft 2,50 Mark, 1913 1,43 und 3,80 Mark. Die Spannung zwischen dem Durchschnittslohn der Arbeiterinnen und dem der Gesamtbelegschaft betrug 1891 1,52, 1913 sogar 2,37 Mark pro Schicht. Die größten Lohnspannungen bestehen in Oberschlesien, obwohl dort auch allgemein die Löhne mit am niedrigsten sind. Aber auch in den anderen Bergrevieren sind die Lohnspannungen so groß, daß sie nicht durch die verschiedene Leistungsfähigkeit sondern nur damit erklärt werden können, daß die Arbeiterinnen bedürfnisloser, duldsamer, gefügiger und schwerer für die Organisation zu gewinnen und darum um so viel schlechter gestellt sind als die Arbeiter.

Der Krieg hat eine riesige Zunahme der Frauenarbeit auch im Bergbau, aber keinen gerechten Lohnausgleich gebracht. Das beweist die bis zum 1. Quartal 1917 vorliegende amtliche Lohnstatistik. Danach betrug (die angegebenen Verhältniszahlen in absolute Zahlen umgerechnet) die Zahl der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen und ihr Durchschnittslohn im Vergleich zu dem der Gesamtbelegschaft in den Hauptbergbaubezirken Preußens pro Schicht (in Mark):

Bezirk	Anzahl der Arbeiterinnen		Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft			
	2. Quartal 1914	1. Quartal 1917	2. Quartal 1914	1. Quartal 1917	2. Quartal 1914	1. Quartal 1917
Oberschlesien	5 785	12 868	1,30	2,11	3,65	4,90
Niederschlesien	340	1 528	1,73	2,40	3,49	4,46
Ruhrgebiet	—	15 184	—	3,72	5,22	7,24
Saargebiet	—	735	—	2,74	4,42	5,82
Aachener Revier	—	147	—	3,34	4,80	6,00
Niederrheinischer Steinkohlenbergbau	—	524	—	3,66	5,49	7,44
Haller Braunkohlenbergbau	596	4 480	2,39	3,22	3,74	4,68
Linksrheinischer Braunkohlenbergbau	—	976	—	3,68	4,25	5,51
Haller Salzbergbau	12	184	2,12	3,25	4,20	5,09
Clausthaler Salzbergbau	1	456	3,96	3,06	4,39	5,10
Mansfelder Erzbergbau	—	2 268	—	3,60	3,66	6,12
Oberharzer Erzbergbau	7	530	1,46	3,47	3,55	5,60
Siegener Erzbergbau	250	495	1,80	2,48	4,40	6,33
Nassau-Wetzlarer Erzbergbau	25	94	1,35	2,25	3,52	4,85
Rechtsrheinischer Erzbergbau	121	287	1,55	2,43	97	5,51
Linksrheinischer Erzbergbau	68	86	1,67	2,22	3,34	4,60
zusammen	7 205	40 842	1,44	3,04	4,08	6,94

Die Zahl der Arbeiterinnen ist danach von 7205 im 2. Quartal 1914, auf 40 842 im 1. Quartal 1917, das heißt um 33 637 oder 466,9 % gestiegen. Nun ist aber zu beachten, daß die Lohnstatistik nur die Hauptbergbaubezirke und nicht den ganzen preußischen Bergbau erfaßt. Im letzten Friedensjahr 1913 wurden zum Beispiel nur 70,12 % der Arbeiterinnen erfaßt. Bei gleichem Verhältnis sind im 1. Quartal 1917 12 204 Arbeiterinnen nicht erfaßt; damit erhöht sich ihre Zahl von 40 842 auf 53 046. Der Durchschnittslohn

der Gesamtbelegschaft überstieg den der Arbeiterinnen im 2. Quartal 1914 bis zu 180,8 %, im 1. Quartal 1917 bis zu 155,2 %. Die Lohnspannungen waren im 2. Quartal 1914 in Oberschlesien, im 1. Quartal 1917 im Siegener Erzbergbau am größten. Aber auch in den anderen Bergrevieren kann von einer angemessenen Entlohnung der Arbeiterinnen und von einem gerechten Lohnausgleich nicht entfernt geredet werden. In allen angeführten Bergrevieren zusammen betrug im 2. Quartal 1914 der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen pro Schicht 1,44, der der Gesamtbelegschaft 4,08 Mark, im 1. Quartal 1917 der der Arbeiterinnen 3,04, der der Gesamtbelegschaft 6,94 Mark. Im 2. Quartal 1914 stand der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen mithin um 2,64 Mark, im 1. Quartal 1917 sogar um 3,90 Mark pro Schicht niedriger als der der Gesamtbelegschaft. Absolut hat sich die Spannung also auch im Durchschnitt aller angeführten Bergreviere noch ganz außerordentlich vergrößert.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung der Arbeiterinnen stehen in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Entlohnung. Nach der amtlichen Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen betrug die Arbeitszeit der Arbeiterinnen einschließlich Pausen 1913 in Oberschlesien für 7,0 % bis 8 Stunden, für 57,4 % bis 10 Stunden, für 21,9 % bis 11 Stunden, für 13,7 % bis 12 Stunden, in Niederschlesien für 1,2 % bis 8 Stunden, für 53,6 % bis 10 Stunden, für 45,2 % bis 12 Stunden, im Haller Braunkohlenbergbau 11,6 Stunden, im Haller Salzbergbau 9,2 Stunden, im Clausthaler Salzbergbau 11,3 Stunden, im Oberharzer Erzbergbau 9 Stunden, im Siegener Erzbergbau 11,4 Stunden, im Nassau-Wetzlarer Erzbergbau 10 Stunden, im Rechtsrheinischen Erzbergbau 11,6 Stunden, im Linksrheinischen Erzbergbau 12 Stunden. Es hatten danach insgesamt 386 Arbeiterinnen eine Arbeitszeit bis zu 8 Stunden, 3356 eine solche bis zu 10 Stunden, 1196 bis zu 11 Stunden, 1952 bis zu 12 Stunden, alle 6890 zusammen also eine Arbeitszeit bis zu 10,63 Stunden. Nur 5,6 % der Arbeiterinnen hatten mithin eine Arbeitszeit bis zu 8, dagegen 48,7 % bis zu 10,17, 4 % bis zu 11, 28,3 % bis zu 12 Stunden; durchschnittlich betrug die Arbeitszeit für alle Arbeiterinnen 10,63 Stunden. Beschäftigt werden die Arbeiterinnen mit fast allen über Tage vorkommenden Arbeiten, zum Beispiel beim Abschleppen der Förderwagen, beim Verladen der Kohlen und Erze, bei der Aufbereitung der Erze, in den Separationen und Wäschen der Kohlengruben, in Brikettfabriken und auf den Kokereien beim Verladen, Aufstapeln, Anfahren, Einstampfen, Transport usw. Alle diese Arbeiten sind äußerst schwer und schmutzig und erfordern große, robuste Kraft, die die Arbeiterinnen nicht besitzen. Sie müssen sich folglich übermäßig anstrengen, was eine schnellere und größere Erschöpfung zur Folge hat. Wie schwer die Gesundheit dadurch beeinträchtigt wird, läßt sich aus der Statistik leider nicht vergleichsmäßig ermitteln, weil ein großer Teil der Arbeiterinnen aus der Grubenarbeit ausscheidet, wenn die Kräfte versagen, das heißt bevor die gesundheitlichen Schädigungen in die Erscheinung getreten sind. In der Krankenstatistik werden seit 1908 die Krankenfälle und Krankentage für männliche und weibliche Arbeiter getrennt nachgewiesen. Einen guten Vergleich bieten schon aus dem angeführten Grund nur die Angaben über die Krankheitstage auf einen Krankheitsfall. In allen preußischen Knappschaftsvereinen sind in den Jahren 1908 bis 1913 folgende Durchschnittszahlen festgestellt worden:

Geschlecht der Kranken	Anzahl der Krankheitstage					
	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Männlich	16,0	16,9	17,2	17,2	16,9	16,2
Weiblich	23,7	24,0	25,7	23,9	23,4	23,6

Diese Zahlen geben doch zu denken. Herr Bergrat a. D. Ficus hatte auch zweifellos recht, wenn er anführte, alle Gründe, die gegen die Untertagsarbeit der Arbeiterinnen sprechen, ließen sich ebenso gut auf ihre Beschäftigung über Tage anwenden. Für diese Beschäftigung über Tage gilt auch, was damals bei der Behandlung seiner Petition im Bericht der Landtagskommission an das Plenum des Landtags über die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der unterirdischen Frauenarbeit gesagt wurde:

»Es ist kaum zu bezweifeln, daß, wenn beim Bergbau vielfach schon der Mann Leben und Gesundheit wagt und oft mit eigentümlichen, schlimmen Krankheiten kämpft, das Weib sich solchen Gefahren in weit höherem Maße aussetzt. Selbst die verhältnismäßig einfachsten Arbeiten, wie Füllen und Schleppen der Förderwagen, üben, besonders wenn sie in niedrigen Strecken stattfinden, auf den Organismus des Weibes nachteiligere Wirkungen aus als auf den des Mannes. Abortus, schwere Entbindungen und Totgeburten sind nach dem Zeugnis der belgischen Ärzte unter den Bergarbeiterinnen am häufigsten.«

Über die wirtschaftlichen Folgen der Frauenarbeit heißt es in dem Bericht: »Im allgemeinen sind die männlichen Arbeiter der Erweiterung des Arbeitsgebiets für das weibliche Geschlecht nicht günstig gestimmt; aber wenn von denselben jemals ein Beispiel der verabscheuungswürdigsten Beschäftigung für Frauen und Mädchen angeführt wird, so darf man darauf rechnen, daß als solche die ehemalige Weiberarbeit in den englischen Kohlengruben genannt wird. . . Der Widerwille der männlichen Arbeiter gegen die Mitarbeiterschaft der Weiber findet bis zu einem gewissen Maße seine volle Berechtigung in der Tatsache, daß Frauen, gerade wie Kinder, unter ungleich schlechteren Bedingungen Arbeit nehmen als Männer. Weiter wird in dem Bericht ausgeführt, im belgischen Kohlendistrikt Hennegau sank seit 1859 der Lohn der Bergarbeiterinnen, ihre Zahl sei unter Tage auf 8000, über Tage auf 3000 bis 4000 angewachsen. Der Generaldirektor des belgischen Bergwesens, Jochams, der empfehle mindestens die weiblichen Arbeiter unter 16 Jahren von der Bergarbeit auszuschließen, schreibt: »Meines Erachtens rührt diese Zunahme der Arbeiterinnen unter Tage von der Zunahme der Armut her, die durch gleichzeitige Arbeitsstockung und Teuerung der Lebensmittel entstanden ist. So suchen nun Frauen und Mädchen in Menge die Grubenarbeit als einzige Gelegenheit, um einen Beitrag zu den Kosten des Haushaltes zu erschwingen.«

Alles das gilt auch für die Frauenarbeit über Tage. Otto Hue urteilte 30 Jahre später, im Jahr 1900:

»Ein direktes Verbot der Beschäftigung weiblicher Arbeiter auf Bergwerken und in Hütten muß erlassen werden. Das ist dringend geboten im Interesse der Volksgesundheit. . . Daß die schwächeren Frauen hier auf leiden, ist wohl erklärlich. Mit der Untergrabung der Frauengesundheit tritt aber auch eine Verkrüppelung des Nachwuchses ein, und wer die schlesischen Bezirke, wo viel weibliche Arbeiter auf den Montanwerken tätig sind, bereist, wird ein erschreckendes Zurückbleiben der körperlichen Entwicklung der Jugend leicht feststellen.«²⁾

Wer sich nun nach alledem auch noch selbst ein Urteil darüber bilden will, wie die äußerst schwere und schmutzige Bergarbeit das Weib entwürdigt und gesundheitlich ruiniert, der befolge die Mahnung des Arbeitersekretärs Nikolaus Dölle auf dem preußischen Bergarbeiterdelegiertentag, 1905:

»Wenn Sie sehen wollen, wie das weibliche Wesen durch die Arbeit im Bergbau mit Füßen getreten wird, gehen Sie in die schlesischen Reviere oder kommen Sie

²⁾ Siehe Hue Mehr Bergarbeiterschutz I, Bochum 1900', Seite 27.

zu uns nach Mitteldeutschland, fahren Sie mit der Bahn von Halle nach Eisleben oder von Zeitz nach Weißenfels. Das sind keine weiblichen Wesen mehr, die auf den Gruben arbeiten, halb nackend, schmutzüberdeckt, Männerarbeit leistend, schwere Wagen schiebend.«³⁾

Ohne Widerspruch zu finden, konnte Hue in seinem Streit- und Mahnwort 1900 feststellen:

»Aus volkswirtschaftlichen Gründen ist die Frauenarbeit auf den Gruben und Hütten nicht zu rechtfertigen. Alle Gründe der Vernunft und der Humanität sprechen gegen sie. Sie verursacht zerstörtes Familienleben, Alkoholmißbrauch, Un-sittlichkeit, Verarmung und körperlichen Rückgang der betreffenden Arbeiters-schicht. Wo Frauenarbeit, da niedriger Männerlohn; wo Frauenarbeit auf den Montanwerken herrscht, da haben wohl die Werksbesitzer billige Arbeitskräfte, aber nur auf Kosten des Volkswohlstandes. Aus all diesen Ursachen entstand denn auch die Wirkung, daß die deutschen Berg- und Hüttenarbeiter aller Parteien for-dern: Fort mit der Frauenarbeit auf den Bergwerken und in den Hütten! Gesetz-liches Verbot derselben, keine Ausnahmebestimmungen!«⁴⁾

Die Kriegserfahrungen haben das alles noch schärfer hervortreten lassen. In der Beurteilung dieser Frage sind sich die organisierten Bergarbeiter aller Richtungen denn auch nach wie vor einig. Mit Kriegsnotwendigkeiten haben sie sich abgefunden. Aber in der nicht angemessenen Entlohnung und Be-schäftigung der Arbeiterinnen und anderen bedauerlichen Begleiterscheinun-gen sehen sie keine Kriegsnotwendigkeiten. Um so entschiedener werden sie aus kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen nach dem Krieg auf ihrer alten Forderung bestehen müssen. Da kann es keine Parteien geben, sondern nur Menschen, die um ihre bedrohte Selbsterhaltung kämpfen.

ELISABETH SIEWERT · DER TURM



INE halbe Stunde Ruhe am Tag; eine kurze Nacht in Schlaf dritten Ranges verbracht, in Träumen irrend, die wie Zusammen-gefügtes auf einem fremden Speicher sind? Welche Zumutung! Welch geringe Abschlagszahlung auf die volle Summe an Ruhe und Ergänzung, die mir zusteht! Ich will 100 Jahre hinter ein-ander auf einem Diwan liegen und nachdenken, schlafen und nachdenken. Ob noch 100 Jahre zureichen werden! Wenn erst die Ruhe recht anfängt, sich zu Vollberuhigung steigert, die Gedanken stark und hell werden und einer den andern an die Hand nimmt, so daß sie herrlich weite Gänge be-streichen, wenn die Träume sich reinigen, mir meinen eignen gefilterten Be-sitz bringen, was soll mir da irgendein Zeitbegriff?

Eine 10 Minuten dauernde Wonne in dem rasenden Gang und Schlag von Salzwasserwellen? Eine im Vorübergehen wahrgenommene Sprache von zwei hohen Pylonenkiefen in heiß übersonntem Kleinwuchs der Neuan-pflanzung? Welche Quälerei! Kosthappen von der, mir von Urzeit her vorgesehenen Festtafel, Winke der ursprünglichen Einsicht und Schönheit. Ode! wie ist es mit dem Eingehen in Sankt Marien und Sankt Johann? Was ist das, was sich mir da auftut, um mir Schmerz zu bereiten?

Es gibt so etwas wie diese großmächtigen Taten das Geistige und Heilige darzustellen und zu ehren. Draußen ist es kahl und grell, es legt eine trau-rige Windunruhe unter einem gleichgültigen Himmel. Die Stadt ist mürrisch und erbittert, sie ergibt sich dem Wüstentag; sie ist angenagt, abgemüdet,

¹⁾ Siehe das Protokoll des Bergarbeiterdelegiertentages für Preußen 1905 (Bochum 1905), Seite 104.

⁴⁾ Siehe Hue c, an dem in Note 2 erwähnten Ort, Seite 30.

ihr Arom ist schal geworden. So, da legen sich Backsteinmauern vor diese arme Fahrstraße, sie tun sich auf, und die wohlthätige Nacht öffnet sich und macht dem Verlangen Platz bis in die Unendlichkeit, die Freiheit der Himmel hinein. Der Vorgang des Sichaufklärens der Dunkelheit vor mir prägt sich meinem Sinn wohlgefällig ein als symbolisch für ein fernes, mir aber innig zugehöriges Seelenerlebnis. Nach wenigen Sekunden zeichnet sich grauweiße Struktur ab, mild und süß erscheint kunstreich gedachter, Pfeiler getragener, mit warm dunklem Zierrat, Fahnen, Altären geschmückter, gewölbter Raum.

Ach, diese transzendente Blume, diese weiße, große Rose ist Menschenwerk! Ich falle in die Blume, ich bin die Biene, um sorgfältig, umständlich lange ihren eingesenkten Honig zu saugen. Ich will 100 Jahre hier Biene sein und saugen und lauschen und fühlen, daß all diese Verwandlung himmlisches Dasein ist. Mögen mich die je hier laut gewordenen Hymnen und Litaneien tragen und schaukeln, heben und neubeleben, einweihen in das Wissen, das nottut.

Ich will den Abglanz der roten und gelben Scheiben oben in der Vierungswölbung streicheln und mich lösen im farbigen Widerschein und nichts verlangen und nichts beklagen. Danach lerne ich gewiß die Geduld und die Sanftmut und dann den Dank und weiter den Lobgesang, der mein ist und noch nie dagewesen, und schließlich brauche ich mich nicht vor der Lerche zu schämen, die dem stolzen, geistigen, ewigen Äther ihren irdisch eingekleideten Glückseligkeitsjubiläum so klug und kühn berechtigt zurückgibt.

Ich war nicht 100 Jahre in Sankt Marien und noch keine 2 Stunden allein versenkt in Sankt Johann.

Und wie war es auf der Klippe über der See? Was geschah da in der Einsamkeit? Hatte ich da vielleicht ein ausreichendes Mahl für meinen Hunger und die Vollberuhigung, in der mein Keuchen ganz zahm und gelöscht wurde?

Ich dachte, es müßte etwas mit meinen Augen geschehen, sie müßten sich verrenken. Mit eins wird ihnen viel zugemutet, sie werden von dem gewohnten Grund ganz und gar losgewurzelt und können nun sehen, wie sie mit Luft und Wasser fertig werden, mit Wasser, Wasser und Himmelsluft, die dem Wasser ganz nah verwandt scheint. Sie dehnen einfach ihr Sehfeld aus, die braven Augen, nichts weiter, ohne Beschwerden. Ach was, brav! Die Augen sind mehr als brav, sie sind hochgeboren, hochgewohnt, edelgezogen; eigentlich fühlen sie sich nur wohl im Großen und dulden benachteiligt, wenn sie nicht so viel wie hier oder die halbe Erde, nein, die ganze Erde und den Himmel dazu in sich aufnehmen können.

Mit kleinen, zärtlichen Küssen wird unten die weiße, stille, letzte Kante des Festen berührt, sonst glattes, blasses Schimmern weithin, o Gott, weithin das reiche, kühle Bad für das geagte, heiße Gemüt.

Das Meer ist nicht fremd, nicht trocken und in sich verschlossen, sein Mund atmet mit dem ihm zugehörigen einzigen Arom beladen. Auf einem nassen Stein sitzen freundlich Möwen. Ich bin mir und ihnen zu gleicher Zeit gut. Und der Fregattvogel kann ja im nächsten Augenblick kommen, im näch-

sten Traum oder im nächsten Leben. Ich stehe mit nassen Möwenfüßchen auf dem festen, gemütlichen Stein und nehme meinen Flug, wie es mir gefällt. Es scheint fast so, als ob ein Seehund in der Nähe des Möwensteins tauchte und spielte, da ist was Kopf- und Leibähnliches zu sehen und solch angenehmes Gewalle und Gepaddle; es wird kein Seehund sein. Gleichviel, ich habe die Freude der Seehunde. Irgendwo in noch weitläufigeren Gegenden tauchen und spielen sie. Ach, ich habe längst nicht genug Zeit mit Scherzen hingebraucht. Viele Kindheiten stehen mir noch aus mit den liebsten Gefährten in unerdenklich wonnevollem Spielen, Schweifen und Treiben. An Liebeleien soll es so bald kein Ende nehmen. Ich will im Blauen baden, im Weißen, im Regenbogenfarbigen, ich will geborgen sein in der heitern, schönen, spielerischen und zugleich ruhenden Welt hinter dem schrecklichen Augenschein, dem das Kainszeichen fiebernder Flüchtigkeit zugleich mit klumpiger Wucht anhaftet. Ich habe jetzt Frieden mit der Natur geschlossen, ich bin Teilnehmer an diesem unverabredeten Fest. Aus unruhigem, lumpigem Dilettantismus im Festefeiern schließe ich mich aber sehr bald selber davon aus und fange an ausgetretene Pfade herauf herab durch trockenen Rainfarn und veraltete Schafgarben zu steigen. Ginster, dem der Frost hart mitspielte, den die Sonne drangsaliert, sträubt sich um meine Füße. Ein durstender, fast winterlich lethargischer Kiefernwald läßt mich eintreten. Doch es ist kein Vergnügen in seinem Bereich. Wie ich das unfruchtbar Blaubeerkraut ansehe, die betäubten Farren, die elenden, viel zu oft nach Früchten durchwühlten Erdbeerblattsiedelungen, fällt mich mit einemmal der Schrecken über meine Zeit an und Widerwillen vor den Menschen, die vor mir hier gingen und wahrscheinlich so wie ich vor den Kopf geschlagen waren; gleich darauf meldet sich der Gram um mein vielbedürftiges träges, zu Verwilderung und Vertrauenslosigkeit neigendes Innenleben. Wahn und Fluch vergangener Tage tritt mit würgender Gewalt aus dem eben einmal geglätteten Boden. Die Gebirge der moralischen Welt sind wie auf Schiebewänden um mich herum aufgebaut; ihre Atmosphäre ist Gewissensnot; die Lungen mit ihr gefüllt, geht es auf- und abwärts in Tropfen von Menschenfüßen, die so und so für sich vorteilhaft Spuren traten zu kleinen Treppen; sie zwingen meine Füße zu den selben Schritten, mein Körper muß die nämlichen Wendungen ausführen wie sie meine Vorgänger für gut befanden. Zwang treibt mich durch diese peinvolle Welt; schrecklich und in ihrer Verdammtheit interessant ist sie ausgestattet mit Sumpfstellen, Schreckensplätzen, Irrgärten, Sackgassen, Kerkern aus langweiligen feindlichen Dickungen. Es will mir scheinen, als ob aus ihnen bunt angestrahlt Götzenbilder ragen, vor denen ich mich je demütigte. (Die Leiber einiger eigenwilliger, kahler Bäume geben sich dazu her sie darzustellen.) Ja wohl, alles, was mich umgibt, gehört zu meiner Sphäre, ich weiß nur zu gut Bescheid mit jeder Schattierung, jeder Verkleidung und Symbolik. Die Millionenschwärme der Gnitzen übernehmen es das großartig eintönige, anhaltende Geplärr meiner und anderer Leute Dummheit zu vollführen.

Wie rasch bergab es mit dem Schlechtgehen geht! Eben hatte ich Boden unter den Füßen oder vielmehr keinen, ich hatte Vertrauen und schwebte genießend, jetzt — dieses Sichüberallausgebreitetsehen im Argen, Ausgegogenen, Ausgetretenen ist schwer erträglich.

Aber nun kommt mir die Garbe einer späten Ernte, ein kleines Geschenk der

Reife: wie ich so erschreckt, bedrängt, krampfhaft emsig wie auf der Flucht gehe und steige, alles ansehe und durchschaue, was es meint, regt sich in mir eine andere, kostbare, honigsüße Angst, eine königliche Sorge um meiner Seele Genesung und Rettung, ihre Entfaltung und hohe Anerkennung; darin mischt sich das helle Wissen darum, daß es noch Zeit ist sie zu betreuen, daß ich Zeit habe zu allen endlich wichtigen Plänen. Und dann stürmt mein Herz in Dank für unbegreiflich groß und herrlich Gemeintes auf und wird still unter einem Strahl des Lichts, der es wie ein Wunder trifft.

Ach, ich bin nicht allein! Vor mir steigt und wandelt jemand und hält sein Herz und hebt die hagere Hand aufwärts. Überall, allerwärts durch solche Reviere, die einer Seele die Qual der moralischen Welt und ihren zurückzugewinnenden Glanz abschildern, geht eine einzige Pilgergestalt.

Für wie lange ging ich mit Dante auf den ausgetretenen, abstoßenden, verzwickten Pfaden der Adlershorster Klippen? Für wie lange war mir diese Umgebung eine deutliche Darlegung der unbegreiflichen Verwirrung und Befleckung der Innenwelt? Wenn es 20 Minuten waren, rechne ich es üppig. Es ist in allem so und kein Ende der Ungenügsamkeit und Flüchtigkeit.

Ich will trinken, wenn ich es denn überhaupt tue, um viel zu erfahren, um zu vergessen und die Lust meiner Geschwister, hauptsächlich meiner Brüder, zu verstehen. Ich will 10 Jahre lang oder besser noch 50 mich nur dem Tanz hingeben. Träumen will ich, aber ersten Ranges, 100 Tage und Nächte hinter einander, um mich in das Urheimatliche einzugewöhnen, um nicht wie ein ausgestoßener Königssohn vor dem Palast meines Vaters liegen zu müssen. Dann und wann, nach langem Lungern, bekommt der wohl eine Perle, eine Frucht, ein Bildchen, ein Stückchen Honigwabe zugeworfen, der Genuß aber an diesen Herrlichkeiten wird ihm durch das kränkende Ahnen verdorben, daß er seiner Torheit verdankt, wenn er nicht mit bei Tisch im hohen Saal sitzt und schmaust.

»Ich bin nicht stark genug am Hohen mich zu laben.
Doch kein Vergnügen sind mir niedre Gaben;
So muß ich, wartend auf ein schönes Haben,
Durch graue Tage, leere Nächte duldend traben.«

O Maßstab, mit mir gehender, mir innewohnender Maßstab für die Gewalt und Größe dessen, was Leben heißt!

Der scheinotote Sinn errötet wohl einmal im wahren Sonnenaufgang, er will gesund und klug werden; da sinkt der Glanz, er ist wieder kalt und eingesargt in dem erschreckend ausgebreiteten, von Gestalten, Kräften, Formen und Spuk wimmelnden leiblichen Tag, in den er hineingezaubert wurde wie die Sage der Sagen.

Also: Ich erkläre, daß mir dies alles nicht genügt, es hat mir nie genügt und wird mir nie genügen.

Nein doch, es gibt ein Ende des Darbens und der Flüchtigkeit. Ich bin durchaus nicht dazu verdammt vor Größenwahn zu keuchen; ich besitze etwas in größtem Stil: in meiner Lebenslandschaft steht ein Turm, in jedes Menschen Lebenslandschaft steht ein Turm. Es ist die vollste Sicherheit gegeben, daß wir ihn ersteigen, einnehmen werden bis zu seiner äußersten Spitze, so kolossalisch, so ägyptisch riesenhaft, götterhaft er auch ist.

Von welcher Seite aus ich meine unruhig gewellte, zerstückelte, nachlässig und sprunghaft bestellte Feld-, Hain- und Wiesenlandschaft durchstreife, immer gerate ich wie gegen eine Wand, die ist der Sockel meines Turms; ihn schmücken Bildwerke. Da hört doch alles auf! Wie kann in meiner nördlichen, übersichtlichen, einfachen Landschaft so etwas, so ein Gebirg von einem Bauwerk stehen? Ich schwindele zu übermenschlichen, plastischen Beinen und Knien auf und komme zu einem Gesicht, dessen Mund lächelt. Dieses Lächeln ist das einzige, was mir verständlich ist und heimisch anmutet. Da sitzen mehr Göttergestalten; hier scheint ein Stelldichein von allem überlebensgroß Gedachten. Und das Sonderbarste ist: Dies Monstrum gehört mir, das weiß ich. Wenn es eine Möglichkeit gäbe, daß einem einzelnen Menschen der Kölner Dom geschenkt werden könnte, so wäre das ein schwaches Bild des Erdrücktseins, das den komisch armseligen Besitzer vor seinem Riesenbau befällt; er wird kopfschwach, aus seiner Hand fällt der Maßstab, mit dem er keuchend herumliief. Er sieht mit schwindelnden Blicken höher hinauf, da ist ihm, als wären da hängende Gärten in breitem, starkem Goldglanz mit Frucht- und Zierbäumen, Altären, aufragenden Anbetergestalten. Und die verborgenen Innenräume? Zoll für Zoll getränkt mit Bezug zu seinem innersten Sein, dessen ist er sicher; Pracht und Feierlichkeit seine. In schieferblauen Schattenwelten verliert sich das Weitere des Turmes, leise belebt von unendlichen plastischen Gestalten.

War es nicht besser, als ich dies Bauwerk für eine historische, fremde Erscheinung nahm, die in meinen Horizont nicht hereingehört? Oder für eine Vision, der ich keine Form und Bedeutung für mich zubilligte? Fast war es besser, als ich dachte, es sei eine Art von Räuberfestung, viel zu schauerlich und gefährlich, um sie näher zu betrachten. O, du mit deinem Maßstab, dein eigenster, größter, bester Besitz überwältigt dich. Da wirst du wohl ein Bettler bleiben und ein Narr dazu, der um das Große für sich jammert und barmt, es besitzt und nichts davon wissen will aus bürgerlicher Furcht, aus Gewohntsein an das Genrehafte. Doch den Schatten meines Turmes, der wie eine gute, magische Nacht über meine grellen Beetchen und Feldchen und Wäldchen fiel und da Mißwachs und Zerstörung und Geilheit, alles mit einander deckte und verlöschte, liebte ich immer; die Ausstrahlungen und Einflüsterungen des Großen, die je und je in meine Träume und Wachbilder eindringen, waren mir wohl wertvoll, nur war dies Wirken stets eingekleidet, ah, um Tränen darüber zu vergießen, so fein und tief und schön eingekleidet. Ein Genius der Zuversicht und Hoffnung hüpfte in mir, während ich hinschreibe: jetzt verstehe ich die Bewandnis meines Turmes zu deuten, jetzt weiß ich etwas von seinen Praktiken, Geheimnissen, seinem götterhaften Wirken. O Tod, mein Tod! Wenn mir der Gedanke an dich am Großkampftag meines Lebens kommt, ziehen sich mir die Mundwinkel beseligt fast bis unter die Augen. Du bist mein Turm; auf deine oberste Plattform zu geraten und da frei zu werden von allen Jahres-, Tages- und Notzeiten und darauf von dem einzuheimsen, was hinter ihnen liegt und wichtig ist, das versprichst du mir. Ei, das ist doch noch mal eine sichere, unverlierbare, nicht zu überbietende Freude!

In den Schrecktraum gestern Nacht floß diese Freude triumphierend herein. Mit eins bin ich in niedrige Räume geraten wie Tuschzeichnungen in Grau und Schwarz; nicht eine Farbe, nirgends Licht. Keine Hilfe, kein Ausweg.

Immer gleiche Räume, nur daß die Hoffnungslosigkeit in jedem stärker einwirkt, das Gemunkel von einem schmachhchen Ende, das mir bevorsteht, zunimmt. Ich werde niemals mein gutes angestammtes Bett wiederfinden, mir ist jammervoll bange danach. Jeder kurze, zitternde Schritt führt mich tiefer in eine plötzliche, unverdiente, elende Vorlorenheit. Böse, glühende, grüne Sternbilder in einem holzbraunen Himmel sehen mich mit eins aus einer Luke an. Alles ist feindlich und verkehrt. Der Anblick der Himmelsöde draußen wirft mich auf mich selbst zurück; nichts als Entsetzen und Hilflosigkeit ist in mir. Ich bewege mich weiter von Angst zerrissen. Durch einen andern Ausblick zeigt sich mir in matter Mondscheinbeleuchtung ein Gebiet von steilen Kerkermauern, Kasematten, aalglatten Wasserkanälen, flachen Dächern, starrem, gradlinigem Mauerwerk; eine verwirrende Anlage und nirgends ein Ausweg.

Also war es auf mein Zugrundegehen abgesehen. Ich bin der Mensch, der zum Verschmachten auserlesen ist.

Nun ja, nun ja, nur ein bißchen Zeit, so viel Zeit, um mich an einiges zu erinnern. Vor mir sind viele Brüder je und je so jammervoll verlassen umgekommen. Der Geist hat das ja oft genug überdenken müssen. Was ist das: Geist? Was ist das doch? Das Grausen, das Bänkelsänger erregen, ist jetzt bei mir, die berühmte Furcht lebendig begraben zu werden, schmeckt so, diese Empfindungen haben mit dem Geist nichts zu tun, es sind eher Fallstricke. Mitleidübersättigt bin ich längst, es ist mir ein hoher Überdruß mit mir selber dies äußerste Mitleid haben zu müssen.

Ich sehne mich nach der Freiheit, die mir zusteht, wenngleich ich in der Klemme stecke. Sachte, wie von ferne meldet sich die Erinnerung an die Begriffe: Seelengröße, Seelengleichmut. Damit nimmt das Wunderbare die Führung. Nun? Jetzt fühle ich, wie mein entstelltes Herz wieder seine richtige Form bekommt; ich habe bewegtes magisches, schön gefärbtes Blut in den Adern. Aha, jetzt fliegen die Mundwinkel in die Höhe: zwischen mir und meinem Turm sind ein paar Schleier weniger als sonst, so steht es. Und ist es nicht einerlei, ob ich ihn gewissermaßen behaglich und ordnungsgemäß besteige oder in plötzlicher Bedrängnis auf ihn fahre? Tod, mein Tod! Jetzt kommt die Riesenfreude über mich und setzt alles in Licht und Glück.

Ich weiß es, noch im Traum schätzte ich an mir, daß statt der alltäglichen Angst, diese feiertägliche goldene triumphierende Freude bei mir auftrat. Diese Selbstbeobachtung zerriß den Traumwahn. Ich fand mich am Fenster stehend, vor mir mein gewohntes Stadtbild hinter jungen Parkanlagen, alles wie zu einem mattbunten Guß geronnen unter einem metallisch grünblauen, im Aufhellen begriffenen Firmament.

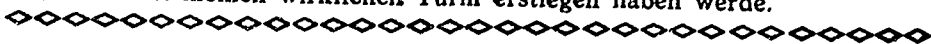
Immer versprechen mir Türme so viel. Ich sah oben an einem Wasserturm im Sande das flach ausgebreitete Blattwerk des Fuchsweins schauern. Ja, wenn einer da oben allein sein sollte, müßte er ein anderer sein als er unten herumläuft. Sein innerster Mensch müßte sich hervorgekehrt haben und Herrscher geworden sein; er müßte die Ungeduld, Zerstreutheit, Geschäftigkeit los sein und manches andere. Zu Besuch kommt dann gewiß zu ihm, wenn er recht lange allein war, ein göttliches Wesen, das eigene höhere Wesen. Richtig, es kommt. Die Freude daran — ach was, die Gewalt der

Seligkeit ist so groß, das entsetzlich schneidende Elend, wenn es geht, so unerträglich, daß einer da oben wünscht wieder herabzukommen in das unsichere Behagen, das seelenkränkende Getümmel von vielerlei Geringem. Oder aber einer ist klug und sagt sich: Die Einsamkeit und den Jahrmarkt krönt ein Letztes; sieh zu, daß du dich herzlich damit befreundest, wie und wo auch immer.

Ich könnte ein dutzendmal hinter einander sagen: Wahr, wirklich, gewiß, wahrhaftig. Was denn? Dein Tod. Im Sagen erweitert es sich herrlich: Dein Gott, dein Leben, dein Tod. So viel Liebe zusammengenommen sprengt den Augenschein; die bitterliche Erde wird kindlich süß, das Hinnehmenmüssen von Flüchtigkeit, Ungenügen, quälendem, peinlichem Wissensdurst wird leicht.

Recht blühend ist die Freundschaft mit meinem Wunderturm. Er bleibt der Schenkende, Geheimnisreiche, der Mutmacher. Seine Brüder von Stein und Mörtel sind mir in allen Gestalten teuer. Mein Turm grüßt alle Erdentürme, die plumpen, fensterlosen Türme alter Dorfkirchen ganz besonders innig. Ich sah einen mit hellen und dunklen Backsteinflächen, auf denen das Schattenbild jung belaubter, alter Bäume auf Lichtgrund lag und spielte. Was war nur daran, was mich so nahe anging? Meine letzte und beste Freude sprach aus einer leeren Bogennische über den Bäumen. Auch Fabrikschornsteine, besonders wenn sie im Bau sind, lieb' ich. Wenn da oben ein kleines Kerlchen oder zwei arbeiten, die doch aus ihrer schönen Entfernung herunterkommen und die Steine zurücklassen werden, die nun ihr eigenes Dasein führen, fühlt meine Phantasie einen Zuschub aus jener großen gottnahen Region. Das frei in der Luft stehende Tempelchen auf einem Villeneckbau kann viel ausdrücken. Vielleicht das: Bist du ein Geist, dann bist du über der Historie. (Das tut recht gut zu erfahren in Tagen, die sich mit Historie übernehmen.)

Früher, das sagte ich schon, kleidete sich das Dasein meines Turms wunderbar und schön in Traum- und Wachbildern ein. Ich hatte Scheu vor ihm und meinte, ich müßte das Große in meinem flachen, zahmen Land erst mal aufrichten; in schmerzlich ringenden Gedichten baute ich mir einen Turm aus roten Ziegelsteinen in dem Wiesengras, so hoch bis in die Sommerwolken hinein, und oben ließ ich Nelken blühen, rote Nelken einen ganzen Garten, Nelken mit blauem Laub, die die Neigung haben in Wellenlinien aufrechtzustehen und sich vom Wind gekämmt in Garben niederzulegen. Ich war ein Knabe, erstieg den Turm, in kaltem Mauerwerk herauf keuchend, bis mich der Wohlgeruch der Nelken tröstete und die einsame, herrliche Insel der Zinne im milden Gewölk erreicht war. Wir flehten, sie sollte kommen; mein erweitertes, erhöhtes Leben sollte kommen. Traumlicht und Traumbereitschaft ging ihr voraus. Sie kam mit dem Speer in der Hand, Blumen im Gewand, nach Art einer Griechengöttin. Es trat zutage, daß ich dahin verschleppt war in griechische, uneinnehmbare Bezirke. Doch der erdichtete Besuch eines Abgesandten aus der Region der Künste und Religionen lehrte mich viel, er gab einen Vorgeschmack zu dem Fest des Miteinanderseins, des herrlichen Handgemenges, des Sichererkennens und Sichverstehens späterhin, wenn ich meinen wirklichen Turm erstiegen haben werde.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Julius Kalisk

Frankreich und Deutschland | Der Großindustrielle Peter Klöckner hat in der letzten Generalversammlung des Hasper Eisen- und Stahlwerks für eine Angliederung der besetzten Gebiete von Briey und Longwy plädiert. Er begründete diese Annexionsforderung dort und später in einer Zuschrift an das Berliner Tageblatt mit der Pflicht für die deutsche Eisenindustrie eine Erzreserve zu schaffen, da die Erzvorräte Deutsch Lothringens in etwa 50 bis 60 Jahren erschöpft sein würden. Frankreich dagegen verfüge über einen Bestand von rund 10 Milliarden Tonnen Eisenerz, wobei die Kolonien nur mit etwa 400 Millionen angenommen seien. Von diesen 10 Milliarden enthalte das französische Becken Briey-Longwy ungefähr 3 Milliarden, so daß Frankreich, wenn dieses Becken an Deutschland abgetreten werden würde, immer noch über 7 Milliarden Tonnen und damit die beste Versorgung mit Eisenerzen bezielte.

Den Klöcknerschen Schätzungen über den Umfang unseres eigenen Erzvorkommens werden von verschiedenen Seiten Zweifel entgegengebracht. Aber auch wenn sie im wesentlichen zuträfen, erwiesen sie keineswegs die verlangte Annexion als eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland. »Wir haben«, führt die Wirtschaftszeitung der Zentralmächte vom 28. September 1917 aus, »die großartige Expansion unserer Eisenindustrie zu einem Teile mit Käufererzen speisen müssen, die wir aus Frankreich, Spanien, Schweden, Nordafrika bezogen. Darin liegt an sich noch keine Schwäche und auch für die Zukunft so lange keine Gefahr, als wir darauf rechnen können weiterhin genügend Käufererze für unsere Hochöfen zu erhalten. Nun ist zwar zuzugeben, daß in verschiedenen Ländern, aus denen wir früher Erze bezogen haben, nationalistische Bestrebungen hervorgetreten sind, die darauf hinzielen ihre Erzschatze mehr als bisher im eigenen Lande zu verhütten. Ob diesen Bestrebungen aber ein durchschlagender Erfolg zuteil werden wird, erscheint uns zweifelhaft, so lange die deutsche Koks-erzeugung gewissermaßen den Schlüssel zu jeder großen Eisenindustrie in Europa darstellt. Ohne unsere Kokslieferun-

gen kann sich keine wirklich starke Eisenindustrie in Europa, abgesehen von England, das seinerseits aber über namhafte Koksüberschüsse für den Export nicht verfügt, entwickeln. Wir haben also jederzeit mit unseren Kokslieferungen einen starken Trumpf in der Hand. Gewiß bleibt die Bedeutung einer Verstärkung unserer Erzreserve für die Eisenindustrie und die Gesamtwirtschaft auch unter diesen Umständen bestehen. Aber der Weg, den Klöckner zur Erreichung des Ziels empfiehlt, würde zur Gefährdung so hoher Güter führen, daß diese Annexionsforderung unbedingt zurückgewiesen werden muß. Was die Rohstoffsicherung erfordert, um die Produktivität Deutschlands in Zukunft entwickelungsfähig zu halten, bleibt dabei nicht außer Betracht. Es ist gerade in den Sozialistischen Monatsheften die Sicherung subtropischer Gebiete für die Gewinnung von Kupfer, Baumwolle, Pflanzenfetten und anderen wichtigen Produkten schon lange vor dem Krieg als Pflicht des Reichs festgestellt worden; so daß das Verständnis für derartige Produktionsfragen an dieser Stelle nicht erst nachgewiesen zu werden braucht. Hier aber steht gleichzeitig eine Grundfrage unserer gesamten Zukunft zur Entscheidung: Eine Abtrennung französischer Gebiete würde Frankreich dauernd an England ketten. Will Deutschland seine weltpolitische Stellung und weltwirtschaftliche Tätigkeit behaupten und erweitern, dann darf es diesen Zustand nicht nur nicht bewußt heraufbeschwören sondern muß im Gegenteil alles daran setzen Gegensätze zwischen den kontinentaleuropäischen Staaten zur Verteidigung der eigenen und in Wahrheit gemeinsamen Interessen dieser Länder auszugleichen. Durch die Erlangung einer wirklichen Unabhängigkeit von den angelsächsischen Mächten wird Deutschland jederzeit instand gesetzt werden alle notwendigen Erzzufuhren zur Ergänzung eigener Erze heranzuschaffen. Das allein schon ist das größere Ziel. Deutschland hat auch ein wohlverstandenes Interesse die industrielle Entwicklung Frankreichs sich kräftiger vollziehen zu sehen. Durch den Bedarf Frankreichs an Kohlen wird die Neigung zur Abgabe von Erzen an Deutschland entsprechend steigen. Aber auch ganz davon abgesehen muß Deutschland an der Entfaltung der

wirtschaftlichen Kräfte Frankreichs gelegen sein, um die gemeinsamen Produktionsinteressen der kontinentaleuropäischen Länder gegenüber den Bestrebungen der angelsächsischen Imperien auf dauernde Suprematie zu festigen. Ein industriell verkrüppeltes Frankreich hätte, von politischen Revanchewünschen ganz zu schweigen, schon rein wirtschaftlich kaum eine andere Möglichkeit als sich an England anzulehnen, um die Höhe seiner Lebenshaltung überhaupt aufrechterhalten zu können. Dadurch würde Frankreich endgültig der große englische Brückenkopf auf dem europäischen Kontinent sein, und England hätte außerdem noch die Anwartschaft auf die französischen Kolonien, die Frankreich dann auf die Dauer nicht halten könnte. Ein britisches Nordafrika würde aber unsere eigene Kolonialzukunft sehr verringern. Die Interessen eines produktiv aufstrebenden Frankreichs würden dagegen den deutschen Zukunftsinteressen in Europa und übersee parallel laufen. Wobei noch zu berücksichtigen ist, daß mit einer Veränderung der innern Struktur Frankreichs durch eine Industrialisierung die französische Politik eine England abgewandte, daher uns günstigere Richtung einschlagen würde. Leicht wird eine Aussöhnung mit Frankreich nach einem Krieg ja auch dann nicht sein, wenn Briey und Longwy unangetastet bleiben. Aber die Politik eines Siebzigmillionenvolkes darf nicht nur auf die allernächste Zeit eingestellt werden. Wenn wenige Jahre nach Faschoda die Entente cordiale zwischen England und Frankreich Wirklichkeit werden konnte, so wäre es doch recht kurzfristig an der Möglichkeit eines deutsch-französischen Ausgleichs überhaupt zu verzweifeln. Wie bei der Frage der östlichen Orientierung unserer Politik, so dürfen wir auch bei der Gestaltung unseres Verhältnisses zu Frankreich nicht durch das Streben nach augenblicklich sichtbaren, aber nicht entscheidenden Erfolgen uns die größere Zukunft gefährden.

Zusammenlegung

Als Zweck der Zusammenlegung industrieller und handwerksmäßiger Betriebe wird gemeinhin die Ersparnis an Kohlen und Arbeitskräften zur Sicherung der Kriegsführung angegeben. Diese Zweckbestimmung umschreibt indessen noch nicht das ganze anzustrebende Ziel. Denn die Aktion, die naturgemäß zum Teil recht einschneidende Eingriffe er-

fordert, wird und kann sich nicht nur auf die Dauer des Krieges erstrecken. Bei den wichtigsten Maßnahmen der Kriegswirtschaft scheint man immer noch von der Fiktion ausgehen zu wollen, als ob die Rückkehr der wirtschaftlichen Verhältnisse, mit denen wir vor dem Krieg zu rechnen gewohnt waren, nach einem Friedensschluß die Frage weniger Jahre sein werde. Es würde sich bitter rächen, wenn sachliche Entscheidungen über die Gestaltung der sogenannten Übergangswirtschaft durch derlei Erwägungen wirklich bestimmt werden sollten. Am besten sollte die Vorstellung, die mit der Bezeichnung Übergangswirtschaft verbunden ist, ganz aufgegeben werden. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir auf vielen Gebieten des Wirtschaftslebens ein völlig veränderten Bedingungen der Produktion und des übrigen Betriebs anpassen müssen, wenn die ungeheuren Verluste des Krieges eingeholt werden sollen. Es gilt die neuen Grundlagen möglichst schnell und planmäßig zu schaffen, denn für die meisten Industrie- und Handelszweige kehrt die Zeit vor dem 1. August 1914 nicht mehr zurück. Die Notwendigkeit gebietet überall die rationellsten Produktionsmethoden durchzusetzen und jede Vergeudung von Menschenkraft, Rohstoffen und anderen Werten wirksam zu unterbinden.

So gesehen erlangen die Zusammenlegungen von Betrieben erst die volle Bedeutung. Daß sich gegen ihre Durchführung Bedenken und Widerstände geltend machen, ist nicht verwunderlich. Um so unentbehrlicher ist es Klarheit über ihr eigentliches Wesen zu schaffen. Von der Düsseldorfer Handelskammer ist in diesen Tagen eine Resolution angenommen worden, die sich gegen jede Zwangssyndizierung ausspricht und »im Interesse des technischen Fortschritts und der Wirtschaftsfreiheit« die »Beweglichkeit« der Syndikate verlangt, die »auf dem freien Entschluß der Beteiligten aufgebaut bleiben« müssen. Diese Erklärung entspricht im wesentlichen den Auffassungen, wie sie von den meisten Industrie- und Handelsvertretungen ausgesprochen werden. In ihrer Übereinstimmung verkennen sie die wirtschaftliche Notwendigkeit, die zu Zusammenschlüssen zwingt, und bei denen es nicht nur auf augenblickliche Ersparnisse sondern auf die Gewährleistung einer Steigerung der Produktivität durch rationelle Betriebsführung für die Dauer ankommt. Deutschland verfügt

über das ausgedehnteste Netz von Kartellen, Syndikaten und Konventionen, ein Umstand, der nicht zuletzt zu der überaus erfolgreichen und ruhigen Umstellung von der Friedens- in die Kriegswirtschaft beitrug. Die an den Kartellen beteiligten Wirtschaftsgruppen wissen am besten, daß alle die verschiedenen Verbände nicht durch Deklamationen zustande gekommen sind, die alle Interessenten zum einmütigen Anschluß bewogen, sondern daß es oft sehr energischer Mittel bedurfte, um Kartelle oder ähnliche Gebilde zu schaffen. Vergißt man diese Entstehungsgeschichte nicht, so wird man auch den Charakter von Zwangskartellen, die auf Anregung oder unter Führung des Kriegsamts gebildet werden, nicht so gründlich verkennen wie es jetzt häufig geschieht. Scheute man sich nicht zur Wahrnehmung privatwirtschaftlicher Interessen Zwangsmittel anzuwenden, wo aus Verständnislosigkeit oder anderen Motiven die Geneigtheit zum Kartellanschluß ausblieb, dann muß man sich um so eher mit Zwangssyndikaten aussöhnen, die der Gemeinwirtschaft dienen. Je mehr und je eher die für die Betriebszusammenlegungen in Betracht kommenden Unternehmen aus eigenem Entschluß ihre Maßnahmen durchführen, um so sicherer werden sie die erstrebenswerte Selbstverwaltung behaupten. Dem Staat verbliebe dann nur ein Aufsichtsrecht, das zu fürchten kein Anlaß vorliegt.

Kriegspublikationen Eine gute Orientierung in knapper Darstellung über die vielgestaltige Organisation unserer kriegswirtschaftlichen Nahrungsmittelbeschaffung und -verteilung gibt Carl Heinrich Reemtsen in einer Arbeit Die Organisation der Lebensmittelversorgung im Kriege, die in der Sammlung Volkswirtschaftliche Zeitfragen /Berlin, Simion/ erschien. Von der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts liegen weitere Hefte als Beiträge zur Kriegswirtschaft vor: Die Massenspeisungen von Hans Krüger und Gustav Tenius und Die Heeresverpflegung von Fritz Hartmann. Das Material ist gut durchgearbeitet. Im Anschluß an eine vergleichende Darstellung der Produktionskraft der Landwirtschaft in Deutschland, England, Frankreich, Rußland und Italien stellt Michael Horlacher in einem Heft der Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen /Stuttgart, F. Enke/, betitelt Kriegswirtschaft und Lebensmittelteuerung im In- und Ausland, eingehende

Untersuchungen über die Lebensmittelteuerung im Inland, in den gegnerischen und neutralen Ländern an. Es ergibt sich, daß Deutschland bei Getreide, Mehl, Brot, Kartoffeln, Milch, Käse und Butter niedrigere, zum Teil wesentlich niedrigere Preise aufzuweisen hat als das Ausland. Anders als die Frage der Lebensmittelteuerung beantwortet sich freilich die der Lebensmittelversorgung. Die von dem Verfasser gegebenen Zahlenvergleiche sind sorgfältig durchgeführt.

Mit starkem Optimismus beurteilt der Bonner Professor Heinrich Mannstaedt (Hochkonjunktur und Krieg /Jena, Gustav Fischer/) die Wirtschaftsaussichten nach Friedensschluß. »Blickt man auf die Arbeitsfülle, die nach dem Kriege vom Wirtschaftsleben bewältigt werden muß, dann ist es gar nicht zweifelhaft, daß das Gesamtbild der Hochkonjunktur entsprechen wird. Zu den Aufgaben, die nicht alle aufgezählt werden können, gehören die Wiederherstellung der Schlagfertigkeit des Heeres und der Marine, die im Krieg unterlassenen Erneuerungsarbeiten in Landwirtschaft, Industrie und Verkehr (ganz besondere Aufgaben wird der Schiffsbau erwarten dürfen), ferner die Wiederauffüllung der zum Teil völlig geräumten Vorräte und Warenlager aller Art usw. Auch das Ausland hat erheblichen Bedarf bei aufgespeicherter Kaufkraft. . . Zwar scheiden die Ersatzkräfte: die Gefangenen und ein mehr oder minder großer Teil der Frauen, wieder aus. Jedoch mit Rücksicht auf die verringerte Leistungsfähigkeit der rückkehrenden Krieger einerseits und die Fülle der Aufgaben andererseits wird die Gesamtzahl der Arbeitskräfte erheblich hinter dem Bedarf zurückbleiben.« Auf die Riesenaufgaben, die nach dem Kriege der Lösung harren, wollen Labor und Löwe (Wirtschaftliche Demobilisation /Berlin, Kriegswirtschaftliche Vereinigung/) hinweisen, um alle Kräfte für das Werk des Umbaus rechtzeitig aufzurufen. Die Verfasser wollen nur die Probleme stellen. Das Ziel ist ihnen die Erreichung des Gleichklangs von Sozialpolitik und Dividendenpolitik. »Derjenige Staat unter den Kriegführenden, der unter dem Schutz seiner gesunden Sozialpolitik sich als erster wieder einen kräftigen Stamm von Qualitätsarbeitern herangezogen haben wird, der im Inlande und im Arbeitsverhältnis politisch und wirtschaftlich Ruhe hat und ungestört mit höchster Kraftentfaltung produzieren kann, wird auf dem heimischen wie auf dem Weltmarkt Sieger sein.«

Kurze Chronik Der Seniorchef des Berliner Bankhauses Mendelssohn & Co., Robert von Mendelssohn, ist am 20. August in seinem 60. Lebensjahr gestorben. Auch gegenüber dem wachsenden Einfluß der Großbanken verstand Robert von Mendelssohn die Bedeutung seines Hauses zu wahren. Eine besondere Stellung wußte die Firma in der Finanzverbindung mit Rußland und damit auf dem Markt für russische Werte zu behaupten. Von dem großen Mendelssohnschen Familienvermögen entfielen etwa 25 bis 30 Millionen auf den Privatbesitz des Verstorbenen. Robert von Mendelssohn war eine sympathische Persönlichkeit, von künstlerischen Neigungen und Fähigkeiten, in aller Stille für Wohlfahrtspflege wirkend, gabgaben Künstlern ein werktätiger Mäzen. Der Seniorchef des Bankhauses ist jetzt sein jüngerer Bruder Franz von Mendelssohn, der Präsident der Berliner Handelskammer. \diamond Um 60 auf 260 Millionen Mark erhöht die Dresdner Bank ihr Grundkapital zur Aufnahme der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft in Aachen, deren Aktienkapital 95 Millionen Mark beträgt. Zugleich übernimmt die Dresdner Bank die Märkische Bank, von deren 9 Millionen Aktienkapital sich schon der größere Teil in ihrem Besitz befindet \diamond Nach dem Geschäftsbericht der Stahlwerke Richard Lindenberg Aktiengesellschaft in Remscheid-Hasten sind während der beiden letzten Jahre in Deutschland und Österreich-Ungarn 10 Elektrostahlanlagen des Systems Lindenberg errichtet worden. Weitere 11 Anlagen mit einer Jahresleistung von insgesamt 220 000 Tonnen befinden sich noch im Bau. \diamond In der Zinkindustrie wird nach dem Krieg mit einer wesentlichen Produktionserhöhung und verstärkter Konkurrenz Japans gerechnet. Durch die Absperrung Deutschlands und Belgiens wurde der Bezug überseeischer Erze für Japan frei, das die schon vor dem Krieg bestehenden Ansätze zu einer Zinkindustrie nun ganz bedeutend ausgestalten konnte. \diamond Die Schultheißbrauerei in Berlin erhöht ihr Grundkapital um 2 auf 17 Millionen Mark und nimmt die Spandauerbergbrauerei auf, deren Aktienkapital 4 Millionen Mark beträgt. Es kommt dabei in erster Linie die Erlangung des Kontingents in Frage. Durch den starken Konzentrationsprozeß im Brauereigewerbe während des Krieges ist für die Zusammenlegungen wesentliche Vorarbeit ge-

leistet worden. \diamond Die englischen Kupferproduzenten planen einen Zusammenschluß und als ersten Schritt dazu die Bildung einer Zentraleinkaufsgesellschaft und einer Verkaufsgesellschaft für die Ausfuhr. Die Bleiproduzenten und die Industrie elektrischer Maschinen verfolgen ähnliche Absichten. \diamond Die Schweizerische Kohlenzentrale trat am 22. September unter dem Vorsitz des vom Bundesrat ernannten Ständerats Paul Scherrer (Basel) ins Leben. Die Aufgabe dieser Aktiengesellschaft ist die Versorgung der Schweiz mit Kohle und deren Verteilung an die Konsumenten; auch liegt ihr die Durchführung des mit Deutschland am 20. August geschlossenen Wirtschaftsabkommens ob. \diamond Die Regierung der Vereinigten Staaten schrieb den Eisen- und Stahlproduzenten Höchstpreise vor.

Literatur Eine systematische Untersuchung des gesamten bargeldlosen Zahlungsverkehrs liegt in dem Buch F. Schmidts Der bargeldlose Zahlungsverkehr in Deutschland und seine Förderung vor /Leipzig, Teubner/. Der Verfasser beschränkt sich nicht auf eine Schilderung der vorhandenen Einrichtungen sondern legt auch ihre Mängel dar und unterbreitet eine Reihe von Vorschlägen für einen bessern Ausbau. Er erblickt eine außerordentlich wichtige Aufgabe der Organisation des Zahlungsverkehrs darin: alle vorhandenen Konten über Geldanlagen in wirksamster Weise so an das Netz des bargeldlosen Zahlungsverkehrs anzuschließen, daß auf jedes dieser Konten bargeldlose Ein- und Auszahlungen verrechnet werden können.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Reichsernährungsamt Die Neuorganisierung des Reichsernährungsamts bedeutet nichts anderes als seine Umwandlung in ein Reichsernährungsamt mit dauerndem Bestand. Es unterscheidet sich in nichts mehr von den anderen Reichsämtern. Der Leiter des Amts ist dem Reichskanzler unterstellt, er ist zum preußischen Staatsminister und Mitglied des Staatsministeriums ernannt worden, und es wurden ihm 2 Unterstaatssekretäre beigegeben. Daß der erste sozialdemokratische Unterstaatssekretär in Deutschland, Genosse August Müller, seinen Wirkungskreis gerade auf dem Gebiet der Volksernährung hat, mag für den Kurs des Ganzen symbolisch sein.

Die Regelung der Lebensmittelversorgung ist damit zu einer staatlichen Einrichtung geworden. Es ist ja auch niemand mehr darüber im Zweifel, daß die geschaffenen Lebensmittelorganisationen zu einem wesentlichen Teil wenigstens, noch Jahre hindurch weiter bestehen müssen, auch wenn der Friede bald kommen sollte. Nach einem amtlichen Verzeichnis vom 20. Januar 1917 bestanden damals 33 Organisationen mit behördlichem Charakter, die dem Ernährungsamt unterstellt waren, und an diesem Zustand hat sich bis jetzt nur wenig geändert. Die sehr gut funktionierende Reichsgetreidestelle ist mit der Brot- und Meherversorgung betraut. Eine Reichsfleischstelle regelt, in Verbindung mit den Kommunalverbänden, den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Organisationen der Fleischer, die Fleischversorgung, eine Reichskartoffelstelle den Verbrauch und die Verteilung von Kartoffeln. Mit der Verteilung von Eiern und Teigwaren, Gries und ähnlichen Nahrungsmitteln ist die Reichsverteilungsstelle für Nahrungsmittel und Eier beauftragt, während die Reichsstelle für Speisefette die Verbrauchsmengen an Speisefetten festzustellen und die Verteilung zu organisieren hat. Die Verteilung des Zuckers und Süßstoffs an die Kommunalverbände nimmt die Reichszuckerstelle vor, für Einfuhr und Verteilung von Kaffee und Tee sorgt der Kriegsausschuß für Kaffee und Tee. Ankauf und Vertrieb von Buchweizen und Hülsenfrüchten sind die Aufgaben der Reichshülsenfruchtstelle usw., Förderung der Erzeugung und Verwertung des Gemüses und Obstes die der Reichsstelle für Gemüse und Obst. Entsprechende Funktion haben die Organisationen für Obstkonserven und Marmeladen, für Weinobst, Sauerkraut, Dörrgemüse, Gemüsekonserven usw. Die Aufgaben der Spirituszentrale sind an die Reichsbranntweinstelle übergegangen, eine Reichsfuttermittelstelle sorgt für die Sicherung und Verteilung der Futtermittel. Ein Reichskommissar für die Fischversorgung hat den Fang der Seefische und Scemuseln zu überwachen, den Absatz und die Preise zu regeln, während für die Teichfischverwertung eine besondere Gesellschaft gebildet worden ist.

Das sind nur die wichtigsten der bestehenden Organisationen. Niemand kann mehr bestreiten, daß sie notwendig waren und die vielfach gerügten Mängel aus der Kürze der Zeit und besonders daraus entstanden sind, daß es

eben an Nahrungsmitteln fehlte. Immer mehr leben sich nun aber die wichtigsten der Lebensmittelorganisationen ein, und es muß damit gerechnet werden, daß ihrer nicht wenige gar nicht mehr entbehrt werden können. Die Versorgung mit Brot, Fleisch, Milch, Butter und allen Nahrungsmitteln, die vom Ausland bezogen werden müssen, wird auf sehr lange Zeit, vielleicht dauernd, staatlich geregelt bleiben müssen. An der Spitze dieses Systems steht das Reichsernährungsamt, das die Organisationen ausbauen muß. Denn es trägt die Verantwortung dafür, daß das Volk künftig gut ernährt werde. Und es ist nun die Aufgabe der Volksvertretung das Ernährungsamt auf dem Weg zu planmäßigem Vorgehen vorwärtszutreiben, auf den Bahnen der gesellschaftlichen Regelung, also des Sozialismus.

Hygienewesen In einer Studie Die Hygiene als Staatsmonopol /München, Birk/ plädiert Robert Landvogt für die Verstaatlichung aller Einrichtungen auf dem Gebiet der Hygiene. Diese Forderung ist nicht neu. Aber nach dem Krieg wird es für die Gesellschaft ein Gebot der Selbsterhaltung sein diese Frage mit dem ganzen Ernst, den sie erfordert, in Angriff zu nehmen und zu lösen. Ein wesentlicher Teil der Gesundheitspflege, die wissenschaftlichen Forschungs- und Kontrollstellen für Hygiene und hygienische Maßnahmen sind ja auch bereits im Reich und in den Bundesstaaten zum großen Teil verstaatlicht. Sie unterstehen im Reich dem Reichsamt des Innern, in Preußen dem Ministerium des Innern und in den anderen Bundesstaaten den analogen Behörden. Im Reich besteht das Kaiserliche Gesundheitsamt, ein Kollegium aus Verwaltungsbeamten und Männern der Naturwissenschaft (Ärzten, Chemikern, Bakteriologen) und der Technik, das den Reichskanzler beratend unterstützt. Mit ihm verbunden ist der Reichsgesundheitsrat. Außer den medizinischen und einschlägigen naturwissenschaftlichen Fakultäten der deutschen Hochschulen mit ihren Forschungs- und Heilanstalten (Kliniken) sind im ganzen Reich noch Hebammenlehranstalten und Anstalten zur Gewinnung tierischen Impfstoffs eingerichtet. Preußen besitzt als medizinisch-hygienische Zentralbehörde die Medizinalabteilung im Ministerium des Innern. Von ihr ressortieren die wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen, das Institut für Infektions-

krankheiten, die Königliche Landesanstalt für Wasserhygiene, der Apothekenrat (ein Beirat für das Apothekenwesen) und die technische Kommission für pharmazeutische Angelegenheiten. Als Provinzial-, Regierungsbezirks- und Kreismedizinalbehörden bestehen das Provinzialmedizinalkollegium, der Regierungsmedizinalkollegium, der Kreisarzt und Kreistierarzt. Den Regierungen sind als Berater für pharmazeutische Angelegenheiten und die Revision der Apotheken und Drogenhandlungen nichtbeamtete Apotheker beigegeben, in einzelnen Kreisen auch Kreischemiker. Krankenhäuser, Genesungsheime, Irrenanstalten, Idiotenanstalten, Alters- und Pflegeheime, Invalidenhäuser sind entweder Einrichtungen des Staates, der Provinzen, Kreise, Gemeinden oder anderer öffentlichrechtlicher Körperschaften (Krankenkassen, Versicherungsanstalten), nur zum kleinen Teil Privatbetriebe. Es bestehen städtische Untersuchungsämter, kommunale Anstalten für Wasser- und Nahrungsmitteluntersuchungen und dergleichen. Eine staatliche Einrichtung stellen auch die Krankenkassen dar. Für die Verstaatlichung kommen also im wesentlichen nur noch in Frage die Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Nahrungsmittelchemiker sowie die Hebammen.

Ärzte- und Apothekenwesen, Geburtshilfe und Nahrungsmittelchemie sind heute noch ein Gewerbe wie jedes andere; sie dienen dem Gelderwerb und werden von diesem zum nicht geringen Schaden der Menschheit stark beeinflußt. Das ganze Gebiet der Hygiene von der geschäftlichen Spekulation zu befreien, sie zu einer reinen Wohlfahrtsache zu machen ist eine dringende Notwendigkeit. Die Verstaatlichung der ärztlichen Hilfeleistung vollzieht sich aber auch bereits in Deutschland zusehends immer mehr; nur nicht auf bürokratischer Grundlage. Die 93 941 390 Mark, die im Jahr 1913 die Krankenkassen für ärztliche Behandlung aufgewendet haben, bedeuten, daß 15 657 Ärzte durchschnittlich im Jahr je 6000 Mark Einkommen von den Kassen bezogen haben. Natürlich verteilt sich der ausgeworfene Betrag in anderer Weise. Aber er bedeutet immerhin eine Verstaatlichung von 15 657 Ärzten, wenn man einen durchschnittlichen Jahresgehalt von 6000 Mark in Berechnung setzt. Denn die Krankenkassen sind eine staatliche Einrichtung, also ein Teil der staatlichen Verwaltung. Da es nach der Zählung von 1909

im Deutschen Reich insgesamt 30 558 Ärzte gab, so ist ungefähr die Hälfte der ärztlichen Hilfeleistung bereits verstaatlicht. Die Wirksamkeit der Krankenkassen ist aber begrenzt, und der Rechtsanspruch aller Staatsbürger auf freie ärztliche Beratung und Behandlung kann nicht lediglich durch die Krankenkassen durchgeführt werden. Einheitlichkeit und Planmäßigkeit lassen sich aber auch nicht erreichen, wenn mehrere Organisationen (Staat, Gemeinden, Kassen) neben einander und oft gegen einander wirken und nicht zu einem einheitlichen Ganzen verbunden sind. Lehnt man die einfache Bürokratisierung der ärztlichen Hilfeleistung ab, dann bleibt zur Lösung der Frage nur die Schaffung eines neuen großen Selbstverwaltungskörpers übrig, dessen Träger der Staat, die Gemeinden, Krankenkassen, Versicherungsanstalten und eventuell andere Organisationen bilden, der auf diese Art das ganze Volk umfaßt und diesem zugleich die Möglichkeit der Mitwirkung, der Selbstverwaltung verschafft. Neben der ärztlichen Hilfeleistung könnte dieser Organisation auch die Verwaltung des Hebammenwesens und der Apotheken überwiesen werden, während die Nahrungsmittelchemiker in die Verwaltung des Staates oder der Gemeinden eingereiht werden können. Jedenfalls findet sich ein Weg zu dem Ziel: die gesamte Hygiene zu einer Wohlfahrtsache zu machen, sobald der Wille dazu vorhanden ist.

Kurze Chronik Der Bundesrat hat durch eine Verordnung vom 18.

August die Schiffsabteilung beim Chef des Feldeisenbahnwesens ermächtigt Besitzer von Binnenschiffen auch ohne ihre Zustimmung für bestimmte Bezirke zu Betriebsverbänden zwecks ständiger Beobachtung des Schiffs- und Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen sowie zur Bereithaltung der Binnenschiffe für heeres- und kriegswirtschaftliche Transporte zu vereinigen. Nach einer andern Verordnung vom gleichen Tag können für Beförderung auf Binnenwasserstraßen, für das Schleppen, Beladen und Löschen von Binnenschiffen sowie für die Miete von Binnenschiffen Höchst- und Mindestpreise festgesetzt werden. ◊ Das Reich hat die der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft gehörenden Elektrowerke in Berlin für kriegswichtige Zwecke aufgekauft. Damit ist das erste Elektrizitätswerk in den alleinigen Besitz des Reichs übergegangen. Die Elbtal-

elektrizitätszentrale, das größte Elektrizitätswerk des Bezirks der Amtshauptmannschaft Pirna in Sachsen, geht am 1. Januar 1918 in den Besitz des Staates über. Die den Verbandsgemeinden gehörigen Aktien sind bereits an den sächsischen Staat verkauft worden. \diamond Der Ankauf von Kohlenfeldern durch den sächsischen Staat hat größeren Umfang angenommen als die Öffentlichkeit bisher erfahren hat. Wie jetzt bekannt wird, hat der sächsische Staat zu seinem Braunkohlenbergwerk Herkules in Hirschfeld bei Zittau auch die dem Reichenberger Kohlenbauverein gehörenden Kohlenwerke in Hartau bei Zittau erworben und sich die im Kohlenggebiet bei Olbersdorf gelegenen Gelände zur Kohlengewinnung gesichert. \diamond Der Staatliche Industrieausschuß Schwedens schlägt der Regierung die Regelung der elektrischen Kraft aus den Wasserfällen des Landes vor und beantragt unter anderm die Beschlagnahme der gesamten Wasserkraft; diese soll dem Industrieausschuß überlassen werden, damit dieser die industriellen Unternehmen unterstützen kann, die bisher Dampfkraft verwendet haben. \diamond Die russische Regierung hat die Einführung eines Zuckermonopols beschlossen. Auch der Handel mit Tee und Streichhölzern soll monopolisiert werden.

Literatur Die Industrialisierung der Volkswirtschaft lautet der Titel einer Abhandlung des Professors Willy Wygodzinski (Tübingen, Mohr). Unter der Nationalisierung der Produktion versteht der Verfasser die Eigenproduktion alles dessen, was ein Land für seine unmittelbaren Lebensbedürfnisse wie für die Ansprüche einer gesteigerten Lebenshaltung im Kreislauf der Jahre regelmäßig verbraucht, und zwar die Gewinnung der Rohstoffe sowohl wie die Weiterverarbeitung in Industrie und Handwerk. Es müssen dann auch die Lebensmittel ausschließlich im eigenen Land gewonnen, es dürfen keine fremden Arbeiter beschäftigt und keine ausländischen Unternehmer zugelassen werden. Soll aber die Produktion nationalisiert werden, soweit dies technisch und ökonomisch möglich, wirtschaftlich und politisch wünschenswert ist, so habe dies eine Anpassung, eine Nationalisierung auch des Konsums zur Voraussetzung. Eine solche strenge Nationalisierung in dem Sinn, daß Produktion und Konsum sich völlig im Rahmen eines Staates wie Deutschland vollziehen, sei jedoch un-

möglich, weil uns wichtige Kraftquellen und Rohstoffe entweder ganz fehlen oder in nicht genügendem Maß zur Verfügung stehen, weil die Produktionsfähigkeit des deutschen Bodens ebenso begrenzt sei wie die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und Kapitalien, weil der Konsum nicht in allen Fällen mit den von der heimischen Produktion gebotenen Gütern befriedigt werden könne. Eine solche Nationalisierung, selbst wenn sie möglich wäre, würde unsere weltwirtschaftlichen Beziehungen lahmlegen und damit nicht nur wichtige Glieder unserer Wirtschaftsorganisation, wie Ausfuhrhandel und Seeschifffahrt sowie die Ausfuhrgewerbe, vernichten, sondern uns auch von der Weltkultur abschließen. Deshalb sei nicht eine absolute, sondern nur eine relative Nationalisierung ein denkbare Ziel unserer Wirtschaftspolitik. Für diese relative Nationalisierung spreche in erster Linie die politische Notwendigkeit unsere Existenz auch in jedem denkbaren künftigen Koalitionskrieg sicherzustellen. Eine solche Nationalisierung sei vor allem auf dem Gebiet der Ernährung, dem der Rüstung und dem der Arbeitskräfte notwendig.

Sozialistische Bewegung / Carl Severing

Deutscher Parteitag 1917 Einem Beschluß des Parteiausschusses entsprechend hat der Parteivorstand die Berichterstatter zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten des Würzburger Parteitags veranlaßt ihre Berichte so frühzeitig fertigzustellen, daß sie in Versammlungen und in der Presse schon vor dem Parteitag ausgiebig besprochen werden können. Ob die Presse bei dem herrschenden Papiermangel und dem großen Stoffandrang der weltpolitischen Erörterungen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wird, ist fraglich. Auch mit einer Erörterung der Berichte in den Versammlungen der Organisationen wird nur in ganz beschränktem Umfang zu rechnen sein. Und doch ist die Veröffentlichung vor den Verhandlungen des Parteitags nur zu begrüßen. Gerade weil die Presse die zu verhandelnden Gegenstände nicht mit der Ausführlichkeit besprechen kann, die man in Friedenszeiten gewohnt war, ist es wünschenswert die Parteimitglieder mit der Materie durch die Stellen bekannt zu machen, die ihre Bearbeitung übernommen haben.

O. Landsberg, der die Fragen der Demokratisierung behandelt, setzt auseinander

der, daß es die höchste Pflicht der leitenden deutschen Staatsmänner sei den Widerstand gegen den Gedanken der sofortigen Einleitung des Reformwerks aufzugeben, wenn sie nicht den gefährlichen Eindruck hervorrufen wollen, daß dieser Widerstand mehr auf Abneigung gegen Neuerungen als auf Staatsklugheit zurückzuführen ist. Er weist darauf hin, daß Verfassungskämpfe in der Zeit der Überleitung vom Kriegs- in den Friedenszustand besondere Leidenschaftlichkeit annehmen müssen. Der Mangel an Rohstoffen und Halbfabrikaten wird in einzelnen Gewerben wenigstens zu einer größeren Arbeitslosigkeit führen und in Verbindung mit den hohen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände eine Stimmung erzeugen, die einer ruhigen Austragung der Verfassungskämpfe und damit der Vereinigung der produktiven Kräfte des Volkes nicht förderlich sein kann. Diese Perspektive sollte der Parteitag der Regierung mit aller Deutlichkeit eröffnen. Die Partei darf aber auch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie bereit ist alle Verantwortlichkeiten zu übernehmen, die sich aus der Demokratisierung für sie ergeben.

H. Cunow vertritt in seinen Darlegungen über die wirtschaftspolitische Entwicklung während der Kriegszeit die Auffassung, daß mit dem formellen Friedensschluß der Wirtschaftskrieg mit England und seinen Kolonien nicht aufhören werde. Als Gegenmittel betrachtet er in der Hauptsache die enge handels- und zollpolitische Annäherung zwischen Deutschland und seinen jetzigen Verbündeten, also das, was man mit dem Schlagwort Mitteleuropa zu nennen gewohnt ist. Was Frankreich betrifft, so scheint Cunow es dauernd zu unseren wirtschaftspolitischen Gegnern zählen zu wollen. Aus diesem Grund gelangt er auch nicht dazu den engen Zusammenschluß der kontinentaleuropäischen Staaten ins Auge zu fassen. Daß aber gerade ein vereinigtes Kontinentaleuropa, ergänzt durch ein afrikanisches Kolonialreich, erst die wirkliche Sicherung unserer Zukunft brächte, da es eine relative Autarkie und damit eine Unabhängigkeit von jedweder angelsächsischen Suprematie bedeutete, ist in den Sozialistischen Monatsheften in all diesen Kriegsjahren auseinandergesetzt worden. Gerade die wirtschaftspolitischen Ansichten nach dem Krieg sollten den Parteitag veranlassen seine Außenpolitik auf die Anbahnung eines

Bundes der europäischen Festlandsmächte einzustellen.

Für die künftige Finanzpolitik des Reichs will W. Keil den Grundsatz beachten wissen, »daß die Steigerung der Güterproduktion nicht auf Kosten der Menschenproduktion und -qualifikation vor sich geht«. Dem ist unbedingt zuzustimmen, sofern man darin ein Bekenntnis zur Produktionspolitik erblicken soll. Natürlich darf diese Maxime nicht ein Deckmantel für die prinzipielle Negation einer bestimmten Steuerart werden. Keil betont auch ausdrücklich, daß, wenn sich Möglichkeiten bieten mit steuerlichen Maßnahmen eine Unterstützung der technischen Entwicklung zu verbinden, wir keinen Grund haben uns ihnen zu widersetzen. Diese negative Formulierung ist allerdings noch nicht ausreichend. Aufgabe unserer Partei wird es sein ein positives Steuersystem aufzustellen, das dem Gemeinschaftsinteresse entspricht und nicht sowohl ängstlich den Konsum schon als vielmehr die Produktion fördert.

R. Wissell drängt in seinem Referat auf einen schleunigen Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung. Die elementarsten Lebensnotwendigkeiten der Nation zwingen zur schleunigen Inangriffnahme von Reformen auf den Gebieten des Arbeiterrechts, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Es sei hier auch auf den Artikel Wissells Sozialpolitischer Neubau und Ausbau, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 II, Seite 879 ff., verwiesen. Wissells Bericht ist eine überzeugende Begründung für die Notwendigkeit die längst fälligen Reformgesetze einzubringen und zu verabschieden.

Der Würzburger Parteitag wird hoffentlich nicht unfruchtbares Parteigezänk bringen sondern eine gründliche Erörterung der notwendigen Gesamtktionen, die dann aber auch sofort von der Sozialdemokratie in Angriff zu nehmen sind.

Parteiwochen-
schrift Der Parteivorstand hat die Redaktion der Neuen Zeit Karl Kautsky entzogen und

Heinrich Cunow, seinem früheren Mitredakteur, übertragen. Die parteioffizielle Wochenschrift war in den letzten Kriegsjahren im Sinn einer Kampfschrift gegen die Mehrheitspartei geleitet worden. Der Parteivorstand konnte unmöglich länger die Verantwortung dafür übernehmen, daß Mittel der Partei zu ihrer Bekämpfung verwandt würden. Ob gerade die vorgenommene Regelung das

Richtige trifft, ist allerdings fraglich. Es hätte wohl genügt der Zeitschrift, die Kautsky in eine Wochenschrift der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei verwandelt hatte, die finanzielle und moralische Unterstützung der alten Partei zu entziehen, ihre Weiterherausgabe aber Kautsky zu überlassen. Die Neue Zeit ist ja durchaus nicht von Anbeginn offizielles Parteiorgan gewesen. Sie war ursprünglich in Privatbesitz und konnte wieder in Privatbesitz übergeführt werden. Sie wurde früher im Untertitel als »Revue des öffentlichen und geistigen Lebens« bezeichnet. Erst 1901 wurde sie in eine »Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie« verwandelt. Eine nicht sehr glückliche und ganz unnütze Verkleidung. Das geistige Leben läßt sich nun einmal nicht reglementieren. Und aus dem Untertitel, der zum Schutz der offiziellen Parteimeinung dienen sollte, ist (welche Ironie!) in den letzten Jahren gerade ein Mittel zu ihrer Diskreditierung geworden. Alles das darf uns aber nicht davon abhalten anzuerkennen, daß in der Tat Kautsky ein geistiges Anrecht auf den Weiterbesitz der Zeitschrift zukam, die er 35 Jahre hindurch geleitet hatte, und die doch sicher ein Teil seines geistigen Selbst war. Wie schon in der Rundschau Frauenbewegung (in diesem Band, Seite 999) gesagt wurde: Gerade die Sozialdemokratie als Vertretung der produktiven Arbeit wird zu allerletzt ein solches geistiges Anrecht mißachten wollen. Die Partei brauchte um so weniger das Odium einer Vergewaltigung, mit dem sie behaftet werden wird, auf sich zu nehmen, als für sie das Bestehen einer offiziellen wissenschaftlichen Wochenschrift überhaupt nicht notwendig ist. Die Weiterbildung der sozialistischen Theorie und Praxis gedeiht nicht in parteiamtlich abgestempelten sondern nur in freien Organen, deren Bedeutung sich mit ihrer Leistung deckt, und die keine andere Autorität für sich in Anspruch nehmen als diejenige, die sich aus ihrem Inhalt ergibt. Parteierwerkstätten für sozialistische Lehrmeinungen sind nicht vonnöten. Die letzte Geschichte der Neuen Zeit beweist nun auch zur Genüge, daß eine Parteiorganisation nie eine Verantwortung für eine wissenschaftliche oder wissenschaftlich sein wollende Zeitschrift übernehmen kann. Dieses Verhältnis ist in den letzten beiden Jahren der Partei sehr schlecht bekommen, nachdem es das ganze Jahrzehnt vorher der Wissenschaft sehr schlecht bekommen war. Es

wäre zu wünschen, daß die Partei sich über die notwendigen Vorbedingungen geistiger Fortentwicklung klar würde. Dann würde auch die Achtung vor dem geistigen Schaffen größer werden, und man würde nicht mehr glauben mit Beschlüssen (wie auf den Parteitag in Lübeck, Bremen, Chemnitz) gegen Anschauungen vorgehen zu können.

Die Neue Zeit, die nunmehr die Politik der alten Partei vertritt, wird um so bessere Wirksamkeit ausüben, je vorurteilsloser sie die Dinge selbst behandelt, je weniger sie von ihrem offiziellen Charakter beeinflusst wird. Wenn sie weder den alten Dogmatismus der Vorkriegszeit fortsetzt noch einen neuen, der sich im Krieg herauszubilden begann, fördert, kann sie nützliche Arbeit leisten, zu der ihr der beste Erfolg gewünscht sei.

Kriegspublikationen Die Kriegsziele österreichischen Sozialdemokratie für die Neugestaltung des politischen Lebens Österreichs behandeln in anschaulicher und lebendiger Weise zwei Parlamentsreden der Abgeordneten Seitz und Renner in der Budgetdebatte des Abgeordnetenhauses vom 14. und 16. Juni 1917. Beide Redner verbreiten sich über die Aufgaben, die dem Bürgertum bei der Wiedergeburt Österreichs zufallen, und verlangen für den Arbeiter die Möglichkeit im Kreis, im Land und im Staat zu wirken, damit der Staat nicht ein Staat des Chaos, der Willkür und der Rechtlosigkeit bleibt. Über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Kampf für Frieden und Freiheit, für Arbeiterschutz und Volksernährung, für eine gerechte Steuerpolitik und eine durchgreifende Kriegsfürsorge berichtet der österreichische Parteivorstand in einer populär geschriebenen Broschüre, die, wie auch die die Reden Seitz' und Renners enthaltende Schrift, in der Wiener Volksbuchhandlung erschienen ist. Der in Deutschland lebende Genosse Helphand-Parvus ist beschuldigt worden Anhänger Lenins im Auftrag der deutschen Regierung mit Geldmitteln versehen zu haben. Die Zurückweisung dieser Beschuldigungen ist der Zweck seiner kleinen Broschüre Meine Antwort an Kerenskij & Co. /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/. Der Verfasser geht aber darüber hinaus und erhebt in seiner Schrift, die dadurch zu einem Pamphlet wird, schwere Anklagen gegen Kerenskij, Zeretelli und die russischen Sozialisten, die die Politik Ke-

renskijs unterstützen. Er wirft der provisorischen Regierung vor, daß sie durch ihre strengen Maßnahmen gegen die Insubordination im Heer alle Scheußlichkeiten des zarischen Regimes wieder eingeführt habe. Die Finanzwirtschaft des heutigen Rußlands sei korrupter als die des Zaren. Daß Parvus die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen abwehrt, ist sein gutes Recht. In seinen Angriffen auf seine Ankläger verliert er aber jeden Sinn für Gerechtigkeit und Wirklichkeit. Er gibt damit nur den Unterstellungen Nahrung, die die persönliche Reinheit und Unantastbarkeit Kerenskijs in Zweifel zu ziehen versuchen: Unterstellungen, die nicht genug zurückgewiesen werden können. Die leitenden Gesichtspunkte der Kerenskijschen Politik, die zu seinen Bemühungen um die Reorganisation des russischen Heeres und dann zu der russischen Offensive (die als Friedensoffensive geplant war) führten, sind hier von Quessel in seinem Artikel Lloyd George, Kerenskijs und der Frieden (1917 II, Seite 868 ff.) genauer dargestellt worden. Sie sind in der Parvuschen Broschüre nicht berücksichtigt, und das gibt ihr, eine Einseitigkeit, die um so mehr auffällt, als ihr Verfasser, der für Rußland sich auf den Boden des Maximalismus stellt, für Deutschland als extremer Sozialpatriot (wie der Terminus bei unseren Linksextremen lautet) solchen Maximalismus selbstverständlich gar nicht weit genug abweisen kann.

Kurze Chronik Das holländisch-skandinavische Komitee erklärt in einem Manifest an die Sektionen der Internationale, daß der Stockholmer internationale Kongreß nicht aufgegeben sei und nicht aufgegeben werde; eine brutale Paßverweigerung könne das Proletariat nicht aufhalten. Das Komitee wird die gesammelten Denkschriften, die von den angeschlossenen Parteien eingereicht sind, nebst einem Generalbericht publizieren und seine Arbeit nicht früher einstellen, bis die Konferenz ihr Aktionsprogramm entworfen hat. ◊ In dem neuen französischen Kabinett Painlevé sind die Sozialisten nicht mehr vertreten. Die französische Sozialdemokratie hat die union sacrée in der Hauptsache aufgegeben und übt in zunehmendem Maß Kritik an der kriegsverlängernden Politik der Entente. Es ist zu hoffen, daß es den französischen Sozialisten bald gelingen wird die letz-

ten Widerstände gegen eine Zusammenkunft und Aussprache mit den Sozialisten der Zentralmächte zu überwinden. ◊ Bei den russischen Gemeindevahlen haben die sozialistischen Parteien große Erfolge erzielt. Der sozialistische Block und die Sozialrevolutionäre stehen an erster Stelle. In den großen Städten haben die Maximalisten eine große Stimmenzahl auf sich vereinigt. An diesem entscheidenden Wendepunkt der russischen Geschichte haben die Sozialisten durch Konzentration ihrer Kräfte das neue Rußland vor Gegenrevolution oder Zerfall zu schützen. Das menscheitsbefreiende Werk der russischen Revolution ist gefährdet, wenn die Bolschewiki ihren Parteifanatismus über die gemeinsame Sache stellen. ◊ Die Wahlen zum schweidischen Reichstag brachten der Sozialdemokratie einen großen Erfolg. Sie gewannen 11 Mandate. Insgesamt ist sie mit ihren 86 Mandaten die stärkste Partei des Parlaments. Die Jungsozialisten erhielten insgesamt 12 Sitze; ihre Führer Lindhagen und Hoeglund unterlagen aber Bewerbern der Mehrheitspartei. Symptomatisch ist die Tatsache, daß im 1. Stockholmer Wahlkreis, in dem Branting gewählt wurde, sein Name auf keinem einzigen Stimmzettel gestrichen war. Branting hat übrigens jetzt nach den Wahlen aufs neue, wie dies ja auch selbstverständlich ist, sich zu einer Politik unbedingter Neutralität und gegen jeden Aktivismus bekannt.

Literatur

Die Vorgänge in der schweizerischen Arbeiterbewegung sind, obgleich die Schweiz selber nicht im Krieg steht, doch nicht unwesentlich vom Krieg beeinflusst. Kommt ihnen auch nur eine symptomatische Bedeutung zu, so ist es doch nicht uninteressant die verschiedenen Strömungen und ihre Triebkräfte kennen zu lernen. Die beiden vorliegenden Publikationen: Die Krisis im Schweizerischen Grütliverein, herausgegeben vom Grütliverein in Zürich, und die Schrift Hans Müllers Parteispaltung und Parteierneuerung in der Schweizer Arbeiterbewegung (Separatabdruck aus Wissen und Leben), die den Standpunkt des reformistischen Grütlivereins vertreten, versuchen den Nachweis, daß die Trennung des Grütlivereins von der sozialdemokratischen Partei nur zur Gesundung der verworrenen Parteiverhältnisse beitragen kann.

Geistige Bewegung / Wally Zepler

Zeitdokumente Daß ein von geistigen oder moralischen Angelegenheiten handelndes Buch eine große Schar von Lesern findet, ja zu einem aufsehenerregenden Ereignis wird, ist sicher keine alltägliche Erscheinung. Seit Langbehns Rembrandt als Erzieher und Moritz von Egidys Ernests Wollen hat man vielleicht bei uns derartiges kaum erlebt. Im dritten Kriegsjahr ist nun dem Buch Walther Rathenaus Von kommenden Dingen / Berlin, S. Fischer/ ein solcher Erfolg beschieden gewesen. Diese Tatsache muß in dieser Rundschau festgestellt werden. Denn jener Erfolg erklärt sich wohl kaum so sehr aus den Erkenntnissen, die aus dem Buch zu schöpfen wären, als daraus, daß sich offenbar etwas von dem, aus der Verzweiflung stammenden Sehnen der Zeit in ihm verdichtet hat. Fast ist es schwer den eigentlichen Inhalt dieser Darlegungen wiederzugeben. Der Verfasser wendet sich gegen die Übersteigerung des Materiellen, die »Mechanisierung« des Lebens, die uns in immer höheren Luxusforderungen verzehre, in Macht- und Klassenkämpfen und schließlich im Weltkrieg einen Austrag suchen mußte, und will im Gegensatz dazu der Menschheit wieder den Weg der Seele, der Religiosität in einem Dasein materieller Anspruchslosigkeit weisen. Nicht im Sinn Tolstojs sondern in dem der Sozialisierung der Gesellschaft. Dabei greift Rathenau aus nicht recht begreiflichen Gründen den Partei-sozialismus immer von neuem an; richtig ist höchstens die Behauptung, daß die Sozialdemokratie in dem (an sich durchaus ethisch gerichteten) Marxschen Sozialismus das Materielle zu sehr betont habe. Rathenau will nicht absolute Sozialisierung; bis zu gewissen Grenzen soll dem persönlichen Unternehmungsgeist freie Betätigung gesichert sein. Auch in der Partei hat man solche Möglichkeiten nicht bestritten; die Reformisten wenigstens dürften sich für die nähere Zukunft die Entwicklung in der gleichen Linie vorstellen. Aber nicht das ist der Kern des Rathenauschen Buches. Dieser Kern und vermutlich auch die Ursache seiner Wirkung ist eben der Hinweis auf das Übersinnliche. Ohne Zweifel keimt in unserer Zeit ein neues religiöses Erwachen, Sehnsucht nach einer seelischen Erfüllung, die das vorwiegend technisch und naturwissenschaftlich schaffende letzte Jahrhundert nicht zu befriedigen ver-

mochte. Die Frage lautet nur: Besteht in der Tat kein Zusammenhang zwischen dem »mechanisierten« Kulturmenschen unserer Zeit und dem Gläubigen? »Mechanisierung«, meint Rathenau, »ist eine materielle Ordnung; aus materiellen Mitteln geschaffen, verleiht sie dem irdischen Handeln eine Richtungskomponente ins Ungeistige. . . im mechanistischen Sinne bleibt auch der höchstvergeistigte Mensch ein wirtschaftendes Subjekt, das, um zu leben, besitzen oder erwerben muß.« Demnach ist auch für Rathenau die Mechanisierung nichts Zufälliges sondern ein notwendiger Durchgangspunkt der Entwicklung, und auch er nennt kein Mittel (da er das Tolstojsche verschmäht), wie sie zu bannen wäre. Doch nicht etwa nur durch den geforderten Verzicht auf Luxusgenüsse? Oder durch die verrauschenden Worte einiger Prediger in der Wüste, die, wie der Verfasser, einen Gegensatz zwischen äußerem und innerem Sein konstituieren und das äußere gleichsam als das böse Prinzip im Menschen hinstellen möchten? Nein, wer wie Rathenau an das Transzendente im Weltwandel glaubt, wird tiefere Zusammenhänge suchen müssen. Er wird einen, freilich unserm Verstand nicht erkennbaren Sinn auch in der Entwicklung zur Mechanisierung sehen, und auch das Wirken im Materiellen wird ihm darum zum Ausdruck des Seelischen werden können. Die israelitischen Propheten, die ihre Forderungen sozialer Gerechtigkeit nicht aus Gründen des sozialen Mechanismus aufstellten, oder zu dem Zweck die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, die vielmehr nur die Stimme Gottes verkündeten, geben uns das erhabene Beispiel des Geistes, der die auf das Leben im Diesseits gerichtete Arbeit als überpersönliches, übersinnliches Gebot erkennt. Auch die einfache, triviale, dem äußern Auge seelenlos erscheinende mechanische Arbeit wird als pflichtgemäßes Handeln (nicht wegen ihrer Zweckbestimmung für den Konsum) ein Vorgang, der auf die innere Sittlichkeit gerichtet ist und darum sein Ziel nicht im Materiellen dieser Erde sucht. Diesen Zusammenhang zu sehen, nicht eine augenfällige Alternative zu setzen sondern eine Synthese zu suchen, die den Menschen vor höchste Aufgaben stellt: darin möchte ich das Wesen der kommenden Dinge sehen, nach denen die Menschen, schaffend und nicht urteilend oder gar verurteilend, zu streben haben.

Arbeiterbildung Schon Robert Owen war für eine allseitige Bildung der Arbeiterschaft eingetreten, nach ihm dann William Lovett, der 1836 eine Bildungsorganisation The London Working Men's Association schuf, aber in seinem Wirken ohne dauernden Erfolg blieb. In der Mitte des Jahrhunderts nahmen die christlichen Sozialisten Frederic Maurice, John Ludlow, Charles Kingsley und vor allem John Ruskin diese Bestrebungen wieder auf. Aus ihrem Geist heraus erblühte die Settlementsbewegung, aus der 1884 das berühmteste englische Settlement, die Londoner Toynbee-Hall hervorging. Die Anhänger der Settlements glaubten Not und Unwissenheit durch ein Zusammenleben sozial empfindender Gebildeter mit dem Proletariat in den Zentren der städtischen Elendsviertel beseitigen zu können. In England wie in Amerika gewann die Bewegung eine Ausdehnung und Bedeutung, die zu wiederholten Nachahmungsversuchen auch bei uns führte; so in dem, lange von Walther Classen geleiteten Hamburger Volksheim, ebenso in einer Charlottenburger Siedelung, die aber nicht über die Anfänge hinausgelangte. Im deutschen Proletariat scheinen die Settlements durchaus keine Anhängerenschaft gewinnen zu können. Sie stellen in der Tat nur eine primitive Ausdrucksform der sich anbahnenden Klassenüberwindung dar. Zu den Aufgaben der Settlements gehörte natürlich auch eine geistige Fortbildung der Besucher. Sie richteten unter anderm die sogenannten Evening Schools für Elementarunterricht ein, die lediglich besucht waren. Dagegen fand eine andere, in Zusammenhang damit stehende Bewegung: die University Extension Movement, in der Arbeiterschaft keinen Boden. Sie war Anfang der siebziger Jahre in Oxford und Cambridge aufkommen und verfolgte den Zweck durch 6- bis 12stündige (auch, zur Vorbereitung für bestimmte, für die Schüler der Kurse eingerichtete Examina, längere) Abendkurse in den Universitätsstädten höhere Bildung in den verschiedensten Wissenszweigen in die breiten Massen zu tragen. Bis auf vereinzelte Ausnahmen wurden ihre Kurse aber fast ausschließlich von den bürgerlichen Klassen, besonders auch von Frauen, besucht. »Zieht man das Fazit«, sagt Werner Picht in seinem Buch Toynbee Hall und die englische Settlementsbewegung/Tübingen, Mohr/, »so ist zu sagen, daß die

Universitätsausdehnungsbewegung dem Problem der Bildung des Arbeiterstands gegenüber versagt, aus Gründen, die teils gehaht wurden teils unerkannt blieben.« Die Arbeiter strebten offenbar nach Bildungsquellen, die ihrem Geist eine mehr auf seine besonderen Bedürfnisse zugeschnittene Nahrung boten. Sie gründeten eigene Studienzirkel (Students associations), Lese- und Diskutierklubs, in denen sie sich an der Hand von Büchern gegenseitig fortzuhelfen suchten. Zu einer selbständigen ausgedehnten Arbeiterbildungsorganisation kam es in England erst 1903 mit der Gründung der Workers' Educational Association, die der Forderung des Schneiders Albert Mansbridge entsprang: die Gewerkschaften und Genossenschaften an der Universitätsausdehnungsbewegung zu beteiligen. Die Vereinigung, die über ein eigenes Organ, den Highway, verfügt, wuchs in kaum einem Jahrzehnt zu überraschender Größe. Sie besaß 1911 neben der Londoner Zentrale 5 Bezirks- und 86 lokale Zweigverbände. Sie umfaßt als Mitglieder neben Einzelpersonen vor allem große Körperschaften: Gewerkschaften, Genossenschaften, Universitäten, Lehrer-, Bildungs-, Arbeitervereine usw.; 1911 gehörten ihr allein 543 Gewerkschaften und 184 Genossenschaften an. Daneben besitzt die britische Arbeiterschaft in dem, 1899 aus Privatmitteln geschaffenen Ruskin College in Oxford eine eigene Arbeiteruniversität. Diese nahm in den ersten 10 Jahren ihres Bestehens 450 Arbeiter zu 1jährigen Kursen auf und bildete sie auch zur Ablegung eines Diplomexamens (hauptsächlich in volkswirtschaftlichen Fächern) vor. Seit 1908 richtete sie die sogenannten tutorial classes mit mindestens 2jährigem Kursus ein, die auch an anderen Orten nachgebildet wurden und in 4 Jahren von 60 auf 2780 Teilnehmer anstiegen. Auch hier sind Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaft die Hauptfächer. Kurze Sommerkurse in Oxford unter Leitung der vorzüglichsten Universitätslehrer ergänzen später den Unterricht für die besten Schüler. Besondere Frauenklassen bestehen seit 1911. Die Kosten dieser systematischen Ausbildung und des Unterhalts der Besucher, die meist die Gewerkschaften und Genossenschaften entsenden, werden gemeinsam von den Arbeiterorganisationen, den Lokalverwaltungen und dem Unterrichtsministerium getragen. Sie beliefen sich 1911-1912 auf etwa

1250 Kronen jährlich pro Schüler. An jedem Kursus nehmen 30 bis 40 Arbeiter teil.

Eine interessante Abart des Oxford College ist die Chicagoer Ruskinuniversität. Sie nimmt für verschiedene Fortbildungszweige Studenten auf, die sich ihren Unterhalt durch Arbeit in angegliederten Fabriken, Gärtnereien, Wäschereien usw. verdienen. Sie zählte 1912 300 Lehrkräfte und 3500 Besucher neben einer erheblich größeren Zahl auswärtiger, mit den Lehrern in ständigem wissenschaftlichen Briefwechsel stehender Studenten.

In Schweden führte, wie Else Hildebrandt in ihrer Broschüre Arbeiterbildungsfragen im neuen Deutschland /Jena, Diederichs/ und in ihrem größten Werk Die schwedische Volkshochschule /Berlin, C. Heymann/ berichtet, die Entwicklung der vorbildlichen skandinavischen Volkshochschulbewegung 1906 in Brunnsvik zur Gründung einer Volkshochschule für Industriearbeiter von zunächst ausgesprochen sozialdemokratischem Charakter. Beteiligte sich die Arbeiterschaft dort auch vorher an der, vorwiegend von Bauern besucht und auf das Bauertum zugeschnittenen allgemeinen Volkshochschule, so wuchs mit der um die Wende des Jahrhunderts im Lande mächtig anschwellenden Sozialdemokratie der Wunsch nach einer, den Parteibedürfnissen spezieller angepaßten Bildungsanstalt. Von dem sozialdemokratischen Dichter Karl Erik Forslund gegründet, fast ausschließlich von sozialdemokratischen Arbeitern (und zwar überwiegend gelernten) besucht und in den ersten Jahren nur von sozialdemokratischen Lehrern geleitet, nahm die Brunnsviker Universität bald auch Nichtsozialisten als Lehrer und Direktoren auf, ohne an Anziehungskraft für das Industrieproletariat einzubüßen. Die Schüler (in jedem Semester gegen 45 im Alter von etwa 23 bis 24 Jahren; darunter fast stets auch einige Frauen, die dann als Lehrerinnen der sogenannten Kleinschulen in den unbesiedelten Gebieten wirken) werden fast durchweg von Parteiorganisationen (viele aus den mehr radikalen Jugendklubs), Fach-, Konsum-, Abstinenzvereinen mit vollem Unterhaltsspendium von 250 bis 400 Kronen auf die Hochschule entsandt. Seit 1911 leistet auch der Staat Beiträge. Beinahe alle Besucher kehren nach den Kursen wieder in ihren früheren Beruf zurück. »Die Aufgabe einer

Arbeitervolkshochschule«, sagt das von ihr herausgegebene Jahrbuch für das Jahr 1910-1911, »muß es vor allem sein ihre Schüler die Gesetze der Über- und Unterordnung kennen zu lehren. . . In erster Linie müssen sie aber begreifen lernen den Menschen über die Politik zu stellen.«

In diesen Worten liegt Ziel und Merkmal der Brunnsviker Universität im Gegensatz zu unseren deutschen Bildungsinstitutionen. Nach der gleichen Richtung, und zwar in noch höherem Grad, wirkt dort das monatelange Zusammenleben der Arbeiterschüler, wie oft von diesen betont wird, mit Menschen anderer Klassenzugehörigkeit und anderer politischer Denkart. Es ist interessant aus Briefen der Brunnsviker Schüler die Wirkung dieser neutraleren Methoden kennen zu lernen. So schreibt ein Besucher: »Zum politischen Kampfe in dieser [der Jungsozialisten] Weise fühlt man sich nicht mehr fähig und zur Er kämpfung eines politischen Zieles überhaupt noch nicht reif genug.« Und ein anderer: »Nach Absolvierung der Volkshochschule wagt man nicht mehr an der absoluten Richtigkeit seiner Anschauungen festzuhalten sondern versucht die Ansichten anderer zu verstehen.«

Das trifft also genau den Kernpunkt des Problems, wie es sich auch bei uns herausentwickelt hat. Hier existiert eine Arbeiterbildungsinstitution, die durchaus aus sozialistischem Geist heraus geboren, dennoch ihren Schülern die Gesetze wissenschaftlicher Objektivität und kritischen Denkens einzupflanzen versteht. Und die Folge ist nicht deren Loslösung von der Sozialdemokratie, vielmehr eine Erhöhung ihres geistigen Verantwortlichkeitsgefühls und sachlichere Auffassung auch gegnerischer Meinungen. Die Form der schwedischen Arbeiteruniversität löst auch nicht allein die Schwierigkeiten, die in dem Mangel an Zeit und in der körperlichen Übermüdung für den wissenshungrigen Arbeiter liegen; sie erweitert zugleich sein Weltbild durch seine zeitweilige Einordnung in andersartige Menschen und Verhältnisse.

Die Umformung der Parteianschauungen, die sich im Krieg angebahnt hat, aber ihre Durchbildung erst in langsame Überlegung nach Friedensschluß finden dürfte, wird auch bei uns die gesamte Arbeiterbildungsfrage in ihren Kreis ziehen müssen. Eine Parteischnule nach Art der früheren wird kaum wiedererstehen. Arbeiterbildungsschulen

und theoretische Wanderrednerkurse lassen nach zu vielen Seiten den Hunger nach nicht zurechtgeschnittener geistiger Nahrung unbefriedigt. Müssen wir auch an allererster Stelle nach einer so gründlichen Verbesserung der Volks- und Fortbildungsschulen streben, daß die Elemente geistiger Weiterentwicklung jedem einzelnen schon beim Eintritt ins Berufsleben mitgegeben sind, so hebt das dennoch für die intelligentesten Arbeiter nicht den Wunsch nach einer intensivierten, den akademischen Studien angenäherten Ausbildungsmöglichkeit in bestimmten Zweigen der Wissenschaft auf. Eine Art Volks- und speziell Arbeiterhochschulen nach Art der englischen und schwedischen könnte vielleicht am ehesten diesem Wunsch Genüge leisten. Es würde damit der Neigung nach Einseitigkeit und Dogmatismus in der Sozialdemokratie entgegengearbeitet, den wirklich Interessierten und Begabten eine Zeit freier geistiger Entfaltung und weiterer Lebensumschau gesichert und dadurch nicht nur der Arbeiterbewegung ein frischer Antrieb gegeben, sondern auch die Berufstüchtigkeit und die soziale Wertung der Handarbeiterberufe durch den Einfluß solcher hervorragend entwickelten Arbeiter erhöht. Erste Ansätze zu einer Volks- und Arbeiterhochschulbewegung machen sich in Deutschland bereits bemerkbar; die Frage wird in allen für das Bildungsproblem interessierten Kreisen nach dem Krieg sehr ernst diskutiert werden müssen.

Kurze Chronik Einer der fruchtbarsten und sicherlich der älteste der deutschen Publizisten, Carl Jentsch, ist in seinem 85. Lebensjahr in Neißة gestorben. Er war der Sohn eines protestantischen Buchbinders, wurde aber unter dem Einfluß seiner Mutter katholischer Priester. Als Kaplan in Liegnitz unterzeichnete er eine Erklärung gegen den Syllabus und wurde 1875 in den Bann getan. Dann wurde er altkatholischer Pfarrer, später altkatholischer Schriftsteller und arbeitete dann immer mehr auf kulturhistorischem und sozialpolitischem Gebiet. Sein letztes Buch, das vor 2 Jahren erschien, behandelte den Weltkrieg und die Zukunft des deutschen Volkes. Seine zahlreichen Artikel in Zeitschriften waren stets fesselnd geschrieben und von einer warmherzigen Vorurteilslosigkeit; sie zeigten jedenfalls, daß der Ver-

fasser seinen Gegenstand stets selber durchdacht, nicht fertige Urteile übernommen hatte. ◊ Die Görresgesellschaft richtet eine besondere pädagogische Abteilung ein; sie wird nach einem Beschluß des Vorstands, der im August unter dem Vorsitz des Freiherrn von Hertling in München tagte, an die philosophische Sektion angegliedert werden. ◊ Die Gesellschaft der Freunde der Deutschen Bücherei in Leipzig will für den großen Lesesaal eine Arbeiterbücherei im Wert von 120 000 Mark schaffen und einen Sachkatalog dafür bearbeiten. ◊ Im Berliner Schloß wird als Privatbesitz des Kaisers eine Bibliothek aller wichtigen Erscheinungen der Kriegsliteratur des In- und Auslands gesammelt, die bereits über 10 000 Bände umfaßt. Die Berliner Königliche Bibliothek arbeitet mit einer großen Zahl von Beamten an der Zusammenstellung einer Kriegsbibliothek, die jetzt schon mehr als 50 000 Bände zählt. ◊ Generalsekretär Diem beantragte im Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen im Deutschen Stadion nach Kriegsschluß eine wissenschaftliche Forschungsstätte über den gesundheitlichen Wert der einzelnen Sportsysteme und die Grenzen körperlicher Anspannung zu errichten und sie der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin anzugliedern. ◊ Ein neues türkisches Stenographie-system ist von A. Benaroya (den Lesern der Sozialistischen Monatshefte durch seinen hier im Jahr 1910 veröffentlichten Aufsatz über die türkische Gewerkschaftsbewegung bekannt) erfunden worden. Es erlaubt eine 5mal so große Geschwindigkeit wie die gewöhnliche Schrift. ◊ In Bergen wird eine Universität, die zweite Norwegens, gegründet. Mit dem Bau des Gebäudes, für den ein Preisausschreiben ausgesetzt wurde, soll nach Kriegsende begonnen werden. ◊ Die höchste Auflage der Welt besitzt wohl der in der Staatsdruckerei zu Peking gedruckte Chinesische Almanach, der in 8 Millionen Exemplaren jährlich vertrieben wird.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Ernst Bräuer

Elektrische Wellen: Fortpflanzung Man ist bei den ersten Versuchen mit drahtloser Telegraphie der Ansicht gewesen, daß eine Übermittlung von Signalen zwischen zwei Stationen nur dann möglich sei, wenn den elektrischen Wei-

len ebenso wie Lichtwellen ein geradliniger Weg zur Verfügung stände, das heißt, wenn die Antennen zum mindesten so hoch seien, daß man von der Spitze der sendenden Antenne die Empfangsstation sehen könnte. Sehr bald bemerkte man jedoch, daß die Krümmung der Erdoberfläche für die Wellen gar kein Hindernis darstellt. An sich wirkt natürlich feuchter Erdboden schon in ganz dünner Schicht vollständig abschirmend auf elektrische Wellen, und diese Wirkung haben dementsprechend auch schroffe Gebirgszüge. Aber die verhältnismäßig sanfte Krümmung der Erdoberfläche erlaubt den Wellen an ihr entlang zu laufen, so daß eine telegraphische Verständigung über ein volles Viertel des Erdumfangs möglich ist.

Zur Erklärung dieses Phänomens sind mehrere Hypothesen aufgestellt worden, die auch weit über die Grenzen der technischen Anwendung für die Wellentelegraphie Interesse beanspruchen. Arnold Sommerfeld behandelt das Problem im Jahrbuch für drahtlose Telegraphie und Telephonie 1917 einigermaßen als Analogon zu den Lecherschen Schwingungen längs Drähten. Wie dort an der Oberfläche metallischer Drähte elektrische Schwingungen entlang laufen (und eventuell stehende Schwingungen bilden), so auch an der Oberfläche der als unendlich gut leitend betrachteten Erde. Und zwar gehen von der Sendestation stets zugleich eine Welle, die sich geradlinig in den Raum fortpflanzt, und eine an der Erdoberfläche haftende aus. Diese Vorstellung hat nun vielfach zu der irrigen Anschauung geführt, daß man es einfach mit dieser zweiten zu tun hätte. Beide Wellen sind aber untrennbar, und ein Herabgehen der Energie der Raumwelle auf Null hat auch ein Erlöschen der Oberflächenwelle zur Folge. Es ist also auf jeden Fall nötig eine Beugung der Raumwelle um die gekrümmte Erde anzunehmen.

Dieser Beugungstheorie bereiten nun die experimentellen Tatsachen Schwierigkeiten. Es besteht nämlich eine überraschende Ungleichmäßigkeit in der übermittelten Energie, ein sprunghaftes Wechseln der empfangenen Lautstärke und eine starke Abhängigkeit von Tages- und Jahreszeit. Im allgemeinen ist die Übermittlung ganz erheblich besser bei Nacht als bei Tage. Dagegen scheint nach einer Untersuchung de Groot's bei Tage eine stärkere Krümmbarkeit der Strahlen stattzuhaben als bei Nacht. De Groot arbeitete mit 2 Stationen,

zwischen denen Bergzüge lagen. Bei Tage erreichte die Welle die Empfangsstation, bei Nacht strich sie über sie weg und erreichte erst in erheblich größerer Entfernung die Erde. Eine weitere, mit der reinen Beugungstheorie unvereinbare Tatsache ist das unverkennbare Auftreten von Zonen des Schweigens und die Abhängigkeit der Übermittlungsstärke von der Wellenlänge. Nach Fuller wechselt schwacher und starker Empfang deutlich periodisch mit der Wellenlänge, was auf Interferenzphänomene zu deuten scheint.

Diesen Ergebnissen des Versuchs scheint eine ganz andersartige Auffassung der Ausbreitung elektrischer Wellen längs der Erde besser gerecht zu werden. Sie nimmt mit Heaviside die Existenz einer elektrisch leitenden Schicht in größerer Höhe in der Atmosphäre an. Eine solche Schicht wäre mit unserem Wissen von den Verhältnissen in den höchsten Gebieten der Lufthülle der Erde einigermaßen zu vereinbaren. Nach den über die ganze Erde sich erstreckenden luftelektrischen Stationsbeobachtungen fließt dauernd ein ganz beträchtlicher positiver Strom von der Erdoberfläche in die Atmosphäre hinaus. Selbst wenn dieser Strom über den elektrisch unerforschten Gebieten der Ozeane zur Erde zurückkehren sollte, legt er doch die Annahme einer stark ionisierten Schicht an der Grenze der Atmosphäre nahe. Ebenso deuten die Nordlichtvorgänge, die sich in der über die eigentliche Lufthülle gelagerten Wasserstoffosphäre abspielen, möglicherweise auf erhöhte Leitfähigkeit der hohen Schichten. Und schließlich besitzt die ultraviolette Strahlung der Sonne, die bis an die Grenze der Atmosphäre fast ungeschwächt durchdringt, in hohem Grad die Fähigkeit zu ionisieren. Über die Beschaffenheit dieser leitenden Schicht gehen allerdings die Anschauungen weit auseinander. Demgemäß ist ihre theoretische Verwertung für die Deutung unseres Phänomens sehr verschieden, und zwar bezieht sich die Verschiedenheit auf die Beschaffenheit ihrer untern Begrenzung. Auf jeden Fall aber besteht die Annahme, daß diese Schicht zusammen mit der gut leitenden Erde gewissermaßen einen von spiegelnden Wänden begrenzten Schlitz darstellt, in dem die Wellen verlaufen müssen, abwechselnd von oben und unten reflektiert und Interferenzphänomene verschiedener Art unterworfen. Ein Bedenken ist natürlich der hohe

Energieverlust bei jedesmaliger Reflexion. Im übrigen ist die Hypothese qualitativ zweifellos imstande die meisten Phänomene zu umfassen. Wie weit diese leitende Schicht auch bei Aufhören der Sonnenstrahlung zur Nachtzeit bestehen und wirksam bleibt, entzieht sich freilich unserer Kenntnis.

Kurze Chronik Der Professor der Chemie an der Würzburger Universität **Eduard Buchner**, einer der größten Schüler des vor kurzem verstorbenen Altmeisters chemischer Forschung **Adolf von Baeyers** ist am 11. August schwer verwundet im Feldlazarett gestorben. Sein Hauptarbeitsgebiet war die Gärungschemie. Es gelang ihm durch grundlegende Untersuchungen über die Zymasegärung die bis dahin fast unumschränkt herrschende vitalistische Theorie der alkoholischen Gärung zu stürzen. 1907 hatte Buchner den Nobelpreis für Chemie erhalten. \diamond In Krakau starb der Ordinarius der theoretischen Physik **Marian Smoluchowski**, zuletzt Rektor der Universität, im Alter von 52 Jahren. Seine Arbeiten lagen auf dem Gebiet der molekularen Bewegungen. \diamond In der Nacht vom 14. zum 15. September gelang es dem bekannten Kometen- und Planetenentdecker **Wolf** auf der Königstuhlsterne bei Heidelberg einen neuen Kometen, 1917 c, zu beobachten. Er steht südlich vom Sternbild der Fische und ist von der 12 $\frac{1}{2}$. Größenklasse. \diamond Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft stimmte der Errichtung eines Instituts für physikalische Forschung zu. Es soll die Bearbeitung aussichtsreicher Probleme der theoretischen und experimentellen Physik durch Zuweisung von Mitteln an einzelne Forscher fördern. Als Direktor des Instituts ist **Albert Einstein** in Aussicht genommen. \diamond In fast 7jähriger Arbeit haben die Studenten der Universität Nebraska ein **Riesenteleskop** gebaut. Es ist 6 Meter lang und hat eine 12zöllige Linse, die von einem Gönner der Universität gespendet wurde.

Literatur In seiner Einführung in die allgemeine Chemie, in der Teubnerschen Sammlung **Aus Natur und Geisteswelt**, ist es **B. Bavinck** gelungen dieses schwierige Gebiet ohne die Voraussetzung besonderer physikalischer und mathematischer Kenntnisse dem Verständnis des Laien, für den ja die Darstellungen dieser Sammlung bestimmt sind, nahezubrin-

gen und den Leser bis zu den tiefsten Problemen zu führen, mit denen die Chemie sich gegenwärtig beschäftigt. Die Frage der Umwandlung der Elemente, die sich an die radioaktiven Erscheinungen angeschlossen hat, der Begriff der isotopen Elemente, zu dem eben diese Erscheinungen geführt haben, die Einblicke, die in den letzten Jahren in den komplizierten Bau der Atome gewonnen worden sind, werden in anregender Weise dargeboten, so daß der Leser einen recht klaren Einblick in den gegenwärtigen Stand unseres Wissens und in die noch zu bewältigenden Probleme erhält. \diamond Das 1. Heft der **Naturwissenschaftlichen Vorträge und Schriften**, herausgegeben von der Berliner **Urania** /Leipzig, Teubner/, bringt 4 Abhandlungen **K. Schwarzschild's**. Zunächst eine kurze, sehr lichtvolle Beschreibung des Fernrohrs, sodann eine kritische Abhandlung über **Lamberts kosmologische Briefe** aus dem Jahr 1761. Den Hauptteil bildet die 3. Abhandlung über das System der Fixsterne, die dem ganzen Heft seinen Namen gegeben hat. Hier kommen die Gesetzmäßigkeiten zur Darstellung, die in den Bewegungen der Fixsterne erkannt sind, und die dazu geführt haben unser gesamtes Universum als ein einheitliches, zu unserer Milchstraße gehöriges Weltsystem aufzufassen. In dem 4. kurzen Aufsatz **Vom Universum** erörtert der Verfasser die Möglichkeiten weiterer Weltsysteme, die unserm Milchstraßensystem ähnlich sind und sich vielleicht mit ihm zu einer höhern Einheit verbinden, oder aber auch die Möglichkeit der Endlichkeit des auf das Milchstraßensystem beschränkten gesamten Weltalls. Die Darstellung führt den Leser in reizvoller Weise zu den Rätseln, die der gestirnte Himmel immer aufs neue dem forschenden Geist aufgibt.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Erziehung Der Professor der Philosophie und Pädagogik an der Leipziger Universität **Paul Barth**, dessen Philosophie der Geschichte als Soziologie in dieser Rundschau (1915 I, Seite 927 ff.) bereits ausführlicher besprochen wurde, hat eine 2. und vermehrte Auflage seiner Geschichte der Erziehung in soziologischer und geistesgeschichtlicher Beleuchtung erscheinen lassen /Berlin, Reiland/. Das Werk ist aus einer

Reihe von Einzelstudien entstanden, die in früheren Jahrgängen der vom Verfasser mit Friedrich Jodl und Alois Riehl zusammen herausgegebenen Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Philosophie und Soziologie veröffentlicht wurden. Das Thema, die Darstellung der Wechselbeziehung zwischen Erziehung und Gesellschaft, hat großes Interesse und bietet eine solche Fülle von Gesichtspunkten, daß nach diesem ersten Versuch, der dem Autor zufolge nur in einer ganz unzureichenden Arbeit Lorenz von Steins (dem das Bildungswesen behandelnden Teil der Steinschen Verwaltungslehre) eine Art Vorläufer besitzt, gewiß im Lauf der Zeiten noch viele andere, sich wechselseits ergänzend, folgen werden.

In dem Barthschen Buch, namentlich in dem Teil, der die pädagogischen Strebungen und Tendenzen der neuern Zeit darstellt, liegt der Akzent mehr auf der geistesgeschichtlichen als auf der im engeren Sinn soziologischen Beleuchtung. Ja, in der Einleitung, wo der Verfasser das innere Verhältnis, in dem die Geschichte der Erziehung zum allgemeinen Wesen der Gesellschaftslehre steht, begrifflich näher bestimmen will, verläuft sich der Versuch zuletzt in Formulierungen von geradezu unverständlich-ideologischem Gepräge. Seine Antipathie gegen die Marxsche Geschichtsauffassung, der er in seinem Buch über Soziologie die übliche grobmechanistische Ausdeutung gibt, mag da im Hintergrund mitgewirkt haben. Er setzt die Gründe auseinander, auf die sich die Auffassung der Gesellschaft als eines Organismus stützt. Wie im pflanzlichen und tierischen Organismus das Ganze nicht einen Komplex selbständig für sich bestehender Glieder darstellt sondern in gewissem Sinn immer schon als ein ihnen vorausgesetztes, sie aus sich erschaffendes und erhaltendes Ganzes gedacht werden muß, so trifft das auch für das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Gesellschaftsgliedern, den zu ihr gehörenden Individuen, zu. »Der Wille der einzelnen empfängt durch das Zusammenleben mit anderen bestimmte Dispositionen, gewisse Neigungen und Gewohnheiten, die er nie allein entwickeln würde, und er wird durch die Gesellschaft in diesen Dispositionen erhalten.« So bestehe, wie zwischen den Teilen des Organismus, zwischen den die Gesellschaft bildenden Individuen durchgängige Wechselwirkung und wechselseitige Bedingtheit. Niemand

kann sich zu anderen als Herr verhalten, ohne daß diese sich zu ihm als Untergebene verhielten usw. Die wirtschaftliche und geistige soziale Arbeitsteilung setzt alle in ihrem Sein und Leben zu anderen in Beziehung. Und gleichermaßen schließe die Gesellschaft das die Organismen weiter kennzeichnende Merkmal der Fortpflanzung ein. Aber statt nun die Fortpflanzung der Gesellschaft in der für ihr ganzes Dasein und ihre Selbsterhaltung grundlegenden Form zu fassen: also als geschlechtliche Fortpflanzung in familienmäßiger Gliederung, die selbst wieder primären Anhaltspunkt und allgemeine Voraussetzung für die Herausgestaltung der ökonomischen Strukturbestimmtheit (der Produktionsverhältnisse) bildet, erklärt der Verfasser plötzlich die Erziehung selber als die »Fortpflanzung der Gesellschaft« schlechthin. Die Erziehung, die doch die materielle Fortpflanzung und materielle Kinderaufzucht immer schon voraussetzt und nur ergänzend den Heranwachsenden die zur Erfüllung ihrer späteren ökonomischen und sonstigen Funktionen erforderlichen Kenntnisse, Einsichten und Tüchtigkeiten wie die in der Gesellschaft ausgebildeten Sitten und religiös-moralischen Anschauungen übermitteln kann. Das ist kein bloßes Ausgleiten der Feder sondern der Gedanken selbst, wie aus dem nachfolgenden Versuch einer nähern Begründung sich ergibt. Den naheliegenden und von ihm selbst erwähnten Einwand: eine solche Definition der Erziehung erscheine zu weit, man könne die Erziehung nicht als Fortpflanzung sondern nur als geistige Fortpflanzung der Gesellschaft bezeichnen, will er allen Ernstes mit der Behauptung widerlegen, daß das Element der Gesellschaft eine Willenseinheit sei, nicht ein Körper. Sie selber sei ein Willensorganismus und, da der menschliche Wille ein denkender, durch den Geist geleiteter sei, ein »geistiger Willensorganismus« oder im abkürzenden Ausdruck ein »geistiger Organismus«. Wenn aber, so lautet dann der kühne Schluß, die Gesellschaft sich als geistiger Organismus darstellt, »so ist auch ihre zeitliche Fortpflanzung notwendig eine geistige; ist es also unnötig die Fortpflanzung der Gesellschaft durch Erziehung geistig zu nennen. Dieser Zusatz ergäbe einen Pleonasmus.« Dieser Spiritualismus scheint in der Tat ganz vergessen zu haben, daß der sogenannte geistige Willensorganismus der

Gesellschaft an das körperliche Dasein und Geborensein der Gesellschaftsglieder geknüpft ist, die materielle Fortpflanzung und materielle (durch die ökonomische Strukturbestimmtheit vermittelte) Selbsterhaltung ein als von ihrem geistigen Leben und Wollen untrennbares Moment einschließt. So wenig man die Gesellschaft verstehen kann, wollte man die Gesellschaftsglieder als bloße Körper unter Ausschaltung der diesen anhaftenden seelischen Qualitäten des Fühlens, Wollens, Denkens betrachten, so wenig läßt sie sich verstehen, wenn man aus den Beziehungen, durch die die einzelnen zu einem gesellschaftlichen Ganzen im Stamm, im Volk, im Staat verbunden sind, den grundlegenden Zwang der physischen Verhältnisse und Bedürfnisse hinwegdenkt. Eins ist nicht ohne das andere; eine Gesellschaft, die sich als Willensorganismus rein durch Erziehung fortpflanzt, erinnert an das vielzitierte Lichtenbergsche Messer ohne Klinge, dem der Griff fehlt. Erfreulicherweise bleibt aber diese schrankenlos übertreibende Begriffsbestimmung der Erziehung, wie ja von vornherein nicht anders zu erwarten war, für die historische Darstellung ohne weitere Konsequenzen. Der der Erziehung beigelegte Titel: die Fortpflanzung der Gesellschaft zu sein, vermag als bloßer Titel an der realen, in der Natur der Sache selbst begründeten Anschauung nichts zu ändern, wonach Erziehung nur ein Teilmoment sozialer Fortpflanzung sein kann, die als soziale Fortpflanzung mit der physischen Aufzucht zugleich auch das die Eigentums- und Klassendifferenzierung verewigende Moment der Eigentumsübertragung im Erbgang einschließt.

Von der Horde durch den Stamm und die Sippenverfassung verfolgt der Autor die gesellschaftliche Umbildung zu ständischen Gemeinwesen, in denen die aus dem primitiven Geisterglauben erwachsene Naturreligion mehr und mehr die Züge einer Vorschriften selber erteilenden Gesetzesreligion annahm. Diese soziale, von Änderungen der religiösen und ethischen Vorstellungskreise begleitete Umwandlung, die Barth am Beispiel des alten Mexico und Peru, an altasiatischen Staaten, an Ägypten, Griechenland und Rom erläutert, wirke bestimmend auf die Erziehung des Nachwuchses (in den herrschenden Ständen) ein. Eingehender wird das Erziehungswesen im alten Athen dargestellt, das so oft als Stätte künstlerisch

freien, harmonischen Sichaulebens der Individuen gefeiert wurde. »Die gymnastische und musische Unterweisung und der Unterricht in den Elementarfächern waren mit harter Zucht verbunden. Wer das antike Leben für leicht und bequem hält, der irrt sehr. . . Am wenigsten bequem aber war das Leben der Jugend. . . Die Eltern, die Turnlehrer aller Stufen, die Kitharisten und Elementarlehrer, alle hatten das Recht und die Gewohnheit den Knaben zu schlagen. Nicht umsonst trugen die Erziehungsbehörden als Zeichen ihrer Würde einen Stab, nicht umsonst wird der Pädotribe immer mit Rute, Geißel oder Stock abgebildet.« Und diese harte Zucht ging weit ins Jünglingsalter hinein.

In seiner Darstellung der Umbildung der ständischen altgriechischen Gesellschaft zu einer schon modernere Züge tragenden »Klassengesellschaft«, in der auch die Erziehung einen veränderten Zuschnitt erhält (Verdrängung der gymnastischen, zum Kriegsspiel vorbereitenden Ausbildung durch individuell formale Bildungselemente: Grammatik und Rhetorik), geht Barth an der Rolle, die die Zunahme von Warenhandel und Warenproduktion und die wachsenden, den Bundesgenossen auferlegten Tribute bei dieser Entwicklung spielten, stillschweigend vorüber. Die Unterhöhlung von alter Sitte und Überlieferung, die in der Bewegung der Sophisten zutage tretende skeptisch zersetzende Denkrichtung, das Streben der Reichen ihre staatlichen Zwiste möglichst zu verringern, das Verebben der die armen Bürger früher mit Grund und Boden versorgenden Kolonisation gelten ihm zusammen mit der durch Einführung der Testierfreiheit beschleunigten Akkumulation des Grundbesitzes als die in dieser Hinsicht bedeutungsvollsten Faktoren.

An die Schilderung der Verhältnisse, die der antiken Erziehung das Gepräge gaben, schließt sich die Skizzierung der christlich klerikalen Pädagogik in der ständischen Gesellschaft des Mittelalters, sodann der Neuerungen, zu denen die italienische Renaissance und die Reformation (im Volksschulunterricht) den Anstoß gaben. Mit besonderer Liebe und Sorgfalt wird die Aufklärungsbewegung behandelt, die in kritischer Opposition zu dem geschichtlich zufällig Gegebenen der gesellschaftlichen Verhältnisse und des überkommenen Glaubens, in verstandesmäßiger Beweisfüh-

rung Grundzüge einer vernünftig naturgemäßen Ordnung und Denkweise entwerfen will. Mit dem Naturrecht, der natürlichen Religion und natürlichen Moral hängt auch die »Theorie einer naturgemäßen Pädagogik« eng zusammen. Locke, Rousseau, Basedow, Comenius, Pestalozzi, Diesterweg, mehr oder weniger alle von jenem allgemeinen Geist der Aufklärung befruchtet, erscheinen da auf dem Gebiet der Erziehung als wirksamste Vertreter der Reformen. Mit der Forderung: den Stoff und die Methoden des Unterrichts soweit wie möglich der kindlichen Natur, ihrem Anschauungsvermögen und Interessenkreis anzupassen (einer Forderung, die ihre Konsequenzen zugleich natürlich auch gegen das Einpauken von unverstandener kirchlicher Dogmatik in die jungen Köpfe kehrt, und solche lähmende Dressur durch Unterweisung in allgemeiner menschlicher Religion und Moral ersetzen will), verbindet sich das Programm einer von der Vorrherrschaft der Kirche abgelösten, rein vom Staat geleiteten Volksschule. Auch der 6., die Erziehung in der liberalen Gesellschaft auf etwa 200 Seiten behandelnde Abschnitt legt besonderes Gewicht auf den Einfluß, den das Auftreten neuer, die Gedankenwelt der Aufklärer fort- und umbildender Ideen ausübt. Insbesondere auf die in allen Gebieten der Natur- und Geisteswissenschaften vordringende entwickelungsgeschichtliche Auffassung und die sozialpolitische Idee gesellschaftlicher Solidaritätspflichten speziell im wirtschaftlichen Leben, dessen Regelung der frühere Liberalismus mit seiner natürlichen Harmonieenlehre dem Walten ungehemmten Konkurrenzkampfes hatte überlassen wollen. In gedrängtem Überblick werden hier und in dem abschließenden Kapitel (Ausblicke in die Zukunft) die Tendenzen erörtert, die sich in der Volksschule (insbesondere dem rein weltlichen Moralunterricht der französischen Volksschule) wie in dem technischen Unterricht, in der Koedukation von Knaben und Mädchen, dem Streben nach der Einheitsschule, dem Eindringen der Naturwissenschaften, der neueren Sprachen in die höheren Schulen, der Freischulen- und Wandervogelbewegung und in der Universität zutage treten. Warm verliert der Autor überall den freiheitlichen Fortschritt. Anfechtbar erscheint mir nur, bei der Masse neu zudringenden Bildungstoffs, daß er die unverkürzte Beibehaltung

der lateinischen Grammatik als angeblich unersetzbarer Geistesgymnastik befürwortet. Gewiß, die Schulung in begrifflich klarem Denken ist eine der kulturell wichtigsten (schon als Gegengift gegen politische und Rassenideologie unerläßlichen) Aufgaben der Erziehung. Aber warum soll gerade die dem Interesse der Jugend meist so zwecklos scheinende lateinische Grammatik als Exerzitium dazu dienen? Denkübnungen und Diskussionen, zu denen sich in Anknüpfung an unsere klassische Literatur und ebenso auch sonst ein Stoff, der reizt und anzieht, leicht finden ließe, und elementare logische Unterweisungen, die natürlich, statt leere Formeln einzübnen, an konkreten Beispielen das Wesen wissenschaftlicher Beweisführung und dergleichen mehr erläutern müßten, würden gewiß von vielfach intensiverer Wirkung für Ausbildung der Verstandeskkräfte und der Gewöhnung zu selbständigem Urteil sein. Barth selber weist darauf hin, indem er eine Berücksichtigung von philosophischen Ausblicken, namentlich des Entwicklungsgedankens, empfiehlt.

Persönlichkeit Eine eigenartige Individualität tritt dem Leser in Leopold Zieglers Arbeit Volk, Staat und Persönlichkeit, in der Sammlung von Schriften zur Zeitgeschichte /Berlin, S. Fischer/ entgegen. Das Motto aus dem Kirchenvater Augustinus »Ich glaubte, deshalb redete ich auch« und das dunkle Vorwort deuten von vornherein auf Mystisches. Der Autor erklärt da, die wichtigsten Partien seines Büchleins bezögen sich auf nichts Wirkliches und nichts Gegenwärtiges; sie suchten nur »den Umriss einer Menschlichkeit zu zeichnen, die vielleicht ähnlich so einmal gewesen ist oder vielleicht ähnlich so einmal sein wird. . . Alles in allem ein kindliches und ohnmächtiges Unterfangen innerhalb einer vor Mächthunger wahnsinnig gewordenen Epoche.« Die Wanderung durch die beiden ersten Hauptabschnitte: Das Volk und seine Souveränität und Der Staat und die Gerechtigkeit, ist zum guten Teil ermüdend. Man hat den Eindruck feiner geistiger Kultur, die für ihre Überlegungen eigene Wege und Ausdrucksformen sucht, dabei aber, die Bindung an klarumschriebene, scharfumrissene Probleme verschmähend, über ein schillernd schaukelndes Begriffsspiel kaum hinauskommt. Ähnlich wie bei den soziologi-

schen Arabeskenzeichnungen, in denen Simmel sich so oft ergeht. Insbesondere die Ausführungen, daß infolge des Fehlens eines allgemeinen Maßstabs, nach dem Leistung und Gegenleistung quantitativ gemessen werden können, die Realisierung eines absoluten sozialen Gerechtigkeitsideals unmöglich sei, und die dabei mitunterlaufende naive Unterstellung, der Marxismus stütze sich auf aus einem solchen Ideal abgeleitete Postulate, stellen die Geduld auf eine harte Probe. Auch ist kein Ziel zu sehen, wohin die Fahrt denn gehen soll. Aber der Schlußabschnitt Der Notstand der Persönlichkeit und seine Überwindung, zu dem vom 2. Teil ein kühner Salto mortale hinüberführt, gewähren durch den Reichtum psychologischer Perspektiven und Konstruktionen (bei aller Angreifbarkeit im einzelnen) um so intensivere Anregung. Ausgerechnet die Unerreichbarkeit einer derart formulierten absoluten Gerechtigkeit, die nach festen Wertmaßstäben ein Gleichgewicht von Leistung und Gegenleistung herzustellen vermöchte, muß bei Ziegler als Erklärungsgrund dafür herhalten, daß die Persönlichkeit im bloß sozialen Wirken sich nicht befriedigt fühlen kann. Zusammen mit dieser Unbefriedigung wachse dann naturgemäß auch das Gefühl der Abgelöstheit, Isoliertheit, die Einsamkeitsempfindung des Individuums. So unzureichend eine solche Ableitung des Einsamkeits- und Fremdheitsbewußtseins ist, das, wie schon ein Blick auf die moderne Literatur zeigt, aus viel elementarerer Quellen fließt, so interessant ist auf der andern Seite die Galerie von Typen des Einsamkeitsgefühls, die der Verfasser mit freier, an die Freiheiten der Hegelschen Phänomenologie erinnernder Ausdeutung historischer Figuren entwirft. Die Konstruktion des Herren- und Herrschaftswillens von diesem Standpunkt aus erscheint freilich in einem Grad gewaltsam, der hier und da beinahe an Komik streift. Aber gleich das Charakterbild Napoléons, das alle Züge, die bei ihm auf ein Einsamkeitsbewußtsein deuten, zusammenträgt, sein Leben und sein Schicksal von diesem Punkt her zu beleuchten sucht, macht, ob historisch haltbar oder nicht, in jedem Fall starken Eindruck. Und diese plastische Kraft offenbart sich in der Schilderung des zweiten und des dritten Typus: Nietzsches als des philosophierenden und Augustins als des gläubigen Einsamkeitsmenschen noch stärker. Nament-

lich über das Widerspiel von Isolierungstrieb und stark geselligem Freundchaftsverlangen in der Seele des Zarathustradichters findet man geistvoll tiefspürende Bemerkungen. In der Betrachtung Augustins ringt Ziegler um eine nähere Bestimmung der Grenzen, die das Wissen und einen ihm wahlverwandten, von rationeller Überlegung getragenen Vernunftglauben, wie er dem philosophischen Denken vorschwebt, vom eigentlichen Glauben scheiden, der, aus unmittelbarem innern Erleben strömend, den ganzen Sinn durchdringend, alle intellektuellen Begründungsversuche seines Inhalts selbstgenügsam abweist. Augustinus erscheint ihm als vollkommenste Verkörperung solcher heute ausgestorbenen Sinnesart; und er hofft, die Zukunft werde diese einst wiederum erneuern. Es ist ein ausgesprochener Antirationalismus, der sich in seinen mystischen Tendenzen auch dem orthodoxen Kirchentum, ja allem Streit über richtigen und falschen Glauben überhaupt ablehnend gegenüberstellt. Der geglaubte Inhalt gilt dem Verfasser im Verhältnis zu dem Gefühl des Glaubens und der darin beschlossenen religiösen Stimmung als etwas ganz Bedeutungsloses. Ein Symptom, wie viele andere, für die heute wieder in so breiten Kreisen gegen den Rationalismus sich regende, aber doch in ihren Dunkelheiten schließlich immer wieder ohnmächtige Opposition.

Kurze Chronik Mit dem 85jährigen Carl Jentsch, dessen Tod hier in der Rundschau Geistige Bewegung (in diesem Band, Seite 1090) mitgeteilt wurde, ist auch ein volkswirtschaftlicher Schriftsteller gestorben. Fast 60 Jahre alt, begann er nationalökonomische Studien zu treiben. Er gab einige Bücher heraus, von denen hier die Arbeit Weder Kommunismus noch Kapitalismus zu erwähnen ist. ◊ An der Grazer Universität wurde im Juni ein Balkaninstitut gegründet. Es soll Forschungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Balkanländer fördern. Vor allem aber sollen dort praktische Kurse zur Einführung von Kaufleuten auf den Balkan abgehalten werden; und zwar soll dabei vorwiegend auf das österreichische Interesse Bedacht genommen werden. ◊ Der Erforschung des Balkans, aber darüber hinaus auch des mohammedanischen Vorderasiens, dient auch das gleichzeitig errichtete

Leipziger Institut für Orientforschung. Es verfolgt ausschließlich den Zweck auf wissenschaftlicher Grundlage die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben Deutschlands in jenen Ländern zu untersuchen. ◊ Der Dozent der Volkswirtschaftslehre an der Mannheimer Handelshochschule S. P. Altman, der auch Privatdozent an der Universität Heidelberg war, ist dort außerordentlicher Professor geworden. ◊ An der Universität Berlin wurde Rudolf Eberstadt zum ordentlichen Honorarprofessor ernannt. Er hat bekanntlich besonders auf dem Gebiet des Wohnungswesens gewirkt.

Literatur

In der Sammlung von Schriften zur Zeitgeschichte /Berlin, S. Fischer/ erschien von dem Kieler Soziologen Ferdinand Tönnies ein kurzer Traktat über Weltkrieg und Völkerrecht. In dem Zusammensturz so vieler völkerrechtlichen Bestimmungen im Weltkrieg hält Tönnies an der Idee des Völkerrechts und den Hoffnungen einer humanitären sozialen Entwicklung unerschütterlich fest. Auch er erwartet vom Sozialismus die schließliche Verwirklichung eines dauernden Friedenszustands. Die Richtung, worin allein der Wirtschaftsfriede und in seinem Gefolge der Völkerfriede wirklich gesucht werden müsse, sei die Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit. Unvollkommen wie sie durchführbar sein mag, werde sie allein zur Beruhigung der heutigen Menschheit und in einigem Maß dazu führen können, daß die Staaten einander in Ruhe lassen und einander zu dulden lernen, wie die religiösen Bekenntnisse und Lehrmeinungen einander zu dulden und in Ruhe zu lassen gelernt haben.

Religionswissenschaft / Herbert Kühnert

Buddhismus und Christentum Wenn man das Christentum mit dem Buddhismus vergleicht, so kann dies natürlich nur unter allen den Vorbehalten geschehen, die ein Vergleich zwischen verschiedenen geistigen Individualitäten überhaupt erfordert. Diese Vorbehalte als Selbstverständliches vorausgeschickt, fragt es sich, ob die vorhandenen gemeinsamen Züge unter dem Gesichtspunkt gegenseitiger Beeinflussung dieser beiden Religionen oder unter dem der Ähnlichkeit der Umstände, aus denen sie hervorgegangen sind, be-

trachtet werden sollen. Beide Wege sind wiederholt innerhalb der religionswissenschaftlichen Forschung betreten worden: der erste in der Schrift des Holländers van den Bergh van Eysinga über indische Einflüsse auf evangelische Erzählungen, der zweite etwa in der Schrift Lüttges Christentum und Buddhismus. Natürlich ist die Frage nach der gegenseitigen empirischen Berührung der beiden Religionen von untergeordneter Bedeutung gegenüber der andern: inwiefern diese beiden Religionen bei aller Verschiedenheit doch als Vertreter der gleichen Phase religiöser Entwicklung angesehen werden dürfen; denn dort handelt es sich lediglich um Ursache und Wirkung, hier aber um die Phänomenologie des Menschengesistes.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die gemeinsamen Züge des alten Glaubens, an dessen Fundamenten der neue rüttelt, so haben wir in beiden Fällen ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Mensch und Gott, das dem Frommen irdisches Gedeihen, seinem Feind Untergang verheißt. Ist das Ziel dieser Frömmigkeit in materiellen Gütern beschlossen, so kennzeichnet sich ihr Weg durch peinliches Beobachten aller Vorschriften eines bis ins kleinste kodifizierten religiösen Gesetzes mit Vorschriften über Gebet und Tempeldienst, die Einhaltung des religiösen Kalenders, den Verkehr mit Andersgläubigen usw. Die Aufgabe der weitern Kodifizierung des Gesetzes, seiner Auslegung, Überlieferung und Geltendmachung liegt in den Händen einer mit den wirtschaftlich und politisch herrschenden Mächten eng verbundenen Priesterkaste. Die Einheiten, innerhalb deren sich die Glaubens- und Kultgemeinschaft von selbst versteht, sind Familie, Sippe, Klasse, Volk. Auch da, wo die Glaubensgemeinschaft bereits die Grenzen der Bluts- und Klassengemeinschaft überschritten hat und mit einer Art von Nationalbewußtsein zusammengefallen ist, wirkt immer noch älterer religiöser Partikularismus nach, doch ist es keineswegs so, daß der freiere Ausblick auf jene höhere Form von Religiosität, die den Menschen schlechthin in den Mittelpunkt stellt, von der Höhe der Theokratie herab getan würde, sondern gerade aus der Tiefe und Enge des Beherrschenseins heraus wird ein Ideal von religiösem Führertum geboren, offenbar weil hier weniger Interesse an der Aufrechterhaltung der herrschenden Zustände vor-

liegt und zugleich ein unbefangenerer Blick auf ihre problematischen Seiten möglich ist. So hat denn Buddha gleichwie Jesus seine Vorgänger gehabt in Männern aus dem Volk, denen eine idealere Fassung des religiösen Ziels und eine Verinnerlichung der Frömmigkeit am Herzen lag, die in machtvoller Entscheidung aus der Bedingtheit des häuslichen oder klassenmäßigen Lebens in die Unbedingtheit des freien Menschentums hinausstraten, unabhängig nach oben und unten, furchtlos und unterschieden. Abkehr vom bisherigen und Hinwendung zum neuen Glauben predigend, als fellbekleidete Wanderer Buße predigend und Gefolgschaft wählend, gleichviel, ob aus Menschen des gleichen Stamms, des gleichen Volks, der selben Klasse, des gleichen Geschlechts, lediglich auf den innern Menschen und seine Erlösung bedacht.

Sehen wir uns nunmehr die beiden Erlösergestalten Jesus und Buddha an. In beiden Fällen eine wahrscheinlich geschichtliche Gestalt, über deren tatsächliches Wirken so gut wie nichts überliefert ist, die beide nichts Schriftliches hinterlassen haben. Beide aber von der Legende reich umspunnen. Unter wunderbaren Umständen hat sich ihre Geburt vollzogen, in beiden Fällen ist die hochgebenedeite Mutter eine Jungfrau. Schon das Kind läßt die hohe Bestimmung des Mannes erraten. Ein ehrwürdiger Vertreter der herrschenden Religion kommt auf wunderbare Weise zu ihm und prophezeit ihm eine große Zukunft (Simeon-Asita). Wie der Knabe zum Mann herangereift ist, kommt plötzlich die Erleuchtung über ihn. Um sich auf seinen hohen Beruf vorzubereiten, sucht er die Propheten seiner Zeit auf. Aber sie erkennen in ihm den Größern und beugen sich vor ihm. Da geht er in die Einsamkeit. Hier besteht er die Meisterprobe der Versuchung durch den Teufel. Nun zieht er vater-, mutter-, heimatlos durch die Lande, ein gewaltiger Held, dem Tod und Teufel untertan sind. Bald spricht er zu der Menge bald beschäftigt er sich mit einzelnen bald mit Reichen bald mit Armen bald mit Pharisäern (Brahmanen) bald mit Zöllnern und Sündern. In beiden Fällen umgibt den Meister ein Kreis von Jüngern, die er sich ausgewählt hat, darunter einer, den er besonders lieb hat (Johannes-Ananda). Mit Vorliebe redet er in Gleichnissen, immer ausgehend von den Ereignissen des täglichen Lebens, in klassischer Geradheit sie in Be-

ziehung zum Höchsten und Letzten setzend. In beiden Fällen geschehen Zeichen und Wunder in der Natur, wie der Erlöser sein Werk vollbracht hat; in beiden Fällen verleiht ihm die Nachwelt eine religiöse Würde, die der Mythos des Volkes längst erträumt hatte (Jesus der Christus, Gotama der Buddha).

Wir gehen zur Lehre über. Beide Religionen wenden sich nicht an ein besonderes Volk, haben auch nichts mit Familie, Klasse, Geschlecht, Beruf oder Alter zu tun, sondern haben den Menschen schlechthin, und zwar den Menschen und seine Erlösung aus Sünde und Leid, zum Gegenstand. Sünde und Leid wurzeln darin, daß der Mensch an Bedingtem, Materiellem, Natürlichem haftet, statt sich zur Erkenntnis von dessen Nichtigkeit aufzuschwingen und in definitiver Entscheidung sein Leben dem Dienst des unbedingten Geistes zu weihen. Für den, der diese Entscheidung vollzogen hat, haben die Güter der Außenwelt ihren Wert, die äußeren Feinde ihren Schrecken verloren. Nicht um die Besiegung des Feindes mehr handelt es sich sondern um die Erlösung der Seelen, sowohl der eigenen wie der des Nächsten, nicht um Eigensucht, Haß und Eitelkeit sondern um unendliche Demut und Liebe. »Im eigenen Innern, das bis zu immer verborgeneren Tiefen durch Leben und Leiden der einzelnen und der Nationen erschlossen ist, muß der Zwiespalt überwunden werden, für welchen das Blut der Opfertiere, der Knechtsgehorsam gegen äußere Ordnungen dem zagenden Herzen keine Versöhnung mehr bringt.« So Oldenberg (Buddha /Stuttgart, Cotta/, Seite 3). War man in den alten Glauben gleichsam hineingeboren worden, so entscheiden jetzt über die Zugehörigkeit zur Glaubensgemeinschaft das Gewissen, die Erkenntnis, die freie Entscheidung. So bildet sich im Gegensatz zu der alten, gleichsam auf naturhaftem Zwang beruhenden Gemeinschaftsform die neue, auf selbständiger Erkenntnis und subjektiv freier Entscheidung beruhende Form der Gemeinschaft, die Form der Schule, der Gemeinde, des Ordens, der Kirche. Nach dem irdischen Ende des Erlösers sind einerseits seine Jünger Träger des neuen Glaubens, andererseits bildet sich aufs neue ein geschriebener, interpretierter Kanon heraus. Der Wille dem Meister das heilige Leben nachzuleben bricht sich bei der großen Menge an dem Bewußtsein der eigenen Unzu-

länglichkeit, und die Abstufung dieses Bewußtseins prägt schließlich der neuen Gemeinschaft wiederum den hierarchischen Charakter auf, der zwar der geschichtlichen Kontinuität der neuen Organisation und ihrer räumlichen Ausdehnung über die Schranken von Sprache, Rasse, Volks- und Staatentum hinaus förderlich, der lebendigen Ursprünglichkeit und dem hohen Niveau des neuen Glaubens aber schädlich ist. Es kommt hinzu, daß zugleich mit der Ausbreitung der Hierarchie, mit ihren Spaltungen in Sekten und mit ihren reformatorischen Wandlungen eine Vermischung des neuen Glaubens mit vorgefundenen, teilweise niederen Formen von Religiosität stattfindet. Zugleich wandert das Zentrum der neuen Glaubensgemeinschaft in ein anderes Land (Palästina-Rom-Nordwesteuropa; Indien-Tibet-Ostasien). Unter solchen Gesichtspunkten ist die Eroberung des Abendlands durch das Christentum, die des östlichen Orients durch den Buddhismus zu betrachten. Hier wie dort haben wir schließlich ein mächtiges hierarchisches Gebilde mit Päpsten und Bischöfen, Mönchen, Nonnen, Klöstern, Schismen, Dogmen und Konzilien; hier wie dort Reformationen und Renaissancen, Kämpfe zwischen kirchlicher und weltlicher Gewalt, kirchliche und religiöse Kunst und allgemeine Durchdringung des Kulturlebens mit kirchlichem und religiösem Geist. Wiederholt haben sich im Lauf der Geschichte die beiden Religionen berührt und beeinflußt, oder sie haben in missionierender Konkurrenz zu einander gestanden (siehe die christliche Mission im Orient und die noch zu wenig beachtete buddhistische Mission im Abendland). Und zwar reicht die Beeinflussung des Christentums gemäß dem höhern Alter des Buddhismus und dem allgemeinen ostwestlichen Zug der europäischen Kultur bis in die Entstehungszeit des Christentums zurück.

Wir haben nunmehr auch den besondern Zusammenhang gewonnen, in den die Mitteilung von dem Ergebnis der eben erwähnten Forschungen van der Bergh van Eysingas gehört. Es sollen daher noch einige kurze Bemerkungen über sie angeschlossen werden.

In den für eine Beeinflussung hauptsächlich in Frage kommenden ersten Jahrhunderten nach Christus bestand ein lebhafter Verkehr zwischen Indien und Westasien. Nachgewiesen ist die Aneignung indischer Legenden durch Christen im 3. Jahrhundert und ihre

Verwendung zu erbaulichen Zwecken. Auf dem Weg über Syrien können auch schon früher indische Legenden nach dem Westen gekommen sein. Im besondern sind folgende christlich-indische Parallelen in den kanonischen Schriften zu beachten: Simeon im Tempel, der 12jährige Jesus, Jesu Zögerung sich taufen zu lassen (Hebräerevangelium), Versuchungsgeschichte, Selbpreisung Marias, das Scherflein der Witwe, das Wandeln auf dem Meer, die Samariterin, das Bild vom Wasser im Leib Christi, das Gleichnis von den anvertrauten Pfunden, das im 2. Petrusbrief erwähnte Bild vom Weltbrand; in den apokryphen Schriften: Jesus glänzend im Schoß der Mutter, Zeichen bei Jesu Geburt, Ehrenbezeugung der Bäume und der Götterbilder, Jesu Schulbesuch. Als Parallelen von mehr fraglichem Charakter kommen in Betracht aus den kanonischen Schriften: die Verkündigung Marias, die Erwählung der Jünger, die Nathanaelgeschichte, die Geschichte vom verlorenen Sohn, die Heilung des Blindgeborenen, die Verklärung auf dem Berg; aus den Apokryphen: die Jugendgeschichte (die indische Parallele ist hier allerdings nicht in der Buddhasondern in der Krishnalegende zu suchen) sowie Jesu Niederfahrt zur Hölle.

Neuausgaben Eine vortreffliche Ausgabe des größten deutschen Mystikers Eckehart ist unter dem Titel *Meister Eckeharts Schriften und Predigten* aus dem Mittelhochdeutschen übersetzt und herausgegeben von Herman Büttner, erschienen /Jena, Diederichs/. Der Herausgeber hat das Problem der Eckehartschriften mit seiner Ausgabe dadurch der Lösung nähergeführt, daß er von einer kleinen Gruppe von Schriften, bei denen die Urheberschaft Eckeharts am wenigsten zweifelhaft ist, ausgegangen ist, um zur Herstellung eines einigermaßen einwandfreien Textes zu gelangen. Die Arbeiten Pfeiffers, Sievers, Lassons und des von Animosität gegen den ketzerischen Ordensgenossen wohl nicht ganz freien Dominikaners P. Denifle haben ihm dabei gute Dienste geleistet. Besonders konnte auch der Fund Ludwig Kellers benutzt werden, der eine umfangliche lateinische Rechtfertigungsschrift darstellt, mit der Meister Eckehart 1326 den Angriffen der erzbischöflichen Inquisition entgegentrat. Durch die Hinweise, die in dieser Handschrift des Meisters auf einige seiner deutschen

Predigten enthalten sind, konnte unter anderem die Authentizität des sogenannten Buches Benedictus (in der Ausgabe Büttners unter den Kapitelüberschriften Das Buch vom Trost und Der Sermon vom edlen Menschen) festgestellt und so nicht nur das Problem der Eckehart zugeschriebenen Texte sondern auch die Forschung über Eckeharts Leben und Lehre um einen entscheidenden Schritt vorwärts geführt werden. Die gesamte Ausgabe ist auf 3 Bände berechnet. Von den beiden, die bis jetzt herauskamen, behandelt der eine Eckeharts Art und Gedankenwelt in allgemeinem Überblick, während der andere mehr seine Ethik in den Vordergrund stellt. Dieser Band beginnt mit der Geistlichen Unterweisung und enthält unter anderem außerdem schon genannten Buch Benedictus die Predigt Stark wie der Tod ist die Liebe und den berühmten Sermon vom Gottesreich mit seiner »übermenschlichen« Forderung des dreifachen mystischen Todes. Der 1. Band, der, gestützt auf eine Berliner Handschrift, zum erstenmal die Predigt Von dem Zorn der Seele und von ihrer rechten Stätte bringt, wird durch einen längeren Aufsatz über Eckeharts Leben und Lehre eingeleitet; als Anhang ist jedem einzelnen Band ein reiches Material von textkritischen und textgeschichtlichen Anmerkungen beigelegt.

Ein anderes Buch, das bei dem Thema der Neuausgaben religiöser Mystiker Erwähnung verdient, ist der Band des Laotse 'Tao te King: Das Buch des Alten vom Sinn und Leben, aus dem Chinesischen verdeutscht und erläutert von R. Wilhelm /Jena, Diederichs/. Diese Ausgabe des großen chinesischen Mystikers bildet den 7. Band eines auf 10 Bände berechneten Unternehmens (Religion und Philosophie Chinas), in dem nach einander die wichtigsten Originalurkunden, Persönlichkeiten und Strömungen der chinesischen Religionsgeschichte dargestellt werden sollen. Auf dieses Werk, von dem außer dem vorliegenden Band bereits mehrere andere erschienen sind (zum Beispiel Kungfutse Gespräche), wird man hier noch in anderem, besonderem Zusammenhang zurückzukommen haben. Seinem Fortgang sei aller gute Erfolg gewünscht.

Kurze Chronik Der Baseler Religionsgelehrte P. W. Schmidt ist gestorben. Er war durch religionsphilosophische Arbeiten über Spinoza und Schleiermacher, eine Be-

arbeitung der Pfeidererschen Protestantenbibel und eine Geschichte Jesu /Tübingen, Mohr/ wie auch durch seine Betätigung im öffentlichreligiösen Leben und durch seine langjährige Redaktion der Protestantischen Kirchenzeitung bekannt. ◊ Der Vorsitzende des Lehrerkollegiums am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau Professor Israel Lewy ist, 77 Jahre alt, im September gestorben. Er war eine erste Autorität in den talmudischen Disziplinen. ◊ Die Theologische Fakultät der Berliner Universität stellte die folgenden Preisaufgaben: 1. »Ist der Römerbrief ein Brief im eigentlichen und engeren Sinn des Wortes oder eine Lehrschrift in brieflicher Form? Was bedeutet dieser Unterschied für Verständnis und biblisch-theologische Verwertung seines Textes?« 2. »Die religiöse Entwicklung E. M. Arndts.« Außerdem wiederholt sie die Aufgabe des Vorjahrs: »Luthers Psalmenvorlesung soll mit Augustinus Psalmenkommentar verglichen werden.« ◊ Der 85jährige Wilhelm Wundt ist von seiner akademischen Tätigkeit zurückgetreten. Er hat auch für die Religionswissenschaft durch Bearbeitung der Theorien und Tatsachen über Wesen, Entstehung, Entwicklung und Gegenwartsprobleme der Religion (besonders in den Bänden Mythos und Religion seiner Völkerpsychologie /Leipzig, Kröner/) Wichtiges geleistet.

Literatur An Werken, die in den Buddhismus einführen, besitzen wir jetzt so viel Gediegenes, daß es schwer fällt aus dem Guten eine Auswahl des Besten zu geben. An erster Stelle sei das vortreffliche, gegenwärtig in 6. Auflage vorliegende Werk Hermann Oldenbergs Buddha, sein Leben, seine Lehre, seine Gemeinde /Stuttgart, Cotta/ genannt, das den ältern Buddhismus nach den Paliquellen darstellt. Der tiefe Gegensatz, der trotz allen oben dargestellten Gemeinsamkeiten doch zwischen buddhistischer und christlicher Religiosität besteht, ist dabei eindrucksvoll herausgearbeitet, besonders die buddhistische Leugnung der Seele, die verschiedene Stellung der Ethik im Christentum und im Buddhismus, die Verschiedenartigkeit des beiderseitigen Ziels der ewigen Seligkeit usw. Vortrefflich ist auch bei Oldenberg der Hinweis auf die positive Seite des sogenannten buddhistischen Pessimismus (Seite 249 f.). ◊ Eine kurze Darstellung des Buddhis-

müs gibt H. Hackmann (Der Buddhismus, in den Religionsgeschichtlichen Volksbüchern /Tübingen, Mohr), der nach kurzer Darstellung der buddhistischen Lehre selbst besonders die Geschichte ihrer Ausbreitung über Vorderindien hinaus (Ceylon, Hinterindien, Tibet, China, Korea, Japan) schildert. \diamond Eine treffliche Arbeit ist R. Pischels Leben und Lehre des Buddha, in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt; sie ist nach dem Tod des Verfassers von H. Lüders in 2. und 3. Auflage fortgeführt worden. Bemerkenswert ist Pischels Schrift dadurch, daß sie den buddhistischen Begriff Maitri (Pali Metta) in eine allerdings vielbestrittene Parallele zum Begriff der christlichen Liebe stellt und in ihr überhaupt den Grundgedanken des Buddhismus sieht. \diamond Zur Charakterisierung der oben genannten Schrift G. A. van den Bergh van Eysingas Indische Einflüsse auf evangelische Erzählungen /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/ ist zu sagen, daß der Verfasser bei aller Genauigkeit im einzelnen über Mutmaßungen nicht hinausgeht: ein Vorzug, den Eysingas Vorläufer R. Seydel besonders in seinen ersten Schriften über das Verhältnis des Buddhismus zum Christentum nicht im selben Maß aufzuweisen gehabt hat, während er der neuesten Schrift über den gleichen Gegenstand (R. Garbe Indien und Christentum /Tübingen, Mohr/) wieder in höherem Maß eigen ist. \diamond Die gleichfalls bereits oben genannte Schrift Willy Lüttges Christentum und Buddhismus /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/ scheint mir den Mangel zu haben, daß sie den Buddhismus zu sehr unter dem Gesichtspunkt der Resignation und des Pessimismus betrachtet, während in Wirklichkeit die geistige Selbstüberwindung, die er predigt, doch auch eine positive Seite religiösen Glaubens vorstellt. \diamond Eine anregende Schrift über den Buddhismus ist die Broschüre Kurt Schmidts Der Buddha und seine Lehre /Leipzig, Harrassowitz/. Mit Recht sind hier Aussprüche Buddhas hervorgehoben, die erkennen lassen, wie sehr dieser große Denker ein Feind des Quietismus gewesen ist, als dessen Vertreter er vielfach hingestellt wird. \diamond Ein großes apologetisches Werk, das nicht sowohl das Leben Buddhas oder die Geschichte seiner Lehre als vielmehr diese Lehre selbst in ihrer vermutlich ursprünglichsten Form darstellen will, ist Georg Grimms Buch Die

Lehre des Buddha, die Religion der Vernunft /München, Piper/. \diamond Eine zusammenfassende Ergänzung aller dieser aufgezählten Werke bildet Hermann Beckhs vorzügliche Arbeit Buddhismus (in 2 Bändchen der Sammlung Göschen). Der 1. Band behandelt den Buddha der Legende und das Problem des geschichtlichen Buddhas, der 2. Band enthält die Darstellung der Lehre, die sich besonders durch die Aufmerksamkeit auszeichnet, die der Verfasser dem Problem der Abhängigkeit der buddhistischen Lehre von der Yoga gewidmet hat. Auch hier wird hervorgehoben, daß nicht die Empliation des Weltleidens, sondern die des Siegs über das Leiden der Stimmung des buddhistischen Jüngers das Gepräge gibt, daß es daher eine Verkennung des Wesens des Buddhismus bedeutet, wenn man ihn in Parallele zu dem Pessimismus Schopenhauers oder von Hartmanns setzt. Dem Karuna (Mitleid) mißt der Buddhismus für die Gegenwart die größte Bedeutung bei, während sich der Glaube an ein Zeitalter, wo die Liebe unter den Menschen ihren Thron errichten wird, mehr mit dem Glauben an den zukünftigen Buddha (Maitreya, den Liebevollen) verwebt. Auch Beckh legt großen Wert auf die zuerst von Pischel beachtete Stelle in Abschnitt 27 des Itivuttaka, wo es von jener hohen, all-durchdringenden kosmischen Liebe, jenem herzensbefreienden Freundschaftsgefühl, Maitri, heißt, daß alle Mittel in diesem Leben, um sich religiöses Verdienst zu erwerben, nicht den Wert eines Sechzehntels von ihr haben.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Degas †

Am 27. September ist Edgar Degas im Alter von 83 Jahren in Paris gestorben.

Er war mit Renoir wohl der letzte der lebenden großen französischen Impressionisten. Ihr Geschlecht steht mit einer Bedeutung und Kraft vor uns, wie man sie jetzt schwerlich finden könnte. Wenn von den Jetztigen würde man es zutrauen, daß er bis in das Greisenalter hinein seine volle Arbeitskraft würde lebendig halten können? Gerade weil dem Impressionismus sich das Leben so viel epischer und breiter zeigte, waren die Schätze, die es bieten konnte, unermesslich groß. Die Impressionisten wurzelten so ganz und gar im Leben und in der Natur, daß sie immer neue Kraft

aus ihr empfangen konnten, und da sie die gewaltsamen Steigerungen vermieden, zeigte sich ihnen auch die Arbeit ruhiger und ausharrender. Gerade bei Degas fühlt man, wie er ohne Exaltation arbeitet, so daß seine kräftige Naivität ihm bis in das Alter geblieben ist. Diese naive Liebe zur Natur war so eng mit seinem sehr kultivierten künstlerischen Takt verwachsen, daß sie sich nie von einander lösten. Wenn auch dann und wann in seinem Leben einige gute Schulbilder mit eingeflossen sind, so hat er doch in allen ihm wirklich eigenen Sachen die selbe volle Freiheit vor der Natur gehabt.

Die Akademie hatte er kaum besucht. Seine Hauptschulung bestand im Kopieren alter Meister. Schon nachdem er einige Ausstellungen besichtigt hatte, beteiligte er sich 1867 an dem Salon der Zurückgewiesenen. Von da ab zog er sich gänzlich von allem propagandistischen Treiben und allem Cliquenwesen zurück. Er verhielt sich gegen jede Art von Tadel und von Lob so ablehnend, daß ihm nie in seinem Leben eine offizielle Anerkennung zugedacht worden ist. Der Ausschnitt, den Degas vom Leben gibt, ist nur ein klein begrenzter, viel kleiner als zum Beispiel der von Manet; aber dafür ist er von ganz besonderer Lebendigkeit. Immer die selben Themen sind es: Jockeys, Ballettmädchen und Frauenakte. Bei den Jockeys ist es wohl ausschließlich das Bewegte, das ihn interessiert, bei den Ballettmädchen aber kommt hierzu noch der Reiz dieser ganzen drollig-traurigen Welt des Theaters. Einmal die ganz kleinen Elevinnen mit ihren spitzen Schultern und den schmalen Körperchen, die mit kläglichem Ungelenk den Putz tragen, der eigentlich auf die Effekte der Erwachsenen berechnet ist. Die Gesichter sind müde, Großstadtesichter, ausschließlich auf Menschen eingestellt; dann die etwas größeren, schon mit geläufigerer Routine und dann die ganz Erwachsenen in ihrer Gloriole vor den Lampen, mit dem geigenden Orchester und den Herren im Parkett mit dem Opernglas. Alles am Theater schien Degas zu lieben, was bei der Ehrlichkeit und Gleichmäßigkeit seines Temperaments vielleicht befremden könnte; aber vielleicht verlangte gerade diese Ehrlichkeit die so drollig unterstrichene Pose auf der Bühne der Großen Oper oder als ihr Gegenstück die Entspannung und momentane Ernüchterung hinter den Kulissen. Gerade die

Nebenräume in den Pausen liebte er, besonders im kalten nüchternen Vormittagslicht mit den übenden Mädchen und dem alten Ballettmeister mit den Hausschuhen davor. Alle die kleinen Bagatellen, die sich zwischen der Theaterarbeit ergeben, malte er, wie das Herumnesteln an der Kleidung; alles Geringsfügigkeiten, die ihren Reiz erst durch ihr ganz momentanes Leben haben. Das selbe gilt von seinen Akten. Das heißt, diese Bezeichnung mit ihrem klassizistischen Gestus ist hier eigentlich nicht angebracht. Es sind Großstadtmädchen, die irgendwie bei Toilette und Bad sich ausgezogen haben.

So objektiv Degas in seiner Art Menschen anzusehen auch ist, so ist diese Art doch keineswegs etwa indifferent sondern voll starker erotischer Kraft, alles in allem wohl recht romanisch. Die Wirklichkeit liebt er, aber eine verfeinerte, etwas mit Ironie durchsetzte Wirklichkeit, der ihre Härte und Unbeweglichkeit genommen ist. Das prägt sich auch in seiner Art der Zeichnung aus, und Degas ist in erster Reihe Zeichner. Die Farbenskala bewegt sich meist in einem sehr lockern Schwarz-Weiß, und die Fläche ist meist aus farbigen Strichen zusammengesetzt, was schon aus seiner großen Vorliebe für die Pastelltechnik zur Genüge hervorgeht.

Feininger Wie so mancher andere ist auch Feininger dem Kubismus verfallen. Schließlich scheine ich mich darin finden zu müssen, daß dem Kubismus offenbar Kräfte innewohnen, die ich nicht abzuschätzen verstehe, die ich überhaupt nicht sehe. Denn wie wären sonst Zusammenhänge zwischen Feininger und dem Kubismus? Er, dessen Sinne so besonders kapriziös und ungebunden waren, setzt nun auch das bitter strenge Kubistengesicht auf, auf dem auch nicht das geringste Lichtchen einer Laune sich zeigen darf. Höchstens, daß die Körperlosigkeit, die Feininger immer eigen war, vielleicht die Brücke hat bauen können (wennschon die Kubisten eigentlich unkörperlich gar nicht sind; ihre Ecken stehen oft mit großer Plastik im Bild drin). In seinen Aquarellen ist er meist wie früher. Noch der selbe übersensible, etwas wirre Geist. Die Strichführung vollständig wie beim Kind, aber mit höchst unkindlichen Nerven; überall aber geistreich und beweglich wie dünnfließendes Wasser.

Illustration: Eine Sammlung von Äußerungen über die Frau wurde von Etta Federn-Kirmsse herausgegeben (Das Bild des Weibes /München, Delphinverlag/). Die Aussprüche, die aus allen Zeiten und Ländern stammen, sind nach ihrem Inhalt geordnet: das Weib als Mädchen, in der Ehe, in der Erotik, das fromme Weib usw., so daß man innerhalb eines jeden Abschnitts ein wahres Karussell von Ideen anhören muß. Allenfalls hätten sich noch bestimmte Zusammenhänge herauschälen können, wenn die bestimmten Zeiten und Länder geschlossen behandelt worden wären. So ist man bereits nach einigen Reihen vollständig überfittet von diesem Rosinengericht, und es kränkt einen alle die ernsthaften und großen Leute in dem Ragout mit verarbeitet zu sehen. Der Text ist reichlich mit Bildern aus der gesamten Geschichte der Malerei durchsetzt; sie alle haben die Frau zum Gegenstand. Aber in manchen der Bilder sprechen irgendwie danebenlaufende Auffassungen so stark, daß es gewaltig wäre das Bild gerade auf seine Auffassung vom Weiblichen hin ansehen zu wollen. Wie im Text so ist natürlich auch unter den Bildern unendlich viel Interessantes, aber auch hier ermüdend, weil eben Angesponnenes immer sofort wieder abbricht.

Die kleinen Zeichnungen Th. Th. Heines aus dem *Simplicissimus* (Kleine Bilder aus großer Zeit /München, *Simplicissimus*-verlag.) zeigen ihn von ganz anderer Seite als seine großen Blätter. Hier ist viel mehr Liebenswürdigkeit und Behaglichkeit als Satire. Ja, manchmal sind die Themen aus so einer gemütlich warmen Ecke angesehen wie bei Zeichnern aus den Flögenden, technisch natürlich aber ungleich freier. Die Wirtschaftsverordnungen sind da natürlich ein unerschöpflicher Born von Witzen, und ihre Komik ist bis ins letzte hinein ausgebeutet.

Die Wacht im Westen (früher Sommerwacht), diese vom Rittmeister Schmidt herausgegebene Kriegszeitung der 1. Armee, die hier bereits in der Rundschau Geistige Bewegung (1917 II, Seite 602 f.) gewürdigt wurde, hat eine Kriegsmappe, betitelt Von der 9. Reservedivision und ihrer Sturmkompanie während ihrer Kämpfe im Bereich der 1. Armee, erscheinen lassen. Die Blätter, die vom Kriegsmaler Frost gezeichnet sind, geben entweder Porträts einzelner oder Typen von Mann-

schaften bei der Arbeit. Andere Zeichnungen sind in Sammelheften zusammengefaßt; erwähnt sei das Heft Politische Zeichnungen des 1. Halbjahrs 1917 von Aurich. Diese Erscheinungen seien hier zunächst nur kurz angezeigt. Über ihre Art und Bedeutung wird besser später Zutreffendes ausgesagt werden können, wenn man das Ganze der Produktion übersieht, und die Ereignisse einen weitem Abstand von uns haben.

Kurze Chronik Der Bildhauer Walter Scheufen ist auf dem Schlachtfeld in Flandern gefallen. ◊ In London starb am 22. August Mattys Moris, 78 Jahre alt. Als der letzte der 3 Brüder lebte er zurückgezogen und isoliert in London. Er gehörte zu den beliebtesten Malern Englands, Amerikas und Hollands. Viele seiner Werke hängen im Amsterdamer Museum. ◊ Einer der bekanntesten Landschaftsmaler Bayerns, Anton Richard von Stadler, ist am 18. September in München im Alter von 67 Jahren gestorben. Er war nach dem Tode Tschudis mehrere Jahre stellvertretender Leiter der bayrischen Staatsgalerie. ◊ Mit der Ausführung der Deckengemälde im Ehrensaal des Neubaus des Deutschen Museums an der Isarinsel in München ist Julius Diez beauftragt worden. Der Bau dürfte bald fertig sein.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Bauluxus Charakteristisch für das Deutschland von 1870 bis 1914 ist die Fixigkeit, mit der man mit dem Bauen bei der Hand war. Vom Wunsch zum Entschluß, vom Entschluß zur Ausführung: das war eigentlich fast nur noch ein Sprung. In Leipzig wird eine Zentralisierung der Bahnhöfe notwendig, und in ein paar Jahren entsteht der *größte Bahnhof der Welt*. In Berlin braucht man eine Markthalle, eine Großmarkthalle, und es erscheint fast selbstverständlich, daß man die *größte Halle des Kontinents* projektiert. Kaum hat man das Tempelhofer Feld der Bauspekulation überantwortet, so kommt man dazu im östlichen Berlin am Treptower Park ein Gelände aufzuschließen, das für 40 000 Menschen neue Wohngelegenheit bieten soll. Und so hurtig geht es mit dem Projekt, daß man im Schoß des Magistrats sich kaum einmal die Zeit zu nehmen scheint Vor-

und Nachteile zweier unvereinbarer Siedlungspläne, die über das Schicksal von 40 000 Bürgern entscheiden, abzuwägen. Der Größenwahn und die Spekulationsgier der Gründerzeit erschließen diese Ära. Der Krach ist nur für einen Augenblick ein retardierendes Moment. Man lernt etwas sachlicher kalkulieren, um mit um so größerem Wagemut sich ans Projektieren zu machen. Mit einer fast schon sprichwörtlich gewordenen Baulust beginnt dann die Regierungszeit Wilhelms II. Berlin soll zur *schönsten Stadt der Welt* gemacht werden. Wie in den Tagen der römischen Kaiserzeit lebt ein rastloses Bauen an: Denkmäler, Kirchen, Museen, Bibliotheken; Altes wird ohne Anflug von Pietät weggerissen, und das Neue, das an die Stelle gesetzt wird, kann kaum großräumig und großartig genug sein. Von einem Sommer zum andern entstehen ganze Stadtviertel mit allem Zubehör an öffentlichen Bauwerken. Man meint es der Repräsentation schuldig zu sein jedem städtischen Bau, und sei es auch nur eine unerlässliche Feuerwache, einen ins Monumentale gedachten Zug zu geben. Die Arbeit eines Stadtheuamts beginnt unübersehbar zu werden. 10 bis 20 Großbauten, von denen jeder einzelne einem frühern Geschlecht genügt hätte, entstehen gleichzeitig. Im letzten Jahrzehnt wird es geradezu zu einer Selbstverständlichkeit, daß jede Stadt sich ein neues Rathaus schafft. Badeanstalten, Lesehallen, Wassertürme, Krankenhäuser, Krematorien entstehen. Daneben ist noch Zeit und Geld für dekorative Anlagen wie den Märchenbrunnen. Und vielleicht waren die Verhältnisse der Reichshauptstadt noch gar nichts im Vergleich zu den im Industriegebiet bewältigten Baumassen. Staunenswert und zugleich auch beängstigend war der Überblick, den vor etwa 5 Jahren die Düsseldorfer Städteausstellung gab. Da war alles gleich gruppen- und saalweise zu sehen. Ein ganzer Saal mit Modellen und Photographien neuer Rathäuser; ein Saal neuer Schulen, neuer Kirchen, Parkanlagen, Friedhöfe usw. Man denke weiter an Theaterneubauten als ideelle Bauaufgaben. Heilmann & Littmann, Seeling, Dülfer, Kaufmann; es konnten sich geradezu Spezialarchitekten heranzubilden, von denen jeder fast sein halbes Dutzend Theater zu bauen vermochte. Man denke an die Eis- und Sportplätze, die gigantischen Ausstellungshallen, Rennbahnen, Caléhäuser, Kinos usw.,

die fast gleichzeitig entstanden. Wobei die Baukomplexe von Handel und Industrie, die Fabrikanlagen, Geschäfts- und Warenhäuser, Industriesiedelungen außer Betracht gelassen sind. Bei einer Betrachtung des Verwaltungsgebäudes der Nordsternversicherungsgesellschaften in Berlin habe ich einmal das Verhältnis dieses Bureauhauses zum Palazzo Pitti berechnet: Der Renaissancebau hat eine Grundfläche von 3200 Quadratmetern, das moderne Verwaltungsgebäude umfaßt 11 436 Quadratmeter. Und so ist in den letzten Jahren vor Kriegsbeginn fast jede Woche ein Großbau dieses Umfangs fertiggestellt worden. Selbst der Spezialist war nicht mehr in der Lage den Überblick über all das zu behalten.

Diese riesenhafte Baulätigkeit war zweifellos Ausdruck des wirtschaftlichen Wohlstands, den wir hatten. Geld, Arbeitslöhne und Materialien waren billig, potente Steuerzahler und kaufkräftige Konsumenten waren zur Genüge vorhanden. Die Bevölkerung wuchs verblüffend schnell hinein in die bereit gestellten Räume, die bei aller Größe doch fast nicht Fassungskraft genug hatten für die von Jahr zu Jahr kräftiger aufstrebenden Massen.

Wie der Krieg auch ausgehen mag, das eine dürfte gewiß sein, daß auf sehr lange Zeit hinaus diese Faktoren, in denen der große Anreiz zum Schnell- und Vielbauen lag, nicht mehr bestehen. Es wird an allem fehlen: an billigem Geld, billiger Arbeitskraft, billigen Materialien und vor allem an der Kauf- und Steuerkraft der Massen. Einen Bauluxus werden wir wohl so bald nicht wieder haben. Nach dem Krieg wird wie nach 1813 weniger gebaut werden, man wird sich auf den allernotwendigsten und dringlichsten Raumbedarf beschränken, wird sich, solange es irgend geht, mit dem vorhandenen Raum einrichten suchen und da, wo ein Neubau unerlässlich geworden ist, bemüht sein mit dem allergeringsten Aufwand an materiellen Mitteln den größten Nutzeffekt zu erreichen.

Eine Versachlichung des gesamten Bauwesens, die nichts anderes als eine Vergeistigung des Bauschaffens sein wird, kann nicht unerwünscht scheinen. Es ist in den letzten beiden Jahrzehnten zwar recht viel von Sachlichkeit im Zusammenhang mit dem Architektonischen geredet worden. Aber an den Bauten selbst war so gut wie nichts davon zu spüren. Man hat etwas weniger Stück-

ornament, überhaupt etwas weniger Zierform verwandt; aber im wesentlichen ist alles beim alten geblieben. Es sind keineswegs die rationellsten Arbeitsweisen angewandt oder gar künstlerisch entwickelt worden. Man ist noch weit davon entfernt einen Vorzug in den Konstruktionsmethoden zu erblicken, die die moderne Technik als die handlichsten und zweckvollsten bietet. Ein typisches Beispiel für die übliche unschöne Auffassung: In Berlin wurde vor einigen Jahren ein Bureauhaus, das ganz aus Eisenbeton hergestellt war, von der beliehenden Bank um 50 000 Mark niedriger eingeschätzt, weil es nicht mit Stein ummantelt und mit Säulen verbrämt war; dabei waren bei dieser Bauweise die Gesteinskosten um mindestens 50 000 Mark geringer. Die Raumgestaltung geht nicht von den Bedürfnissen unserer heutigen Existenz aus, sie ist nicht darauf angelegt. Im Sinn unserer gegenwärtigen Existenz eine Erleichterung zu sein. Vorherrschend sind noch immer Stimmungs-elemente, die sich auf irgendwelche Vergangenheiten berufen. In Wirklichkeit ist auch noch gar nichts geschehen, was man Veredelung des Materials durch qualitätvolle Bearbeitung zu nennen hätte. Man hat das nur vorgetauscht, indem man einen ungeheuren Aufwand mit kostbaren und allerkostbarsten Materialien trieb. Das zum Beispiel ist so gut wie nicht geschehen, daß man sich auf die natürlich gegebenen Werkstoffe beschränkt hätte, und daß man diese Materialien durch intensive und vorzügliche Bearbeitung zur Kostbarkeit zu machen verstanden hätte. Vielmehr hat man aus Griechenland und Italien Marmor, aus Afrika, Australien oder Südamerika Edelhölzer herangeholt und hat sie bei der Feinheit, die diesen Stoffen meist innewohnt, eigentlich recht roh verwandt. Wie man früher einen Raum mit edel gewirkten Tapeten ausgeschlagen hat, schlägt man ihn jetzt mit wertvollem Holz oder Marmor aus. Zu diesem äußerlichen Aufwand dürften in der nächsten Zukunft die Mittel fehlen, und man wird ihn nicht anders ersetzen können als durch Form, durch geistige Leistung. Es ist dabei verhältnismäßig unwichtig, ob das Maß an dekorativer Zutat, die aufgebracht werden kann, größer oder kleiner ist. Wir haben an dem sogenannten Puritanismus der allerletzten Zeit zur Genüge gesehen, daß man auch mit glatten Fassaden und glatten Innenräumen in hohem Maß prätentios

und unschönlich zu sein vermag. Die Frage wird die sein, ob man, wie vor 100 Jahren Schinkel, aus der Not eine Tugend zu machen verstehen wird, ob man das wenige, was zu bauen überhaupt verbleiben wird, durch architektonische Leistung bedeutender und großartiger wird machen können.

Wer wird nun diese Architektur machen? Werden es neue Baukünstler sein, oder diejenigen, die schon vor dem Krieg die großen Aufträge zu haben pflegten? Welche Auslese wird sich überhaupt ergeben, wenn dieses Riesensheer bisher reichlich beschäftigter Architekten auf einmal vor einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Aufgaben gestellt sein wird? Fragen, die in weiteren Abschnitten dieser Rundschau noch erörtert werden sollen.

Werkbund Der Krieg hat dem Werkbund scheinbar mühelos über die Bilanz von Köln 1911 hinwegzugleiten verholfen. Der Bund hat alles, was man künstlerisches Problem nennen könnte, vertagt und sich ganz auf eine politische Tätigkeit geworfen, die ihm reiche Organisationserfolge eintrug. Als Propagandist deutscher Kultur konnte er im neutralen Ausland auftreten, der Frauenmode, der Kriegergräber und ähnlicher Kriegsgelegenheitsaufgaben konnte er sich annehmen. Diese Tätigkeit machte mancherlei Reklame für die Organisation und führte ihr nicht geringe Geldmittel zu. Mit diesen geschicht aber künstlerisch nichts. Darob scheint es in den Reihen des Werkbunds, unter denen, die als künstlerisch Fördernde ihm noch zugehören, zu einer heftigen Unzufriedenheit gekommen zu sein. »Statt über *Werkbund und Weltwirtschaft*, über die *Weltpolitik der Weltmode* usw. sehr angreifbare Gemeinplätze zu verbreiten«, meint Adolf Behne in der Zeitschrift *Die Tat*, »sollte er seine nicht zu unterschätzende Macht dort einsetzen, wo das Kühne, Neue, Große mit Schwierigkeiten ringt, und er sollte hierbei nicht fragen, was er politisch, woltwirtschaftlich, industriell dabei gewinnen könne.« Im gleichen Ton bewegte sich ein Aufsatz Karl Schefflers in der *Vossischen Zeitung*. Scheffler sieht das Bedenkliche der Werkbundentwicklung in der Preisgabe der moralischen Ideo zugunsten der politischen Taktik. Im selben Tempo, schreibt er, wie die Macht des Deutschen Werkbunds zugenommen hat, ist die eigentlich wertschaffende Kraft er-

lahmt, und immer unverhüllter hat sich neben dem Ehrgeiz der Leistung der Ehrgeiz des Erfolgs gezeigt. Bald war weniger die Rede von der guten Arbeit und immer mehr von der Eroberung des Auslands für den Export und von der Propaganda durch große Ausstellungen. Scheffler weist, was richtig sein dürfte, auf weitere Zersetzung und Gruppenbildung innerhalb des Bundes hin, der durch sein läßliches Tolerieren des Mittelmäßigen und Dilettantischen sehr dazu beigetragen habe, daß der *neue Stil* immer mehr wie eine Manier, wie eine Jahrzehntmode erscheint. Und gerade in dem organisatorischen Einfluß, den der Werkbund durch den Krieg gewinnen mußte, sieht er eine Gefahr für das zukünftige Schaffen, an dem der Bund als Organisation durch Rat und Tat jedenfalls irgendwie beteiligt sein dürfte. Im Interesse seines politischen Ehrgeizes wird er die moralische Idee, der er sein Dasein verdankt, noch mehr verleugnen, in seiner Haltung immer weniger fortschrittlich und am Ende gar reaktionär werden müssen.

Berlin: Auswärtiges Amt — Es scheint ein Neubau für das Auswärtige Amt geplant zu sein. Während des Krieges und wahrscheinlich auch noch einige Zeit nach Friedensschluß wird man wohl nicht zum Bauen kommen. Allein die jetzigen Räume reichen für den Amtsbetrieb nicht mehr aus, neue und brauchbarere sind erforderlich. Da die Verbindung mit der Reichskanzlei erwünscht ist, scheint man daran zu denken das Haus in der Wilhelmstraße abzubauen und durch einen Neubau zu ersetzen. Es sollen auch schon Pläne vorhanden sein. Was geplant ist und wie diese Pläne aussehen, ist allerdings nicht bekannt. Es ist zu befürchten, daß das alte System die Öffentlichkeit und Architektenschaft im unklaren zu lassen, um sie dann vor vollendete Tatsachen, will sagen vor einen in irgendeinem Amt von irgendwem ausgearbeiteten Plan, zu stellen, mit dem Krieg nicht verschwunden ist. Das Haus in der Wilhelmstraße ist ein typischer Berliner Zopfbau, etwas banal und schwächlich in der Formgebung, der an architektonischen Qualitäten dem Reichskanzlerpalais oder etwa dem Haus Am Kupfergraben 7 erheblich nachsteht. An sich wäre es kaum der Erhaltung wert. Von Bedeutung ist es als Glied des einheitlichen Zuges der Wilhelmstraße, die

durch diese Einheitlichkeit ein Stück charakteristischen Alt Berlins, wie es zur großen Seltenheit geworden ist, und ein Stück vorbildlichen Städtebaus verkörpert. Sollte es unerlässlich sein aus dieser Einheitlichkeit ein Gebäude herauszubrechen, so müßte jedenfalls alle Sorgfalt aufgeboten werden, um in Fühlung mit der Berliner Architektenschaft den für diese besondere Aufgabe geeigneten Mann zu suchen.

Kurze Chronik Am 25. Juli starb in Konstantinopel der Dresdener Architekt Julius Graebner. Er hat mehr als 25 Jahre in Dresden gewirkt, wo er die Firma Schilling & Graebner gründete, und ist namentlich als Kirchenbaumeister bekannt geworden. ◊ Um dem voraussichtlichen Mangel an Wohnungen, namentlich an Kleinwohnungen entgegenzutreten, hat das Reichsamt des Innern bei den Bundesregierungen eine Prüfung der Frage angeregt, durch welche Hilfsmaßnahmen die Erbauung neuer Wohngebäude in der Übergangszeit gefördert werden kann. ◊ Das Berliner Kunstgewerbemuseum besteht jetzt 50 Jahre. Am 1. September 1867 konnte der nach englischem und österreichischem Vorbild gegründete Verein Deutsches Gewerbemuseum in einem gemieteten Raum seine erste Ausstellung eröffnen. Der preußische Staat übernahm in den siebziger Jahren die Sammlung des Vereins, richtete sie zum Museum ein, dem außerdem eine Kunstgewerbeschule angegliedert wurde. Seit dem Jahr 1887 befindet sich das Museum in dem Gebäude in seinem jetzigen Heim in der Prinz Albrecht Straße.

Literatur Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz läßt zur Ergänzung seiner Mitteilungen jetzt noch ein Nachrichtenblatt Sächsische Heimatschutznachrichten erscheinen. ◊ Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht gibt in einer Folge von kleinen Heften die Vorträge heraus, die an den technischen Abenden des Instituts gehalten worden sind /Berlin, Mittler/. Erschienen sind: Matschoß Die Bedeutung der Persönlichkeit für die industrielle Entwicklung, Wallich Die Psychologie des Arbeiters und seine Stellung im industriellen Arbeitsprozeß, Muthesius Handarbeit und Massenerzeugnis, Franz Werke der Technik im Landschaftsbild.